Nr. 51.

Erscheint täglich außer Montags. Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei in's Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustr. Sonntags-Beilage „Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mk. pro Quartal. Unter Kreuzband: Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 2 Mk., für das übrige Ausland 3 Mk. pr. Monat. Eingetr. in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1894 unter Nr. 6919.

Vorwärts
Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

11. Jahrg.

Insertions-Gebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr Abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I. 1508.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin."

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Freitag, den 2. März 1894. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Der russische Handelsvertrag im Reichstage.

Die Gegner des Handelsvertrages haben während der Debatte die sonderbarsten Ansichten über die Beweggründe geäußert, die die Sozialdemokratie veranlassen, dem Vertrage zuzustimmen.

Ein Schlauberger hat herausgefunden, daß die Sozialdemokratie für den Vertrag stimme, weil die Unzufriedenheit steigt, wenn es der Landwirthschaft schlecht geht und die Unzufriedenheit ja bekanntlich das rechte Futter sei für unsere Partei.

Auch Graf Mirbach nahm an, daß wir jetzt wieder bestrebt sind, der Unzufriedenheit ein neues Opfer zu bringen. Wir sehen nämlich mit hämischer Freude zu, so deduzirt der Vertreter des Junkerthums aus einer unserer Schriften, wie die Industrie immer mehr auf den Export angewiesen ist. Jede Störung des Exports bringt aber Tausende von Arbeitern außer Erwerb, wodurch die Zahl der Unzufriedenen vermehrt wird.

Als ob wir eines größeren Maßes der Unzufriedenheit bedürften. Dafür, daß Unzufriedenheit in den Kreisen des ländlichen und des industriellen Proletariats weiter wuchert, sorgen jene Herren am besten; da können wir uns ruhig ihrer Fürsorge anvertrauen; sie besorgen das so vorzüglich, daß jedes künstliche Mittel überflüssig ist.

Die Sozialdemokratie hat aber in ihrer bisherigen Taktik nie die Politik der Bosheit befolgt, hätte sie für eine solche Neigung, dann wäre freilich im gegebenen Moment die einzig richtige Taktik, gegen den Handelsvertrag zu stimmen; denn wir haben keinen Grund, uns vor einer Auflösung des Reichstages zu fürchten. Unsere Erwägungen über das Für und Wider bei einer Vorlage werden aber lediglich beeinflußt von dem größeren oder geringeren Vortheil, den dieselbe für die Arbeiterklasse hat.

Der russische Handelsvertrag wird unzweifelhaft einen lebhafteren Export der industriellen Erzeugnisse Deutschlands zur Folge haben. Die Aussichten wären noch bedeutend bessere, wenn Rußland einer gedeihlichen wirthschaftlichen Entwickelung entgegenginge, wozu gegenwärtig im Reiche des Zaren und der Knute keine Aussicht vorhanden ist.

Steigender Export bedeutet für die Industriearbeiter die Beschäftigung von tausenden auf die Landstraße gedrängten Arbeitslosen. Eine Verminderung dieser Zahl giebt den Arbeiterorganisationen neue Kraft im Kampf und bessere Arbeitsbedingungen. Aber, wird mancher einwenden, wie steht es mit dem Landarbeiter, hat der auch einen Vortheil von dieser Handelspolitik? Der Landarbeiter hat vom Handelsvertrage unserer Ueberzeugung nach weder Vortheil, noch Nachtheil. Ein Rückgang der Produktion ist nicht zu erwarten, seine Arbeitskraft wird nach wie vor gebraucht. Der Lohn und die Arbeitsgelegenheit des Landarbeiters sind fast ganz unabhängig von dem Profit, den der Großgrundbesitzer einsteckt. Man hat noch nie davon gehört, daß die Landarbeiter besseren Lohn erhalten, wenn die Herren Agrarier höhere Preise für ihre Erzeugnisse erzielen. Die Rennplätze, Offizier-Kasinos und die Bade- und Erholungsorte, wo die fashionable Gesellschaft sich ein Stelldichein giebt, genießen allein den Segen dieses Goldregens. So lange dem Landarbeiter das Koalitionsrecht entzogen bleibt und er unter dem Drucke der brutalen Gesinde-Ordnung seufzt, ist er auf Gnade und Ungnade den Ausbeutungsgelüsten der Großgrundbesitzer ausgesetzt, bleibt niederer Lohn, erbärmliche Wohnung, übermäßige Anstrengung und unwürdige Behandlung sein Loos. Kein Handelsvertrag und keine autonome Zollgesetzschranke, einzig und allein die Befreiung von den Fesseln der Bevormundung, die Gewährung der Koalitionsfreiheit und die Beseitigung der Gesinde-Ordnung kann das Loos der Landarbeiter innerhalb der heutigen Wirthschaftsordnung bessern.

Es ist übrigens recht charakteristisch, daß unsere sich so national gebärdenden Junker gleichzeitig eine Zollmauer gegen Rußland zur Vertheuerung der Nahrung des deutschen Volkes und eine Oeffnung der Grenzen für russisch-polnische Arbeiter zur Herabminderung des Lohnes und damit der Lebenshaltung und Kultur der deutschen Landarbeiter, die doch ihre Volksgenossen sind, erstreben.

Für den Kleinbauernstand, der nicht mehr produzirt als selbst verbraucht, hat die Ablehnung des Handelsvertrages gar keinen Werth und die etwas mehr besitzenden Bauern haben, wenn überhaupt, nur einen so geringen Nutzen vom Zollkrieg mit Rußland, daß es über alle Maßen frivol wäre, damit eine Vertheuerung der Lebensmittel zu begründen.

Der Handelsvertrag hat den Vortheil, daß er den Gelüsten der Junker, innerhalb 10 Jahre eine Zollerhöhung zu erzwingen, ein Ziel setzt, was die Wuth dieser idealveranlagten Seelen erklärt. Wir müssen für den Handelsvertrag trotz Beibehaltung des noch immer viel zu hohen Getreidezolls stimmen, weil wir eine auch nicht befriedigende Besserung auf diesem Gebiet nicht von uns weisen können.

Die Annahme des Handelsvertrages läßt sich nach dem bisherigen Verlauf der Debatte, wenn auch nicht mit voller Bestimmtheit, voraussagen. Von den Freikonservativen werden einige für den Vertrag stimmen, vom Zentrum, über deren Stellung man nicht ganz sicher war, erklärte der Abgeordnete Lieber nach langen salbungsvollen Redensarten für die nothleidende Landwirthschaft, daß die eine Hälfte der Zentrumsmannen für und die andere gegen ihn stimmen wird.

Bei dieser Rede der Zentrumsleuchte wiederholte sich dasselbe Manöver, das die Partei seit langem übt, über ihre Stellung möglichste Unklarheit zu verbreiten. Sichtlich hatte der Mann sich abgemüht, es seinem großen Meister Windthorst nachzuthun. Er benahm sich jedoch wie ein eitler Hausknecht, der seinem Herrn nachäfft. Mit etwas mehr Geschick spielte der Führer der Nationalliberalen seine Rolle und hielt für die Getreuen mit dem imperativen Mandat auch gleich eine Rede über die nothleidende Landwirthschaft. In unterthänigster Reverenz gegen das Junkerthum und mit einem Seitenhieb gegen den Liberalismus der Rickert und Richter, klang seine Rede in ein nationalschwärmerisches Gefasel aus. Hieb auf Hieb der Richter'schen Rede traf den Führer des ehemaligen „Nationalvereins", so daß er nur noch als Entgegnung stammeln konnte: Es war nicht mein politisches Testament, was ich heute in meiner Rede niedergelegt habe.

Was auch der Ausgang der Verhandlung bringen mag, das eine steht fest, leichten Kaufes ohne jede Gegenleistung an die nimmersatten Interessenten des Großgrundbesitzes erreicht die Regierung ihr Ziel im gegenwärtigen Reichstag nicht. Schon werden die neuen Geschenke, die neuen Liebesgaben auf Kosten des Volkes den Junkern präsentirt. Wie ein trotziger Bursche, der für seine Leistungen mehr verlangt, weisen sie vorläufig noch diese Anerbieten zurück. Steht ihnen aber weiter nichts in Aussicht, so werden sie auch mit den angebotenen Geschenken zufrieden sein. Für den Westen Aufhebung der Staffeltarife, für den Osten Aufhebung des Identitätsnachweises, damit Ost und West nicht getrennt, sondern vereint in schöner Harmonie die Auspowerung der Massen betreiben können.

Das ganz Verkehrte unseres Wirthschaftssystems zeigt sich in dem Streben, worauf die ganze Debatte basirt, daß Gegenleistungen gewährt werden sollen, um in anderer Form als durch Zölle die Preise für die nothwendigsten Nahrungsmittel in die Höhe zu treiben.

Das nennt man nationale Wirthschafts-Politik.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. März.

Aus dem Reichstag. Vier lange Sitzungen hat es bedurft, um die erste Lesung über den russischen Handelsvertrag zum Abschluß zu bringen und selbst diese lange Zeit reichte nicht aus, um alle Parteien und Interessengruppen zum Worte gelangen zu lassen. So beschwerten sich heute der Führer der antisemitischen Reformpartei, sowie Dr. Sigl, daß ihnen durch den Debatteschluß die Gelegenheit genommen sei, gegen den Vertrag ihr Sprüchlein aufzusagen. Ebenso hat von den Vertretern der Reichslande keiner das Wort erhalten.

Daß es so kam, daran trägt ausschließlich der unbezähmbare Redefluß der Rechten die Schuld. Nicht weniger als sieben konservative Redner haben in diesen Tagen ihre Schleusen der Beredsamkeit über das Haus ergossen und nicht einer war darunter, der es unter einer Stunde gethan hätte. Freilich, wenn man den Gehalt dieser Reden mit ihrer Länge

Feuilleton.

Nachdruck verboten.) (Alle Rechte vorbehalten

Helene. [56

Roman in zwei Bänden von Minna Kautsky.

Sie waren in die untere Stadt, in ein Gewirr kleiner Häuser und ineinander laufender Straßen gekommen, als er sie plötzlich mit einem Ruck in einen dunklen Thorweg hinein dirigirte.

„Wohin führen Sie mich?" fragte Helene erstaunt.

Der Onkel lugte vorsichtig aus dem Versteck hervor.

„Sehen Sie ihn, da unten?"

„Ich sehe gar nichts."

„Da wartet er an der Ecke auf uns, aber da kannst Du lange warten," und lachend führte er sie durch das Haus, das einen zweiten Ausgang hatte, der auf ein kleines Plätzchen mündete, das steil abwärts nach der Kruggasse führte.

Es war ein altes enges Gäßchen und ein kleines dunkles Giebelhaus, in dessen Parterre sich das Café Keßler befand, von dem man unter diesen Lokalverhältnissen nicht erwarten konnte, daß es sich als ein Kaffeehaus modernen Stils präsentire.

Von der Kruggasse führte eine Glasthür, deren kleine Scheiben durch rothe Vorhänge verhüllt waren, in einen länglichen nicht allzu hellen Raum von einfachster Ausstattung, in welchem einige Tische und Stühle aufgestellt waren. Morgens und Mittags waren sie von Arbeitern besetzt, denen Madame Keßler, die im Hintergrunde hinter einem großen Schanktische Posto gefaßt, eigenhändig Bier und Kaffee kredenzte.

Es konnte überraschend scheinen, daß sich hinter diesem kärglichen Raum ein geräumiger Saal befand mit hübscher Wandvertäfelung, mit Oberlicht und einem mächtigen Gaslüster versehen.

Herr Keßler hatte vor einigen Jahren seinen Hof überdecken lassen, und damit diesen Saal gewonnen, der sein Stolz und seine Freude war.

Hier pflegten die Internationale und die deutschen Sozialisten ihre Versammlungen abzuhalten.

Sie waren öffentlich und Jedermann hatte Zutritt zu denselben.

Heute Abend stand ein Vortrag des Bürgers Ebner über Internationale Arbeitergesetzgebung auf der Tagesordnung.

Es war ein Thema, das damals in der Schweiz, das eine fortgeschrittene Fabrikgesetzgebung hatte, vielfach ventilirt wurde.

Als der rothe Postmeister mit Helene von der Straße aus die vordere Stube betrat, traf ein dumpfes Brausen ihr Ohr, es war das Stimmengewirr aus dem anstoßenden Saale.

„Da haben wir heute die Bude voll," meinte der Postmeister zu Frau Keßler gewendet.

„I, da sind so Viele drin, daß sie kaum japsen können," versicherte diese.

„Wollen 'mal sehen." Als er aber die Thür aufriß, purzelten sofort einige, die daran gelehnt standen, unter lautem Lachen heraus und über ihn her.

„Da kommt nur mehr einer aus der vierten Dimension herein," versicherte ein hochgewachsener bulgarischer Student, der vermöge seiner Größe stets für den Hintergrund bestimmt war. Als er aber den kleinen Postmeister erkannte, der eine so hübsche Frau am Arme führte, setzte er sofort Stimme und Ellbogen in ausgiebiger Weise in Bewegung, um für sie Platz zu machen. Helene bat, sich ihretwegen nicht zu bemühen, sie werde nach Hause zurückkehren.

Aber da legte sich Frau Keßler ins Mittel und meinte, auf der Gallerie, wo sonst die Musikanten säßen, wäre noch Platz, nur einige Arbeiterinnen seien oben, und da käme sie wenigstens nur mit Weibsleuten ins Gedränge.

Sie winkte Helene mit dem linken Zeigefinger zu sich und sagte mit Gönnermiene:

„Kommen Sie nur, Madamchen, Sie brauchen nicht einmal durch den Saal zu gehen."

Helene nickte dem Onkel vergnügt zu und trippelte hinter ihrer Führerin her, die hölzerne Treppe hinauf, die sie auf die Gallerie brachte.

Einige Mädchen saßen da, die ihr freundlich Platz machten.

Sie nahm die äußerste Ecke ein und konnte nun bequem den Saal übersehen.

Es waren zumeist deutsche und schweizer Arbeiter versammelt. Auch Arbeiterfrauen und einige ausländische Studenten hatten sich hier eingefunden.

Sie saßen dicht gedrängt an den Tischen oder begnügten sich mit einem noch bescheidener abgemessenen Stehplatz. Die Meisten hatten den Hut auf dem Kopfe und ein Glas Bier vor sich auf dem Tisch. Einige rauchten, Alle beobachteten eine ernste, ruhige und zuwartende Haltung. Eben ließ man im Saal die Sammelbüchse „für die Familien der Ausgewiesenen" zirkuliren. Es gab derzeit viel unschuldige Opfer in Deutschland und Tausende von Weibern und Kindern befanden sich im größten Elend, weil ihre Ernährer oft binnen 24 Stunden den sicheren Erwerb verlassen und von ihren Familien sich trennen mußten.

Helene konnte beobachten, wie Jeder und Jede der An-

vergleicht, dann findet man wieder einmal die alte Regel bestätigt, daß mit dem größten Wortschwall sich in der Regel die ärgste Gedankenarmuth vereint findet. So könnte man getrost einen Preis darauf setzen, daß in der heutigen Rede, des in den letzten Tagen so oft genannten Herrn v. Plötz, auch nicht ein einziger Gedanke zu finden ist, den nicht die Vorredner seiner Partei schon wiederholt ausgesprochen haben. Da loben wir uns doch den Grafen Kanitz. Wußte er auch keine neuen Thatsachen mehr vorzubringen, so stehen ihm doch Uebertreibungen zu Gebote, die durch ihre Ungeheuerlichkeit stets auf die dankbare Heiterkeit des Hauses rechnen können. So behauptete der Herr Graf heute, daß die Landwirthe jetzt bei jeder Tonne Roggen die sie verkaufen, baar 50 M. zusetzen. Wir meinen, diese Behauptung reiht sich würdig der Angabe desselben Herrn an, daß er und seine agrarischen Freunde unter geflickten Strohdächern wohnen.

Sonst lag die Bedeutung des heutigen Tages in dem Eingreifen der preußischen Minister Miquel und v. d. Heyden in die Debatte.

Es scheint in den oberen Regionen in den letzten Tagen allerlei gespielt zu haben, als das Ergebniß dieser Vorgänge darf man wohl das Erscheinen des preußischen Finanzministers im Reichstag betrachten. Sauer mag dieser Schritt dem Agrarier-Heros geworden sein — aber in in Preußen wird man nicht so leicht zum zweiten Male Minister, wenn man es einmal gewesen ist.

Also Herr Miquel war da und er sprach für den Handelsvertrag. Wie er sprach, das steht freilich auf einem anderen Blatte. Für die zur Zeit maßgebende Strömung genügt aber die Thatsache, daß der Vertrauensmann der agrarischen Fronde im preußischen Ministerium, im Reichstag für den Handelsvertrag hat sprechen müssen. Daß Herr Miquel die Thatsache, daß Graf Caprivi bereits 1891, als erster unter den damaligen preußischen Ministern, die Frage anregte, wie der Landwirthschaft in den östlichen Provinzen geholfen werden könne, nicht zur Kenntniß des Hauses brachte, sondern diese Mittheilung seinem Kollegen von der Landwirthschaft überließ, ist nach allem, was die letzten Wochen gebracht haben, wohl erklärlich.

Im übrigen brachte der heutige Tag noch eine recht muntere Rede des Volksparteilers Hartmann, während der nationalliberale Osann die Geschichte seiner Bekehrung, von einem vertragsfeindlichen Saulus in einen vertragsbegeisterten Paulus zum besten gab.

Die Ueberweisung an eine Kommission von 28 Mitgliedern wurde gegen die Stimmen der Linken beschlossen.

Der Bundesrath hat in seiner heutigen Sitzung die Vorlage betreffend die zollfreie Ablassung von Stahlrohren und rohen unpolirten Röhren aus Kupfer bei der Verwendung zum Schiffsbau dem III. und IV. Ausschuß überwiesen. Der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Aenderung des Gesetzes über den Unterstützungs-Wohnsitz und die Ergänzung des Strafgesetzbuchs wurde in der vom Reichstag beschlossenen Fassung angenommen. Die hierzu vom Reichstag gefaßte Resolution betreffend die Ausdehnung des Unterstützungswohnsitz-Gesetzes auf Elsaß-Lothringen wurde dem Reichskanzler überwiesen. —

Die nothleidenden Landwirthe können zwar sehr laut „schreien," aber mit ihren „Gründen" steht's schlecht; wenn man sie wiegt, erweisen sie sich als gar zu leicht; und was ihnen am meisten im Weg steht, ist, daß es mit den Personen der „Schreienden" sich umgekehrt verhält wie mit den „Gründen" — sie sind zu schwer. Wer während dieser Handelsvertrags-Debatten die Tribünen des Reichstags besucht, findet dort Männer von so ungewöhnlichem Leibesumfang, daß für gewöhnliche Menschen kein Platz mehr ist; sind doch die Thüren kaum breit genug, diese Fleischkolosse durchzulassen.

„Und wenn Ihr die fetten Gesellen fragt,
Das ist Plötzen's wilde verwegene Jagd!"

So sehen die verhungernden Landwirthe aus. Legte man ein Exemplar auf den Tisch des Hauses nieder, wie ein spottender Sozialdemokrat vorgeschlagen, der Tisch, solid wie er ist, bräche zusammen.

Wir möchten dem Bund der Landwirthe den freundlichen Rath geben, seinen Mitgliedern, bis die Handelsvertrags-Debatten beendigt sind, strengen Hausarrest, und für die nächste Nothstands-Kampagne eine Entfettungskur aufzuerlegen. Die nothleidenden Landwirthe Deutschlands haben dasselbe Pech wie weiland vor 50 Jahren ihre Kollegen in England. Als die Entscheidung über die Kornzölle bevorstand, waren die Nothleidenden so unvorsichtig, ein Massenmeeting aus allen Theilen des Landes nach London zu berufen. Die Wirkung der feisten unter der Last des Talgs stöhnenden Hünengestalten war so durchschlagend, daß die Nothwendigkeit einer sofortigen Entfettungskur begriffen und der gesundheitsschädliche Schutzzoll abgeschafft wurde. —

In die Kommission zur Vorberathung des russischen Handelsvertrages werden von der sozialdemokratischen Fraktion die Abgg. Herbert, Schippel und Schultze-Königsberg delegirt werden. —

Eine Hamburger Behörde gegen den russischen Handelsvertrag. Unsere Genossen, die Abgg. Metzger und Stadthagen, haben bekanntlich 5 Monate Muße erhalten, um auf der Hamburger Raboisenwache einsame Gedanken über die Folgen der Redefreiheit im „freien Hansastaat" Hamburg zu pflegen. Aus Anlaß des russischen Handelsvertrages haben beide den Antrag gestellt — Stadthagen selbstverständlich unter Aufrechterhaltung seines Protestes gegen seine trotz Art. 31 der Reichsverfassung ohne Genehmigung des Reichstages während der Dauer der Session erfolgten Inhaftirung — ihnen Strafurlaub behufs Theilnahme an den Berathungen und Abstimmungen über den russischen Handelsvertrag zu ertheilen. Die Ober-Staatsanwaltschaft hat das Gesuch jedoch ablehnend beschieden, weil „genügende Gründe" für den beantragten Strafurlaub nicht vorliegen.

Gegen diesen Bescheid ist bei der obersten Justiz-Verwaltungsbehörde für Hamburg Beschwerde eingelegt. Die Entscheidung über diese steht noch aus. Daß ein Strafurlaub für einen Abgeordneten behufs Theilnahme an Reichstagsverhandlungen in Gemäßheit des § 488 Str.P.-O. bis auf die Dauer von 4 Monaten zulässig ist, ist von obersten Justizverwaltungs-Behörden (z. B. im Fall des Genossen Bueb) sowie auch vom Hamburger Ober-Landesgericht in dem Bescheid ausdrücklich anerkannt, der die Auffassung des Genossen Stadthagen für irrig erklärt, daß seine Inhaftirung eine gesetzwidrige sei. — Nach ausnahmsweise zutreffender Ansicht der Regierung würde die unmittelbare Folge einer etwaigen Ablehnung des Handelsvertrages (etwa mit Einer Stimme Majorität) Tausende von Arbeitern der Arbeitsgelegenheit berauben. Dies eventuell zu verhüten, ist aber „kein genügender Grund", den beiden Abgeordneten die Möglichkeit zu verschaffen, ihrer Pflicht als Abgeordnete nachzukommen. Oder kennt der Hamburger Ober-Staatsanwalt — er stammt ja aus Preußen — unsere junkerlichen Schreier hinreichend, um zu wissen, daß sie pudelnärrisch über den Stock springen werden? Oder wünscht man in Hamburgs und anderen Regierungen, daß eine Auflösung des Reichstages erfolge? Wir meinen, einem Abgeordneten muß, ganz gleich, welcher Partei er angehört und wie er stimmen will, auf seinen Antrag hin Gelegenheit zur Ausübung seiner Pflicht gegeben werden. Die Zulässigkeit einer Urlaubsertheilung steht außer Frage, aber auch die Nothwendigkeit einer solchen erscheint zweifellos, wenn die Gesetzesbestimmungen nach ihrem Sinn und Zweck und nicht mit juristischer Wortkrämerei ausgelegt werden. —

Auf das Scheitern der Deckungsvorlagen richten die Regierungen sich jetzt ernstlich ein. Dem sächsischen Landtag, dessen Session sich dem Ende zuneigt, ist heute ein Gesetzentwurf zugegangen, der die Regierung ermächtigt, für den Fall des Nichtzustandekommens der dem Reichstag gemachten Finanzvorlagen einen allgemeinen Zuschlag zur Einkommensteuer bis zum Betrage von 20 pCt. für die nothwendig werdenden Matrikularbeiträge zu erheben. —

Soldaten-Selbstmorde. In dem „Reichsboten" lesen wir:

In der Selbstmordstatistik nimmt das Deutsche Reich, und in ihm das Königreich Sachsen die oberste Stufe ein. Dieselbe Erscheinung läßt sich auch in der deutschen Armee beobachten. Auch sie weist mit Ausnahme Oesterreichs die größte Selbstmordsterblichkeit auf, wenn schon die Ziffer in den letzten Jahren etwas gesunken ist. Sie betrug im Durchschnitt der Jahre 1876/90 in der deutschen Armee 6,33 pro Mille, in der österreichischen 12,53, in der italienischen 4,07, in der französischen 3,33, in der belgischen 2,44, in der englischen 2,09 pro Mille. Für England sind allerdings die Truppen in den Kolonien und Indien nicht mit in Betracht gezogen. Wie in der Zivilbevölkerung ist auch in der Armee die Selbstmordziffer im Juni am höchsten; nur für die Unteroffiziere und Einjährigen sind die Monate März und August Kulminationspunkte. Veranlaßt waren die Selbstmorde in der Armee durch Lebensüberdruß bei 2 pCt., durch körperliche Leiden bei 1, Geisteskrankheit bei 7, Leidenschaften bei 4, Laster bei 1, Trauer bei 1, Kummer bei 5, Reue, Scham, Gewissensbisse bei 1, Furcht vor Strafe bei 31, Aerger, Streit bei 12, unangemessene Behandlung bei 1,5, anderweite Ursachen bei 32 pCt.

Unter den „anderweiten Ursachen" versteckt sich alles, was das Licht scheuen muß. Wir wollen in eine Kritik nicht eingehen. Die Thatsachen sind ja bekannt und auch von uns oft besprochen worden. Daß wir die Notiz abdrucken, nachdem wir schon früher die Mittheilung des „Militär-Wochenblattes" über die Selbstmorde im Heere veröffentlicht haben, ist nur durch deren Herkunft veranlaßt. Also selbst eins der konservativsten, richtiger reaktionärsten Organe Deutschlands muß zugeben, daß die Zahl der Selbstmorde, mit einziger Ausnahme Oesterreichs (das mit theilweise wilden Völkerschaften zu thun hat, denen das Kasernenleben unerträglich), in der deutschen Armee größer ist als in irgend einem anderen Land, fast genau doppelt so groß als in dem erbfeindlichen Frankreich. Da muß doch wahrlich vieles faul sein im Staate Dänemark! —

Wie's gemacht wird. Uns geht die folgende Zuschrift zu:

Greifswald, 27. Februar 1894.

An
die verehrliche Redaktion des „Vorwärts"
in
Berlin.

Die gestrige Nummer Ihrer Zeitung enthält eine Bemerkung, aus welcher entnommen werden kann, daß die von den hiesigen Unterbeamten erlassene Protesterklärung gegen die Ausführungen des Reichstags-Abgeordneten Herrn Dr. Schönlank in der Sitzung vom 9. d. M. unter dem Einfluß und der Einwirkung der Vorgesetzten zu stande gekommen ist.

Diese Angabe ist nicht richtig; der Gedanke der Protesterklärung ist von mir ohne irgend einen Druck von anderer Seite ausgegangen, und ist in Uebereinstimmung mit meinen Mitarbeitern ausgeführt. Ich ersuche Sie daher, jene unrichtige Angabe zu berichtigen.

Der älteste Unterbeamte des Postamts Greifswald.
Hahn,
Postschaffner.

Mit Ausnahme des einzigen Wortes „Hahn" ist dieser Brief charakteristischer Weise von einer anderen, und zwar sehr geübten Hand, jedenfalls nicht der eines Post-Unterbeamten, geschrieben. Sollte der so zufriedene Herr Hahn sich den Luxus eines Privatsekretärs leisten können? Diese glücklichen Post-Unterbeamten!

Uebrigens berichtigt Herr Hahn sehr bescheiden, er läßt es vollständig unklar, wer der Verfasser des Schriftstückes war, und auch die uns so sehr interessirende Frage, ob Herr Hahn 25 614 3-Pfennigmarken im Kostenpreise von 768,42 M. und die Druckkosten für 25 615 Exemplare der splendid ausgestatteten zwei Zirkulare aus eigener Tasche gezahlt, läßt er leider unbeantwortet. Kann er uns beweisen, daß er und seine engeren Kollegen im Postamt von Greifswald die Kosten für diese, entschuldigen Sie, Herr Stephan, das so verpönte Wort, — — Agitation aus eigenen Mitteln aufgebracht haben, dann wollen wir öffentlich bekennen, daß die Angriffe der sozialdemokratischen Abgeordneten gegen die Verwaltung des Herrn v. Stephan durchaus unberechtigt waren. —

Für die in Geldnoth befindliche Kaiser-Wilhelms-Gedächtnißkirche ist nun auch der seit 10 Tagen zusammenberufene Provinzial-Landtag der Provinz Sachsen heimgesucht worden. Der Gegenstand der Geldforderung stand zwar in einer öffentlichen Sitzung auf der Tagesordnung, wurde aber kluger Weise in geheimer Sitzung verhandelt, und nach lebhaftem Widerspruch, der zwar von wenigen Mitgliedern aber desto nachdrücklicher erhoben war, wurden 10 000 M. aus dem Steuersäckel der Provinz bewilligt für eine Sache, die allmälig zu einer Sache Preußens gemacht wird.

Bekanntlich setzt sich ein Provinzial-Landtag aus Land-

---

wesenden sich erhob, um seinen Obolus zu entrichten. Es entstand dadurch ein arges Gedränge, ohne daß ein ungeduldiges Wort gefallen wäre.

Die Hitze nahm zu, die Luft wurde schlechter und der weiße, von der Flamme durchleuchtete Rauch, der gegen die Decke emporstieg, begann sich zu verdichten.

Aber diese Atmosphäre schien niemand zu bedrücken, alle diese Arbeiter und Arbeiterinnen waren an eine viel schlechtere Luft gewöhnt. Als aber einige Oberlichtfenster geöffnet wurden und ein frischer Luftzug hereinwehte, ging doch ein Ah! der Befriedigung durch den Saal. Das Gemurmel wurde lauter, hier und da ertönte ein Witzwort, ein Ausbruch der Heiterkeit, der sich rasch wieder dämpfte.

Auch Helene empfand mit Wonne die belebende Wirkung der Luft. Sie war mit ihrer Nachbarin in ein Gespräch gekommen, als eine Bewegung wogenähnlich den Saal durchlief und ihre Aufmerksamkeit dahin lenkte.

Der Einberufer hatte sich von seinem Platze erhoben und bat die Anwesenden, das Bureau zu wählen. Er brachte einige Namen in Vorschlag, die lebhaft akklamirt wurden.

Der Vorsitzende und sein Stellvertreter waren ernannt und nahmen an einem besonderen Tische ihre Plätze ein.

Alle hatten zu rauchen aufgehört und auch das leiseste Gemurmel verstummte, als der Vorsitzende nach kurzer Begrüßung der Anwesenden und einigen einleitenden Sätzen Konrad Ebner das Wort ertheilte.

Ein blonder, ausdrucksvoller Kopf tauchte aus der Menge empor.

Aller Augen wendeten sich ihm zu, mit größerer Sympathie und andächtigerem Interesse, als in unseren Tagen irgend einem Prediger auf der Kanzel.

Mit ruhigem und doch warmem Ton begann er zu sprechen. Er hatte es nicht nöthig, sich auf irgend welche Autoritäten zu stützen, weder auf göttliche, noch menschliche. Als ein Gleicher sprach er zu Gleichen, schlicht und verständig. Und sie horchten gierig auf seine Worte, die so lebensvoll und brüderlich klangen und Aufklärung brachten über Dinge und Verhältnisse, die sie zunächst berührten. Er suchte das Wesentliche und Bedeutende hervor, um die Entwicklung der Arbeiterklasse und die moderne internationale Bewegung des Proletariats zu kennzeichnen und als einen historischen Prozeß zu erläutern, der unentwegt fortschreitet, unbekümmert um die sich ihm entgegensetzenden Gewalten. Er sagte ihnen, daß diese Entwicklung niemand in der Hand habe, aber die Sozialdemokratie wolle sich's zur Aufgabe machen, ihre Gesetze zu erforschen, um gewappnet und immer bewußter in einem Kampfe zu stehen, dessen Sieg die Menschheit einer neuen und höheren Stufe der Kultur entgegenführen würde.

Aber wenn auch diese großen Ziele beständig im Auge zu halten seien, so sei es ebenso wichtig, die gegebenen thatsächlichen Verhältnisse genau zu studiren, um die nächsten und praktischen Ziele festzusetzen und ihre Verwirklichung anzustreben.

Als ein solches Ziel bezeichnete er den Arbeiterschutz, namentlich den Normalarbeitstag von acht Stunden.

Brausende Zurufe erhoben sich und die Worte, die die nächsten praktischen Forderungen der Arbeiterschaft aussprachen, gingen von Mund zu Mund.

„So ist's — richtig — Arbeiterschutz, Achtstundentag, das ist das Allerwichtigste für uns — das müssen wir haben!"

Konrad fuhr fort, und wenn seine Stimme bisher warm und überzeugend geklungen, wurde sie jetzt schärfer und polemischer. Er hatte nicht nur die Bedeutung dieser Forderungen festzustellen, er ging auch auf die Einwürfe ein, die von den Gegnern dagegen erhoben wurden. Punkt für Punkt nahm er diese Einwürfe vor, zergliederte sie und widerlegte sie in so nachdrücklicher Weise, daß nichts Stichhaltiges übrig blieb als die Thatsache, daß der Achtstundentag eben noch nicht durchgeführt sei.

Helene hatte sich über die Brüstung gebeugt, als könne sie ihm dadurch näher kommen. Was er da sagte, war durchaus real und sachlich gehalten, aber es weitete ihr den Sinn und die Seele, und als er geendet hatte, that sie wie die Uebrigen, sie zollte ihm stürmischen Beifall.

Da hob er den Kopf und mit merkwürdiger Treffsicherheit trafen seine Augen mit den ihrigen zusammen.

Sie fuhr bald zurück in einer Verwirrung, die sie für Augenblicke den Vorgängen im Saale entrückte.

Erst als einige schneidig und zornig herausgestoßene Worte ihr Ohr berührten, sah sie wieder in den Saal hinab.

Ein junger Mann hatte sich erhoben, sein Gesicht war stark geröthet und er gestikulirte mit weit ausgreifenden Händen.

Sein Ton wurde bald kreischend und er schrie, als ob die Stärke seiner Lunge auch die Beweiskraft seiner Worte erhöhen könne.

Er hatte sofort mit persönlichen Ausfällen und Beschuldigungen begonnen. Zur Sache gerufen, lenkte er ein, um sich mit dem gegebenen Thema oberflächlich, mit einigen revolutionären Phrasen abzufinden.

Seine Ausführungen gipfelten darin: Der Achtstundentag sei ein werthloses Palliativmittel.

„Nur keine Angstmichel sein!" brüllte er der Versammlung zu. „Damit kommen wir nicht vom Fleck. Wir dürfen keine Reformpartei sein, sondern eine Umsturzpartei und das einzige Mittel zu unserer Rettung, hört Ihr, das allereinzigste, ist die Gewalt!"

Da erhob sich Widerspruch und energische Gegenrufe, die er mit einem noch größeren Aufwand an Stimme beantwortete.

Der junge Mann mit dem erhitzten Gesicht und überhitzten Gehirn mochte es ehrlich meinen, aber sein Ton war roh und maßlos exaltirt und er steigerte absichtlich seine Erregtheit, um die Anderen damit fortzureißen.

„Wer ist der Sprecher?" fragte Helene ihre Nachbarin.

„'S wird wohl ein Mostianer sein," meinte die, „die schreien alle so, es ist oft zum Todtlachen."

Rede und Gegenrede erfolgte, die Debatte wurde leidenschaftlicher und steigerte sich zum Tumult. Einen Augenblick schien es, als würde es zu einem Handgemenge kommen. Aber der Vorsitzende hatte Ruhe geschaffen und Konrad erhielt das Schlußwort.

(Fortsetzung folgt.)

räthen, Vertretern der Städte, d. h. meistens Bürgermeistern und sonstigen durch großen Grundbesitz und Zugehörigkeit zum Adel der Regierung nahestehenden oder von ihr abhängigen Männern zusammen. Daher war eine Ablehnung der Geldforderung so gut wie unmöglich. Wir sind überzeugt, daß wenn die Regierung an die übrigen Provinzial-Landtage mit ähnlichem zarten Nachdruck herantritt, es an weiteren „freiwilligen" Beiträgen nicht fehlen wird, wir glauben aber nicht, daß das Bedürfniß nach Frömmigkeit in dem Maße steigen wird, wie die Geldopfer, die den ohnehin hartbedrängten Provinzen zugemuthet werden. —

Die 42 Blamirten aus Dresdens Umgegend haben, nachdem sie Monate lang schwer leiden und sich selber in's Antlitz schlagen gemußt, endlich ein kleines Pflästerchen auf die Wunden und Beulen bekommen, was wir ihnen aufrichtig und in ehrlichstem Mitleid gern gönnen: Die zweite sächsische Kammer hat ihren Angstruf mit allen, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Regierung „zur Kenntnißnahme" empfohlen — freilich die mildeste Form des Trostes. Die armen Zweiundvierziger! Damit die begossenen Pudel nicht gar zu sehr frieren, werden unsere menschenfreundlichen Genossen sicher dafür sorgen, daß ihnen tüchtig eingeheizt wird. —

Die Monopolisirung des Kalibergbaues in Braunschweig. Wie das „Braunschweiger Tageblatt" meldet, bereitet die braunschweigische Regierung einen Gesetzentwurf über den Kalibergbau im Herzogthum vor, mit denselben Bestimmungen wie die im preußischen Abgeordnetenhause eingebrachte Vorlage. —

Bekämpfung der Sozialdemokratie durch die Schule — dieses vergessene Thema ist von einem ultramontanen Blatt, der „Schlesischen Volkszeitung", wieder aus der Rumpelkammer, wo es seit 1890 verstäubt lag, hervorgezogen worden. Das Blatt schreibt:

Bereits unter dem 5. April 1890 habe die Breslauer Regierung in einem an die Kreisschulinspektoren erlassenen Rundschreiben auf das Anwachsen der sozialistischen Bestrebungen hingewiesen. Es solle die erziehliche Bestimmung der Schule in den Vordergrund gestellt werden; ferner wurde auf die Wichtigkeit des Religionsunterrichts hingewiesen. Im einzelnen wurde dann noch die Pflege des kirchlichen und geistlichen Liedes und die würdige Gestaltung des gemeinsamen Schulgebetes empfohlen. Diese Verfügung wurde neuerdings nochmals in Erinnerung gebracht und den Kreisschulinspektoren dringend an das Herz gelegt, für sorgfältige und genaue Beachtung derselben eifrig Sorge zu tragen. U. A. heißt es:

Eine direkte Bekämpfung der sozialistischen Bewegung im Unterrichte dürfte allerdings nicht als Aufgabe der Schule angesehen werden; vielmehr komme es bei der Unterrichtsertheilung darauf an, die Herzen der Kinder mit Gottesfurcht, Vaterlandsliebe, treuer Anhänglichkeit und dankbarer Hingabe an das Herrscherhaus, mit Gehorsam gegen alle göttliche und menschliche Autorität, vereint mit Werthschätzung und Hochachtung der göttlichen und staatlichen Ordnungen, mit Freude an allem Guten und Schönen zu erfüllen, den Kindern das Verständniß zu erschließen für die unausgesetzte Fürsorge des Herrscherhauses zum Wohle des gesammten Vaterlandes insbesondere für die ärmeren Klassen der Bevölkerung und für die im Interesse der Arbeiter getroffenen segensreichen Wohlfahrts-Einrichtungen, und sie zu Fleiß, Ordnungsliebe, Sparsamkeit und Genügsamkeit zu erziehen.

Das betreffende Rundschreiben ist bekannt — es war die Folge eines allgemeinen preußischen Regierungserlasses, der nach Aufhebung des Sozialistengesetzes noch erweitert ward. Der Erfolg war jedoch gleich null oder vielmehr schlimmer als null. Alle tüchtigen Lehrer verwahrten sich im Interesse der Schule gegen die ihnen zugemutheten höheren Polizeidienste. Und der Erlaß ist eingeschlafen.

Ob er wieder aufgeweckt wird?

Es wäre schlimm für die armen Lehrer und die arme Schule. —

Polizeispitzel und Anarchist. In einer Gerichtssitzung zu Frankfurt am Main erklärte der wegen Störung des öffentlichen Friedens angeklagte Anarchist Schütz u. a., die Polizei habe ihn als Spitzel anwerben wollen, und er habe kleine Geldgeschenke von dem Kriminal-Polizeibeamten Stephan empfangen. Er sei in Noth gewesen, habe die Geschenke angenommen und dann versucht, der Polizei eine Nase zu drehen. Der als Zeuge anwesende Kriminalkommissar Busjäger, hierüber vernommen, versagte die Auskunft. Das ist deutlich.

Das Neueste in Majestätsbeleidigung. Aus Elberfeld wird gemeldet:

Am Geburtstag des Kaisers hatte sich ein zwölfjähriger Schüler eine unpassende Bemerkung über ein Bild des Kaisers erlaubt. Der Vorfall gelangte durch den Hauptlehrer zur Kenntniß des Schulinspektors, welcher der Polizei davon Anzeige machte. Gegen den Schüler soll die Untersuchung wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet worden sein.

Könnten wir uns in Deutschland noch über etwas wundern, so würden wir sagen: es ist unmöglich! —

In Frankreich wird die Bombenreaktion immer übermüthiger. Jetzt ist ein neues Preßknebel-Gesetz angekündigt: die Zeitungen sollen verhindert werden, über Anarchistenprozesse so zu berichten, daß die Berichte aufreizend wirken. Da nun alle Sozialisten nach herrschender Logik auch Anarchisten sind, ja sogar die einzig wirklich gefährlichen Anarchisten, und da heutzutage politische Prozesse nur gegen Sozialisten gemacht werden, so läuft dieses Gesetz thatsächlich darauf hinaus, für politische Prozesse die Oeffentlichkeit auszuschließen, und der Presse einen neuen Knebel in den Mund zu stopfen. —

Ueber das Londoner „Bomben-Attentat" verbreitet sich mehr und mehr Licht. Die „Bombe" war eine Glasflasche, die keinen großen Schaden am Observatorium hätte anrichten können, aber doch den für die Urheber beabsichtigten Schrecken erzeugt hätte. Bourdin, ein Damenschneider, besuchte zuweilen den Autonomie-Klub. Dort sprach mehrmals mit ihm ein sehr feingekleideter „Genosse aus Berlin". Da der Autonomie-Klub eine notorische „Mausefalle" (souricière) ist, vermuthet die englische Polizei, daß der Mann, welcher Bourdin die dreizehn Pfund Sterling gab, jener Fremde, und ein deutscher oder russischer Lockspitzel ist, dessen Zweck, wie der des Urhebers der famosen Walsall-Verschwörung es war, die öffentliche Meinung in England für eine Beschränkung des Asylrechts zu gewinnen. Die ehrlichen Mitglieder des Autonomie-Klubs (arge Schreier aber sonst brave Menschen) sind selber am meisten über das „Attentat" erschrocken. Ein Theil der französischen und deutschen Lockspitzel, die London seit Jahren unsicher machen, ist schleunigst entflohen, denn, haben sie unter den englischen Polizisten auch Helfershelfer, so ist die englische Polizei im ganzen für diese kontinentalen Praktiken doch keineswegs begeistert.

Beiläufig ist, wie wir schon früher andeuteten, nach Bismarcks, des Oberspitzelgenerals Fall das deutsche Spitzelgesindel keineswegs von der Erde verschwunden. Es schlägt sich durch wie es kann, und arbeitet, theilweise auf eigene Faust, die meisten aber von bekannter Seite sehr wohl subventionirt, — rüstig fort im Weinberge der Herren Bismarck, Stumm und sonstiger Sozialistengesetz-Anbeter. Das deutsche Spitzelthum ist sehr weltbürgerlich, es steht im innigsten Zusammenhang mit den französischen Lockspitzeln, und unterstützt dieselben namentlich in London, wohin auch russische Polizeigelder ihren Weg finden. London ist die große Hexenküche des internationalen Spitzelthums. —

Italien. Die Debatte über die innere Lage dauert fort und trägt durchweg einen sehr leidenschaftlichen Charakter. Herr Crispi flüchtet sich hinter die bekannten Phrasen von Ordnung, Vaterland, Thron und Altar, und läßt natürlich das rothe Gespenst los, das er, um den Zuhörern recht gruselig zu machen, mit französischen und russischen Uniformlappen ausstaffirt. Die „Noth" ist eine Chimäre, der „Hunger" der Sizilianer eine Tendenzlüge — gewissenlose Agitatoren und ausländische Verschwörer haben die Aufstände gemacht. Doch folgen wir dem Bericht des „Wolf'schen Bureaus". Also nachdem Herr Crispi das Lob der Bourgeoisie gesungen, der Italien den Parlamentarismus (mit Panamageldern) verdanke, und nachdem er so gnädig gewesen, die früher von ihm geleugnete Existenz „des sozialen Problems" anzuerkennen, erklärt er:

Das soziale Problem bedürfe einer Lösung, aber nicht diejenige, welche die Agitatoren den Massen predigen. Den Boden zur Verbreitung dieser Lehren habe man schlecht gewählt, denn auf Sizilien herrsche ein stark entwickeltes Gefühl für das Eigenthum und die Familie, ein Blick auf die Gemeinden, in welchen die Unruhen ausbrachen, genüge, um sich davon zu überzeugen, daß letztere nicht durch Noth veranlaßt worden seien. In der Provinz Trapani und den Gemeinden der Provinz Palermo, in denen die Ruhestörungen vorkamen, herrsche geradezu Wohlhabenheit. Die Bewegungen in Sizilien seien durch Verschwörungen verursacht worden, welche die größten Uebel herbeigeführt hätten, wenn die Regierung ihnen nicht entgegengetreten wäre. Die Fasci di lavoratori hätten ihre Wirksamkeit im Jahre 1891 begonnen und Anfangs den Anschein erweckt, eine wohlthätige Einrichtung zu sein. Im Jahre 1892 wurde in Palermo eine nationale Ausstellung abgehalten; damals seien festländische Arbeiter nach Sizilien gekommen, welche die Ansteckung ins Land brachten. Seit jener Zeit habe mit Hilfe von Kongressen und auf Anstiftung von im Auslande befindlichen Revolutionären thatsächlich die revolutionäre Organisation ihren Anfang genommen. Es habe damals 166 Fasci mit 289 000 Mitgliedern gegeben; die Führer derselben hätten erklärt, daß sie ihr Vertrauen nicht in die Thätigkeit des Parlaments, sondern auf die Revolution setzten. Der Ministerpräsident verlas einzelne Stellen aus beschlagnahmten Briefen, aus denen dies hervorgehen soll. Man habe es auch versucht, sich mit einigen klerikalen Vereinen des Festlandes ins Einverständniß zu setzen, wofür schlagende Beweise vorhanden seien. Die letzteren Beschlüsse seien von einer in Marseille abgehaltenen Versammlung gefaßt worden, woselbst verkündigt wurde, daß ein neuer Garibaldi der Anarchie sich nach Palermo begeben werde, es sollte bestimmt die Insurrektion gegen Mitte Februar ins Werk gesetzt werden. Da man jedoch später das Einschreiten der Regierung besorgte, so habe man beschlossen, die aufrührerische Bewegung früher beginnen zu lassen. Man hatte den Bauern für 1894 eine Theilung der Grundstücke versprochen und man rechnete auch darauf, daß in diesem Jahre ein Krieg mit Hilfe Rußlands ausbrechen würde, welch letzterem man einen Hafen abzutreten gesonnen wäre. (Sensation.) Um darzulegen, welchen Charakter die Bewegung hatte, verlas Crispi eine in einer Gemeinde veröffentlichte Proklamation, in welcher es heißt: Arbeiter! Söhne des Vesper! Schlaft ihr noch? Ziehen wir zum Gefängniß, um die Gefangenen zu befreien! Tod dem König! Tod den Beamten! Nieder mit den Taxen! Brand der Mairie und dem Civilkasino! Fascio! Wenn die Glocken läuten, werden wir nach dem Schlosse ziehen, denn Alles ist für die Freiheit bereit! Achtung auf das Signal! (Große Bewegung.) Der Sozialist Prampolini fragte, ob das Manifest eine Unterschrift trug. Crispi erwiderte darauf: „Sehr bedeutend!" (Lebhafte Heiterkeit) und fuhr fort: „In der Provinz Massa-Carrara brach die Revolution in allen ihren Formen aus und auch hier wie in Sizilien mußte der Belagerungszustand erklärt werden". Der Ministerpräsident vertheidigte darauf mit zahlreichen Beweisgründen die Verhängung des Belagerungszustandes, welcher die Sicherheit für eine energische Intervention der Regierung zur Verhinderung weiterer Tumulte gab.

Der Belagerungszustand sei von der großen Mehrheit des Volkes mit lebhafter Zustimmung aufgenommen. Er schloß mit den Worten: „Wer liebt, der fürchtet auch; weil ich mein Vaterland liebe, fürchte ich auch, es bedroht zu sehen!"

Nun, der Mann, welcher das Vaterland jetzt am meisten „bedroht", ist niemand anders als Herr Crispi selbst. Einer Kritik seiner Rede enthalten wir uns — sie ist buchstäblich unter der Kritik. Die Noth der Sizilianer ableugnen wollen, den Hunger „Wohlhabenheit" nennen — ist ebenso cynisch, wie die Verlesung von anonymen Brand-Flugblättern. Denn das „bedeutend!" des Herrn Crispi ist kein Name. Stünde ein Name, d. h. der Name eines bekannten Mannes, unter dem Flugblatt, so würde Herr Crispi ihn sicher verlesen haben — verlesen haben müssen. Das Brand-Flugblatt des Herrn Crispi steht auf gleicher Stufe mit seiner Jagdgeschichte von dem Krieg „mit Hilfe Rußlands". Warum nicht auch Frankreichs? Herr Crispi hat nicht einmal das Zeug zu einem Münchhausen.

Wie wir noch erfahren, sprach Herr Crispi auch vom „Gottesfrieden" der Parteien. „Gottesfriede der Parteien" heißt Diktatur und Standrecht. Man muß nur die Sprache des Herrn Crispi verstehen. —

Reform des schwedischen Parlaments. Der Reichstag nahm heute den Gesetzentwurf an, durch welchen die Verfassung dahin abgeändert wird, daß die Zahl der Mitglieder der Ersten Kammer auf 150, der Zweiten Kammer auf 230 festgesetzt wird, von denen 150 auf dem Lande, 80 in den Städten zu wählen sind. —

Aus den Brasilianischen Nachrichten werde klug wer kann. Heute erfahren wir plötzlich, daß heute, den 1. März, in Brasilien eine Präsidentenwahl vorgenommen wird und daß die Wahl auf Moraes, eine neutrale Person, fallen werde. Peixoto kandidirt also nicht. Auch die Abgeordnetenwahlen finden demselben Telegramm zufolge heute statt und Anfang Mai soll der Kongreß zusammentreten.

Ist dies die Verwirklichung des amerikanischen Friedensvorschlags? Wird ein Anderer als Peixoto zum Präsident gewählt, so hat der Aufstand gegen Peixote keinen Sinn mehr. Die Rebellen müßten sich dann gegen die Republik und für die Wiederaufrichtung der Monarchie erklären, und das kostete ihnen den größten Theil ihres Anhangs. —

Parlamentarisches.

In der Waarenbezeichnungs-Kommission wurde heute die Berathung von § 11 bis einschließlich § 15 gefördert. Beim § 11 handelte es sich um einen Antrag des Vorsitzenden Dr. Hammacher, auch denjenigen zu schützen, der bereits vor der Eintragung eines Zeichens im Besitz desselben sich befunden; so daß derselbe von der Ausschließung des weiteren Gebrauches seines Zeichens auf Antrag desjenigen, der für sich das betreffende Zeichen später hat eintragen lassen, nicht getroffen werden könne, sondern sein Zeichen fortführen dürfe. Diesem Antrage wurde vom Abgeordneten Dr. Braubach, unter Zustimmung des Antragstellers, der Vorbehalt gegeben, ihn präziser zu formuliren und zwar unter der eventuellen Beschränkung in der Zeit seiner Giltigkeit, damit er den Uebergang von den jetzigen in den späteren vom vorliegenden Gesetz geschaffenen Zustand erleichtere, diejenigen, die bisher bona fide — nicht aus Nachlässigkeit — gehandelt, nur für eine entsprechende Uebergangszeit noch schütze. Dennoch wurde der Antrag mit 6 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Das bedeutet: Wer ein Zeichen braucht oder seither gebraucht hat, ohne es eintragen zu lassen, kann dasselbe an einen anderen verlieren, die Fortführung ihm verboten werden. Hiermit ist der sofortige und absolute Zwang zur Eintragung eines Zeichens ausgesprochen, wenn der Besitzer geschützt sein will; gleichviel, ob das Zeichen sich durch den Gebrauch als des Schutzes werth bereits herausgestellt hat oder wahrscheinlich sich herausstellen wird. — In dieser Beziehung existirt also ein Mangel, der nur durch die sich ergebenden Komplikationen und die aus der Annahme des Vertrages voraussichtlich sich entwickelnden Streitigkeiten als kompensirt erachtet wurde. Möller und Zubeil stimmten für den Antrag.

Zum § 15, Absatz 2 (Strafparagraph), war vom Abgeordneten Roeren ein Antrag eingebracht, der jeden möglichen Schwindel beseitigen wollte und weiter ging als die Regierungsvorlage. Hiergegen wurden manche Bedenken, namentlich aus der Praxis, auf den bestehenden Gewohnheiten und Gepflogenheiten gegründet, und besonders die Befürchtung geltend gemacht, man würde mit dem Antrage auch solche treffen, die zwar offenbar nicht theoretisch korrekt handelten, von denen aber doch auch nicht angenommen werden könne, daß sie dem Publikum dadurch einen thatsächlichen oder empfindlichen Schaden zufügen würden. Aus Rücksicht auf das derzeitige Bestehen der betreffenden Geschäfte unter den geduldeten Gepflogenheiten und auch auf den Umfang, den eine praktisch unnütze und vielfach nur gehässige Denunziation annehmen könnte und würde, wurde der Antrag gegen 4 Stimmen abgelehnt. Dafür stimmte Möller, weil er die Gefahren, die aus der Annahme des Antrages für die ärmeren Leute hervorgehen könnten, bezweifelte, sie aber nicht für so bedeutend hielt als das Bestehen einer Lücke in diesem Gesetze, welche er gewissermaßen als eine Prämie auf die Unlauterkeit im Handel und Verkehr ansah. Zubeil stimmte dagegen, weil er in beiden Punkten der entgegengesetzten Meinung war. Der § 15 wurde schließlich mit dem Antrage des Abgeordneten Adt, der sich am Schlusse der Eingabe von der Handelskammer zu Straßburg i. E. findet und einen etwas weitergehenden Schutz als der der Regierungsvorlage gewährt, angenommen. Nächste Sitzung am 2. März Vormittags.

* * *

Die Wahlprüfungs-Kommission prüfte in ihren letzten Sitzungen die Wahlen der Abgeordneten Möller (Dortmund), von Gerlach (Kolberg-Köslin) und Weber (Weilheim).

Bei der Wahl in Dortmund erhielt Möller in der Stichwahl 21 589 Stimmen, während auf unseren Parteigenossen E. W. Tölke 21 525 Stimmen fielen. Außerdem wurden 1785 ungiltige Stimmen abgegeben. Letztere rührten wohl hauptsächlich von ultramontanen Wählern her, welche Partei mit 13 188 in der Hauptwahl vertreten war.

In der Kommission ergab sich aus den Akten, daß die Majorität Möller's nur 35 Stimmen beträgt.

Gegen die Wahl liegt ein sehr umfangreicher Protest vor, in dem die in den westfälischen Industriebezirken üblichen Beeinflussungen der Arbeiterwähler aufgeführt sind. Von nationalliberaler Seite war nachträglich ein Gegenprotest vorgelegt, in dem die Protestbehauptungen bestritten werden. Die Kommission beschloß, die Beschlußfassung über die Giltigkeit der Wahl auszusetzen und über eine Reihe von Protestpunkten Beweis zu erheben.

Den gleichen Beschluß faßte die Kommission bezüglich der Wahl des Abgeordneten v. Gerlach, dessen Majorität ca. zwölf Stimmen beträgt.

Die Wahl des Abgeordneten Weber wurde für giltig erklärt.

Vermischtes.

Ein alter „Achtundvierziger", der pensionirte Stationsmeister der badischen Staatsbahnen, Georg Katzenberger, ist am Sonntag auf dem Waldhof im Alter von 73 Jahren gestorben. Dort, wo er mit Mögling in jungen Jahren siegreich gefochten, bei Käferthal und Ladenburg, ist der alte tapfere Kämpe auch verschieden. Die provisorische Regierung im dritten badischen Aufstande unter Brentano's Vorsitz ernannte ihn Mitte Mai 1849 zum Hauptmann und Kompagniechef im damaligen Leibgrenadier-Regiment und er focht unter Mierowslawski's Kommando bei Waghäusel siegreich gegen die Vorhut des Prinzen von Preußen, des nachmaligen Kaisers Wilhelm I., dessen Kavalleriemassen dort vernichtet wurden. Nach den unglücklichen Gefechten von Durlach, Muggensturm, Gernsbach und der Einnahme Karlsruhe's befehligte Katzenberger in Rastatt unter Tiedemann während der Belagerung ein Bataillon und wurde bei den Ausfallgefechten gegen den General v. d. Gröben bei Plittersdorf leicht verwundet. Nach der Uebergabe auf Gnade oder Ungnade wurde er vom Kriegsgericht zu 1 Jahr Festung verurtheilt. Die konstatirte gute Manneszucht in seiner Truppe und die allgemeine Beliebtheit führte zu seiner Begnadigung nach 92 Tagen.

Briefkasten der Redaktion.

G. G. Das Geschenk kann zurückgefordert werden.

100 N. N. Sie können beim Amtsgericht selber klagen, wir rathen aber, wenn Schuldner soviel hat, daß auch die Kosten von ihm beigetrieben werden können, einen Anwalt zu nehmen.

Aug. Scholz, Wollinerstraße. 1. Nein, aber Sie kommen in Konflikt mit wohlerworbenen Rechten der Anderen. 2. Ja.

Hermann Schulz, Swinemünderstr. 33. Sie können auf Ertheilung des Lehrbriefes beim Gewerbegericht klagen.

Antwerpen. Er kann bestraft werden, wird auch ausgewiesen, aber braucht nicht zu dienen.

Druckfehler-Berichtigung. In der politischen Uebersicht „Die Kamptz- und Schmalzgesellen" ist ein Druckfehler. Es steht „angreifen" statt „anpreisen".

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Donnerstag, den 2. März.

Opernhaus. Tannhäuser und der Sängerkrieg auf Wartburg.
Schauspielhaus. Sie ist stumm. Der Jourfix.
Deutsches Theater. Der Herr Senator.
Berliner Theater. Narciß.
Lessing-Theater. Ohne Geläut.
Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Die Brautjagd.
Residenz-Theater. Der Maskenball.
Neues Theater. A Basso porto.
Central-Theater. Ein Blitzmädel.
Adolph Ernst-Theater. Charley's Tante. Vorher: Die Bajazzi.
Viktoria-Theater. Der Südstern.
Alexanderplatz-Theater. Das Heirathsbureau. Hierauf: Charley's Tante.
National-Theater. Die Weber.
Theater Unter den Linden. Der Obersteiger.
American-Theater. Lumpen-Susanne, oder: Die Obdachlosen von Berlin.
Wallner-Theater. Geschlossen.
Wintergarten. Spezialitäten-Vorstellung.
Reichshallen-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.
Kaufmann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Neue freie Volksbühne
im **Wallner-Theater.**

Ein Volksfeind. Von Henrik Ibsen. Sonntag, 4. März: 3. Abth. Anfang präzise 2½ Uhr.

Sonntag, 11., 18., 25. März: **Emilia Galotti.**

Mittwoch, den 7. März, Abends 8½ Uhr: **Frühlings-Feier** in den „Konkordia-Festsälen". 453/15

National-Theater.
Große Frankfurterstraße 132.
Sensationelle Novität!
„Die Weber".
Schauspiel in 4 Akten v. **Carl Peters.** Regie: Max Samst.
Kassenöffnung 6½ Uhr. Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Central-Theater.
Alte Jakobstraße 30.
Ein Blitzmädel.
Posse mit Gesang in 4 Akten von Costa. Musik von C. Millöcker.
Anfang der Vorstellung 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
In Vorbereitung:
Novität! Novität!
Ein gesunder Junge.
Posse mit Gesang u. Tanz v. Jean Kren.

Adolph Ernst-Theater.
Charley's Tante.
Schwank in 3 Akt. v. Brandon Thomas.
Vorher:
Die Bajazzi.
Parodistische Posse mit Gesang in 1 Akt von Ed. Jacobson u. Benno Jacobson. Musik von Franz Roth.
In Szene gesetzt von Adolph Ernst.
Anfang 7½ Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

American-Theater.
Dresdener-Straße 55.
Jeden Abend 8½ Uhr:
Lumpensusanne
oder:
Die Obdachlosen von Berlin.
Parodistisch-realistisches Traumbild aus dem Müllwinkel (frei nach dem Verbrecher-Album) bearb. v. **Oskar Wagner.**
Lumpensusanne, gen. „Die Gräfin", ein schon geprüftes Mädchen **Franziska Häser.**
Die Bombe, Aftervermietherin im Müllwinkel des „Sonnenaufgangs" **Josephine Delclisseur.**
Brunwald — mit bewegter Vergangenheit . . . . . **Martin Bendix.**
Täglich: Auftreten des
besten Bauchredners d. Jetztzeit
H. Blank.
Ferner u. a.:
„Direktor Hippe"
von **Martin Bendix,**
sowie **Hugo Schulz, Alfred Bender.**
Anfang Wochentags 7½ Uhr, Sonntags 5½ Uhr.

Vereinszimmer, 50 Pers., frei Stallschreiberstraße 29. 1997b Schöning.

Alcazar.
Dresdenerstr. 52/53 (City-Passage.)
Cravattenschulze
und sämmtliche Spezialitäten.
Sonnabend:
Bock-Fest!
R. Winkler.

Victoria-Brauerei,
Lützowstraße 111—112.
Jeden Freitag und Montag:

Stettiner Sänger
Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Großes Ulk-Programm
Zum Schluß:
Herr und Frau Schulze.
Ensemble von Meysel.
Sonntag: **Sanssouci.**

Kaufmann's Variété
Am Stadtbahnhof Alexanderplatz.
Täglich:
Spezialitäten-Vorstellung
und **Konzert**
von nur Künstlern 1. Ranges.
Auftreten der Ballet-Gesellschaft Columbia (10 Damen), Balletmeisterin **Rosa Fricka.**
Auftreten der Elite-Parterre-Akrobaten u. Pantomimentruppe Hermandez. Ein Liebesabenteuer. Komische Orig.-Pantomime. Fräulein **Berkany,** Kostüm-Soubrette. **The Willon's,** Dopp.-Jongleure. Geschw. **Gläser,** Gesang- u. Instrument.-Duettisten. **G. Cordes,** Gesangs-Humorist.
Anfang: Sonntags 6 Uhr, Wochentags 8 Uhr.
Entree Wochentags 50 Pf.
A. Zimmermann.

Castan's
Panoptikum.
Grossartige Ausstellung
Viele Novitäten!
Irrgarten. Illusionen. Märchen-Cyclus.

Passage-Panopticum.
Im Theater-Saal, ohne Extra-Entree:
Nord und Süd,
Liederspiel von R. Linderer.
Auftreten sämmtl. Spezialitäten.

Gratweil'sche Bierhallen
Kommandantenstr. 77—79.
Aelt. u. größt. Etablissem. Berl.
Täglich abwechselnd. Programm bei freiem Entree
der ersten Wiener Damenkapelle
„Mikloska"
und Auftreten von
Künstlern u. Spezialitäten I. Ranges.
Täglich Auftreten des
Fräulein Miss Wobb,
Taubenkönigin,
mit ihren 24 dressirten Tauben.
Sonntags Anf. 5 Uhr. Entree 30 Pf.
3 Kegelbahnen. 6 Billards, pro Stunde 60 Pf.
C. Koch, fr. Gambrinus.
Säle für Versammlungen und Festlichkeiten
sind noch an verschiedenen Tagen zu haben.

Musikinstrumente.
Alle Blas-, Streich- u. Schlaginstrumente, **Spieldosen,** z. Drehen u. selbstspielend,
Musik-Automaten
fertigt **Aug. Kessler,** 51. Lausitzerstr. 51.

Nur noch kurze Zeit!
Präuscher's anat. Museum.
Neu: Kehlkopftuberkulose, Kehlkopfpolyp, Brustfellentzündung, Lungenentzündung, Lunge mit Tuberkulose, Herz mit Klappenfehler, Magen mit Entzündung, mit Geschwüren, Leber- und Milzkrankheiten.
Schnitzkanal durch fünf Körper, Gladiatorenkampf.
täglich für erwachsene Herren, Dienstag und Freitag für **Damen.**

Circus Renz.
(Karlstraße.)
Freitag, den 2. März cr.,
Abends 7¼ Uhr:
Grosse Komikervorstellung.
Auftreten der neuen Spezialitäten: **Gebr. Detroit,** Hand-Akrobaten sans concurrence. **Troupe Daineff,** unübertreffliches Luftpotpourri. Ferner die **gr. Tremplinsprünge** mit dem **Riesensprung über 40 Soldaten.** Der Clown **Merkel** mit dem Esel **Pipifax.** Der urkom. Imitator-Clown **Mr. Ybbs.** u. s. w. Zum Schluß:
Auf auf zur fröhlichen Jagd!
Parforce- u. Kaskadenritt, Ballet von 100 Damen. Meute von 40 Hunden.
Sonnabend: **Auf auf zur fröhlichen Jagd!**
Fr. Renz, Direktor.

Ein strammer Proletarier ist angekommen. 2075b
Berlin, den 1. März 1894.
Genosse **Steincke,** Hasenhaide 48.

Allen Freunden, Bekannten und Verwandten für die herzlichen und zahlreichen Beweise der Liebe bei der Bestattung unseres lieben Sohnes **Herbert,** sowie für jedes stille Beileid unseren innigsten Dank. 2069b
Max Eckerlein und Frau.

Verband der Bauarbeiter und Berufsgen. Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Sonntag, den 4. März, Vormittags 11 Uhr, bei Säger, Grüner Weg 29:
Mitgliederversammlung.
Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Aufnahme neuer Mitglieder. 4. Verbandsangelegenheiten.
Gäste willkommen.
404/18 **Der Vorstand.**

Freunden und Genossen empfehle ich meinen tägl. Fleischverkauf von **Rind-, Kalb- u. Hammelfleisch** zu den billigst. Preisen. Frau **J. Schulze,**
1909b Eisenbahnhalle, Stand 15.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.

Außerordentliche General-Versammlung
Mittwoch, den 7. März, Abends 8½ Uhr,
in **Gratweil's Bierhallen,** Kommandantenstraße Nr. 77—79:
Tagesordnung:
1. Wie stellen sich die Mitglieder zu den von den Unternehmern geforderten Nebenarbeiten, wie Holzabtragen u. s. w.? Referent: Kollege Wiedemann. 2. Diskussion. 3. Die Konferenz der Zahlstellen der Provinz Brandenburg in Kottbus am 26. und 27. März, ev. Wahl eines Delegirten. 4. Verbandsangelegenheiten. — Mitgliedsbuch ist vorzuzeigen.

Bezirksversammlung für den Norden.
Montag, d. 5. März, Abds. 8½ Uhr, b. Keller, Bergstr. 68 (gr. Saal):
Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verbands- und Werkstattangelegenheiten.

Vertrauensmänner-Versammlung Südost.
Montag, d. 5. März, Abds. 8½ Uhr, bei Hoffmann, Oranienstr. 180.
Tages-Ordnung:
1. Besprechung über Lohn- und Arbeitsverhältnisse. (Hierzu sind die Kollegen der Möbelfabrik von **J. C. Pfaff** besonders eingeladen.)
Um zahlreichen Besuch aller Versammlungen ersucht
432/12 **Die Ortsverwaltung.**

Die neuerrichtete Zahlstelle in der Landsberger Allee bei Krause befindet sich **nicht Nr. 147,** sondern **Nr. 152.**

Achtung! Achtung!
Verein der Lithographen, Steindrucker
und Berufsgenossen Deutschlands. Filiale Berlin.
Die Fünfer-Kommission hat dem Auftrage gemäß Zirkulare zur Urabstimmung versandt und müssen dieselben bis spätestens den **8. März** an Kollegen **R. Schöpke,** Wollinerstraße 23, zurückgesandt werden. Für Einzelmitglieder u. s. w. sind solche Zirkulare bei den Kollegen **Dausch,** Schinkestraße 1, und **W. Brall,** Swinemünderstraße 4, sowie auf dem Arbeitsnachweis, Rosenstr. 30 bei Wernau, zu haben.
491/4 **Die Fünfer-Kommission.**

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter.
Sonnabend, den 3. März, Abends 8½ Uhr:
Wander-Versammlung für den Norden
im Lokale des Herrn Keller, Bergstraße 68.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Herrn **P. Jahn** über: „Gewerbegerichte". 2. Diskussion. 3. Wahl eines Bibliothekars und Beitragsammlers. 4. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.
Die Kollegen werden höflichst ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
474/14 **Der Vorstand.**

Große öffentliche
Versammlung der Rohrleger und Gehilfen
Berlins und Umgegend
am Sonntag, den 4. März, Vorm. 10 Uhr, in Boltz' Festsälen, Alte Jakobstraße Nr. 75.
Tagesordnung: 1. Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Fritz Zubeil.** 2. Diskussion. 3. Rechenschaftsbericht des Vertrauensmannes und Neuwahl desselben. 4. Bericht der Gewerbegerichts-Beisitzer. 5. Verschiedenes.
Der wichtigen Tagesordnung wegen werden die Kollegen ersucht, möglichst zahlreich und pünktlich zu erscheinen.
Um weiteste Verbreitung dieser Anzeige ersucht
2066b **Der Vertrauensmann.**

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Zahlstelle **S.O. No. 5** von Naunynstraße 7 bei Schadrowski, nach **Mariannenstr. 33, im Keller, bei Zepke,** verlegt worden ist. **Sprechstunden in der Woche Abends von 7-9 Uhr und Sonntags Vormittag von 8-12 Uhr.** 371/7
Der Vorstand. J. A.: **August Gruse,** Barnimstr. 41a.

Achtung! Achtung!
Steinsetzer von Rixdorf und Umg.
Sonntag, den 4. März, Vormittags 10½ Uhr, im Lokale des Herrn Hoffmann, Bergstr. 133 (Inh. F. Rungo):
Grosse öffentl. Versammlung.
Tagesordnung: 1. Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation. 2. Wahl eines Delegirten zum Gewerkschaftskartell. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. 2071b
Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht jedes Steinsetzers, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen. **Der Einberufer.**

Buchhandlung des „Vorwärts"
Berlin SW., Beuth-Straße 2.

Bei kleineren Aufträgen von Auswärts bitten wir den Betrag incl. Porto zwecks Ersparung der Nachnahmegebühr der Bestellung in Briefmarken beizulegen, bei größeren Bestellungen vorher per Postanweisung einzusenden.

Bebel'sche Schriften:

Die Frau und der Sozialismus. Preis brosch. Mk. 2,—, geb. 2,50. Porto 30 Pf.
Für die Bedeutung des Buches spricht am besten die Thatsache, daß es unter allen sozialistischen Schriften trotz seines für die Arbeiterkreise hohen Preises mit die höchsten Auflagen und die weiteste Verbreitung gefunden hat.

Charles Fourier. Sein Leben u. seine Theorien. Preis broschirt Mk. 2,— gebund. Mk. 2,50 Porto 20 Pfg.
Die Schrift enthält in der Erläuterung u. Kritik der utopischen Theorien Fourier's, zugleich eine Darlegung der Gegensätze zwischen utopischem und wissenschaftlichem Sozialismus.

Sozialdemokratie u. Antisemitismus. Preis 20 Pfg. Porto 3 Pfg.
Die Schrift analysirt den prinzipiellen Gegensatz zwischen Sozialdemokratie und Antisemitismus u. erklärt die antisemitische Bewegung aus ihren historischen und sozialen Ursachen. Im Anhang weist Bebel nach, daß und warum die Junker die eigentlichen Feinde der Kleinbauern waren und sind und geht auf die statistischen Ergebnisse ein über das Verhältniß der Juden zu den Christen in Bezug auf die begangenen Verbrechen und Vergehen.

Unsere Ziele. Preis 30 Pfg. Porto 5 Pfg.
Diese Polemik gegen die „Demokratische Korrespondenz" ist ein historisches Dokument der Partei; sie zeigt, nach welcher Richtung die Partei in den letzten 25 Jahren sich theoretisch entwickelt hat.

Parlamentarische Thätigkeit des Deutschen Reichstages u. der Landtage von 1874 bis 1876. Preis 25 Pfg. Porto 5 Pfg.

Reichs-Gesundheitsamt und sein Programm vom sozialist. Standpunkt aus beleuchtet. Preis 10 Pfg. Porto 3 Pfg.
Zur Beurtheilung der Frage, welche Stellung die Sozialdemokratie gegenüber Regierungsvorlagen vor dem Sozialistengesetz eingenommen, liefert die schlagende Antwort und legt klar, wie die Regierungstreue der bürgerlichen Parteien Bankrott macht, wenn die kapitalistischen Ausbeutungsinteressen bedroht scheinen.

Entwickelung Frankreichs vom 16. bis gegen Ende d. 18. Jahrhund. Preis 15 Pfg. Porto 3 Pfg.
Eine kulturhistorische Skizze über die Reformationskämpfe in Frankreich, die Aera des gottesgnadenthümlichen Fürstenwahnsinns und dessen Verschwendungsorgien und die darauf folgende Revolution der Geister.

Glossen zur Wahren Gestalt des Christenthums. Mit Anhang: Ueber die gegenwärtige und künftige Stellung der Frau. Preis 30 Pfg. Porto 5 Pfg.
Alle religiösen Bewegungen entspringen im Grunde sozialen Ursachen, das wird in knapper und scharfer Darlegung, besonders in Bezug auf Luther's Reformationsbewegung dargelegt.

Christenthum und Sozialismus. Eine religiöse Polemik mit Kaplan Hohoff. Preis 10 Pfg. Porto 3 Pfg.
Eignet sich insbesondere zur Massenverbreitung in katholischen Gegenden.

Lage der Bäckereiarbeiter. Preis Mk. 1,— Porto 10 Pfg.
Viele Jahre früher, ehe die Reichs-Regierung mit ihrer Schatten-Enquete nachhinkte, legte hier der Verfasser die schauderhaften Wohnungs-, Arbeits- und Lohnverhältnisse im Bäckergewerbe statistisch bloß.

Landtagswahlen i. Sachsen Preis 15 Pfg. Porto 3 Pfg.
Eine Agitationsschrift anläßlich der Wahlen von 1891.

Reichstags-Reden. Soldatenmißhandlungen, 13. März 1891. Preis 15 Pfg. Porto 3 Pfg. **Stehendes Heer oder Volkswehr?** 13. Dezember 1892. Preis 10 Pfg. Porto 3 Pfg. **Soldatenmißhandlungen,** 10. und 21. März 1893. Preis 25 Pfg. Porto 5 Pfg. **Gegen den Militarismus und gegen die neuen Steuern.** Preis 10 Pfg. Porto 5 Pfg.

Wirthschaftliche und politische Lage. Rede, gehalten im Septemb. 1892 in Zürich. Preis 20 Pf. Porto 5 Pfg.

Kataloge gratis zur Verfügung.

Verantwortlicher Redakteur: **Robert Schmidt** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Badina** in Berlin SW., Beuthstraße 2.

Hierzu zwei Beilagen

1. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 51. Freitag, den 2. März 1894. 11. Jahrg.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

60. Sitzung vom 1. März, 1 Uhr.

Am Tische des Bundesraths: Graf von Caprivi, von Marschall, von Bötticher, Graf Posadowsky, von Berlepsch, Miquel.

Die erste Berathung des Handels- und Schifffahrtsvertrages zwischen dem Reiche und Rußland wird fortgesetzt und zwar in Verbindung mit der Berathung des Antrages von Kardorff und Genossen wegen Erhebung von Zollzuschlägen bei Valutadifferenzen.

Abg. **Hartmann** (südd. Vp.) spricht als Vertreter des Klein-Bauern- und Bürgerstandes, der in Württemberg hauptsächlich vertreten sei, sich für den Handelsvertrag aus. Die württembergischen Landwirthe haben nichts dagegen einzuwenden, daß ein Meistbegünstigungsvertrag auch mit Rußland abgeschlossen wird, nachdem solche mit andern Staaten abgeschlossen sind. Dadurch werde der Weltmarktpreis nicht alterirt werden und die kleinen Landwirthe haben bei der Futternoth des letzten Jahres gesehen, wie nothwendig die fremde Einfuhr ist. Die süddeutsche Volkspartei wolle die Annahme des Handelsvertrags nicht von der Aufhebung der Staffeltarife abhängig machen, obwohl dieselben Ausnahmetarife sind und eine Schädigung Süddeutschlands herbeiführen können. Die Landwirthe in Württemberg und auch in andern süddeutschen Staaten besitzen nur kleine Grundstücke; sie können meist Getreide kaum verkaufen; das ist nur einigen wenigen möglich und diesen allein käme der Schutzzoll zu gute. Daß die russischen Produkte uns über den Hals kommen würden, ist schwerlich anzunehmen; die Landwirthschaft wird einen besseren Absatz haben, wenn die Fabriken besser beschäftigt sind und die Arbeiter mehr verdienen. Besonders sollte man aber bedenken, daß die Ermäßigung des Hopfenzolles für die Einfuhr nach Rußland ein großer Vortheil für die kleinen Landwirthe ist, den man nicht so verächtlich von der Hand weisen sollte, wie es der Abgeordnete Lutz gethan habe. (Sehr richtig! links.) Es soll nicht bestritten werden, daß auch der württembergische Bauernstand unter dem Drucke der Zeit leidet; aber da spielen andere Faktoren eine Rolle als die Handelsverträge, namentlich die übergroße Militärlast, welche die Arbeitskraft der jungen Leute zu lange Zeit der Wirthschaft entzieht. (Sehr richtig: links.) Auch das Branntweinsteuer-Gesetz schädigt die Landwirthe Süddeutschlands, weil ihre Ausbeute bei der Branntweinbrennerei wegen ihrer einfachen Apparate so niedrig ist, daß sie eine Steuer nicht tragen können. Aenderungen auf diesem Gebiete sind viel nothwendiger als die Doppelwährung und andere Dinge. Die Annahme des Handelsvertrages wird zur Stärkung des Friedens beitragen.

Abg. **Graf Kanitz** (dk.): Der Reichskanzler sagte in seiner vorgestrigen Rede. Ein so großes Land wie Rußland läßt sich nicht differenziren. Das deckt sich vollständig mit meinen Anschauungen und ich bedaure nur, daß der Reichskanzler diesen Satz nicht schon im Dezember 1891 ausgesprochen hat; der österreichische Vertrag wäre dann nicht angenommen. Rußland kann uns nur geringe Werthkonzessionen machen, weil es sich in einer ungünstigen Zahlungsbilanz befindet; seine 264 Millionen Rubel Schuldzinsen fließen fast ausschließlich ins Ausland ab und neben diesem Geldabfluß kann Rußland eine starke Einfuhr nicht mehr decken. Ein armes Land hat eine schwache Einfuhr und eine starke Ausfuhr. Rußland hat eine Mehrausfuhr von 300—400 Millionen Rubel. Diese Mehrausfuhr muß Rußland haben, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Darum bin ich von Anfang an ein Gegner einer Vertragspolitik gewesen. Daß Rußland der einzige Staat ist, mit dem wir keinen Handelsvertrag haben, wie es in der Begründung heißt, ist nicht richtig; es sind verschiedene Staaten: Schweden, Norwegen, Dänemark u. s. w. ohne Handelsvertrag, denen wir trotzdem die Meistbegünstigung aus Liberalität eingeräumt haben. Der Reichskanzler hat früher nur die Hälfte dessen angegeben, was wirklich an Ausfällen entstehen wird, namentlich wenn der russische Vertrag hinzutritt. Die Freunde des Vertrages sollten also demselben nicht eher zustimmen, als bis sie die Steuerquellen bezeichnet haben, um den Ausfall zu decken. (Zuruf: Liebesgaben!) Der Vertrag ist eigentlich gar kein Vertrag. (Heiterkeit.) In Artikel 5 heißt es für die Durchfuhr, daß sie frei sein soll, soweit es sich nicht um Wege handelt, die verschlossen sind oder verschlossen werden; Einfuhrverbote dürfen „aus schwerwiegenden“ Gründen erlassen werden. Natürlich entscheidet immer der betreffende Kontrahent selbst, welche Durchfuhrwege er verschließen will und welche Gründe schwerwiegend sind. Wenn z. B. die oberschlesische Blechfabrikation den russischen Fabrikanten zu große Konkurrenz macht, dann erläßt die russische Regierung ein Einfuhrverbot. Die Einfuhr von Kohlen und Koaks kann Rußland nicht verbieten, ohne sich selbst zu schädigen. Deshalb hat es sich eine Zollerhöhung dafür vorbehalten. Die russischen Unterhändler haben sich gegen die zehnjährige Dauer des Vertrages gesträubt, weil lange dauernde Verträge einem gesunden Schutzzoll-System widersprechen; denn niemand könne auf eine Reihe von Jahren voraussagen, ob der Zoll hinreichend schützen wird. Was nützt der Artikel 4, der die Aktiengesellschaften als Rechtspersonen anerkennt, aber es von den Landesgesetzen abhängig macht, ob sie zum Gewerbebetriebe zugelassen werden? Eine Aktiengesellschaft will doch ein Gewerbe treiben. Die russische Presse verkündet es laut, daß Rußland beim Vertrage ein gutes Geschäft gemacht hat. In eigenthümlichem Gegensatz dazu steht die übertrieben günstige Aufnahme des Handelsvertrages seitens der deutschen freihändlerischen Presse. Ich möchte doch vor all zu großen Hoffnungen warnen; denn von einer Wiedererlangung des alten Absatzes nach Rußland kann nie und nimmer die Rede sein. Die Zölle bleiben immer noch prohibitiv, so z. B. für Roheisen 59 M. pro Tonne, bei einem Werthe des Roheisens von etwa 43 M. ein Zoll von mehr als 100 pCt. des Werthes. Welchen Werth hatte denn die Ermäßigung des österreichischen Roheisenzolles, die damals als die größte Errungenschaft bezeichnet wurde? Gar nichts ist auf diesem Gebiete erzielt worden gegenüber der österreichischen Konkurrenz. Die Ermäßigung der russischen Schienenzölle auf 98 M. bei einem Werthe der Schienen von 90 M. bedeutet ebenfalls die Prohibition. Unsere Unterhändler sind daran nicht schuld; sie haben alles erreicht, was zu erreichen war. Ich möchte nur im Voraus warnen vor übertriebenen Erwartungen. Bezüglich der deutschen Konzessionen muß ich zunächst darauf aufmerksam machen, daß als geltender Tarif der Tarif vom 1. Februar 1892 bezeichnet wird. Das ist nicht richtig; dieser Tarif ist ein Konventionaltarif, während unser eigentlicher Tarif daneben weiter besteht, namentlich nach Ablauf des Vertrages oder, was ich hoffe, wenn derselbe vorher aufgehoben wird. Ich muß bestreiten, daß die Lage der deutschen Landwirthschaft durch den Vertrag nicht verschlechtert wird. Wir werden durch den russischen Handelsvertrag eine große Einfuhr zu billigen Preisen zum Schaden der deutschen Landwirthschaft haben, namentlich zum Schaden des Ostens. Graf Bernstorff wird seine Behauptung, daß der hannoversche Bauernstand den Vertrag über sich ergehen lassen kann, wohl nicht aufrecht erhalten, wenn er den Roggen so billig verkaufen muß, daß er noch 50 Mark auf die Tonne drauf legt. (Gelächter links.) Wenn die Herren in Hannover das nicht nöthig haben, so liegt das daran, daß sie weiter von Rußland entfernt wohnen. Bei uns liegt es so, daß ein weiterer Preisdruck die Landwirthschaft vollständig ruinirt. In Ostpreußen sind in den letzten zwei Jahren zwangsweise versteigert worden 78 000, in Westpreußen 96 000 Hektar, in Westfalen dagegen nur 4000 und in Rheinland 6000 Hektar. 1891 wurden in Ostpreußen 15 600 Hektar, in Hannover nur 1500 Hektar zwangsweise versteigert. Dabei sagt das Statistische Amt, daß viele freiwillig verkaufen, ehe sie zwangsweise von ihren Gütern entfernt werden, daß die Gläubiger viele Besitzer halten, weil sie bei der Zwangsversteigerung Verluste befürchten. Diese Zahlen scheinen dem Reichskanzler bedauerlicherweise unbekannt zu sein. Wenn er sich danach ein Bild machen wollte, er würde schwerlich Handelsverträge abgeschlossen haben. Wenn ein Preisdruck eintritt, werden sehr viele Landwirthe dem Ruin verfallen, namentlich der Bauernstand wird zu Grunde gehen, mag der russische Vertrag hinzukommen oder nicht. (Sehr richtig! rechts.) Wir haben die Handelsvertrags-Politik von vornherein bekämpft; nachdem die Verträge zu stande gekommen waren, wollten wir uns auf diesen Boden stellen, wenn die Regierung uns schadlos hält. Wir haben auf die Währungsfrage verwiesen. Der niedrige Silberpreis hatte den Charakter einer Exportprämie. Warum wurde die Währungsenquete nicht schon früher einberufen? Wenn der Vertrag jetzt zu stande kommt, sind wir nicht sicher, daß auf dem Gebiete der Währungsfrage etwas zu stande kommt. (Zuruf links: Gott sei Dank!) Wenn die Handelsverträge 10 Jahre in Kraft bleiben, werden viele unserer Berufsgenossen ruinirt sein, ein großer Theil unserer braven Landleute wird durch den Exekutor von der Scholle vertrieben sein. Es handelt sich um einen Kampf auf Leben und Tod. Sonst wird im Kriege das Privateigenthum geschont; hier aber wird der Besiegte von Haus und Hof getrieben. (Widerspruch links.) Das ist die Situation, in welcher wir uns befinden; die Handelspolitik wird uns mehr kosten, als ein unglücklicher Feldzug. Meine Ueberzeugung ist, daß sobald wie möglich mit allen diesen Handelsverträgen gebrochen werden muß, daß wir unsere Handelspolitik in völlig neue Bahnen lenken müssen. (Lebhafter Beifall rechts.) Wir wollen keine Handelsverträge von 10jähriger Dauer, wir wollen uns nicht die Hände binden lassen. (Lebhafter Beifall rechts.)

Staatssekretär **v. Marschall**: In dem Vorredner finde ich einen radikalen Gegner aller Handelsverträge; aber in einem Punkte finde ich eine Brücke zur Verständigung. Der Vorredner ist auch ein Gegner aller Differentialzölle und da bietet sich hier eine gute Gelegenheit, sich als konsequenter Mann zu zeigen und ich hoffe immer, daß der Vorredner seine Stimme gegen die Beibehaltung der Differentialzölle gegenüber Rußland abgeben wird. Es wäre der größte Fehler gewesen, mit Rußland einen Vertrag auf eine geringere als eine zehnjährige Periode abzuschließen; denn weil die Zölle sehr hohe sind, müssen wir eine größere Garantie für die Dauer haben; ein Vertragsabschluß auf kürzere Zeit hieße mit der einen Hand etwas geben, mit der andern etwas nehmen. Auf welcher Grundlage soll die Berechnung der Zollausfälle aufgestellt werden? Wenn wir wirklich mit russischen Erzeugnissen überschwemmt werden, dann wird gar kein Ausfall, sondern eine Mehreinnahme entstehen! (Sehr richtig! links.) Das eine oder das andere muß falsch sein. Entweder entstehen Mindereinnahmen, dann kann keine Ueberschwemmung mit russischen Erzeugnissen erfolgen, oder es entsteht eine Ueberschwemmung mit solchen Erzeugnissen, dann könnte keine Mindereinnahme eintreten. Die Mindereinnahme rührt nicht aus dem Handelsvertrag, aus der Herabsetzung der Zölle her, sondern aus der Mindereinfuhr überhaupt infolge der guten Ernte. Der Vorredner meint, der vorliegende Vertrag sei eigentlich kein Vertrag. Die Bestimmung über das Einfuhrverbot „aus schwerwiegenden Gründen“ ist von unserer Seite ausgegangen, um eine sanitäre Gefahr von uns abzuwenden. Hier hat die Regierung aber besser für die Landwirthschaft gesorgt als Graf Kanitz für nöthig hielt. Daß die russische Presse von großen Erfolgen spricht, ist selbstverständlich; aus industriellen Kreisen klagt man aber über den Ruin der russischen Industrie infolge des Vertrages. Wenn ein Export von Roheisen 2c. nach Rußland unter den früheren höheren Zöllen möglich war, dann wird er zu ermäßigten Zöllen erst recht möglich sein. Wenn der Vorredner auf die deutschen Roheisenpreise verwiesen hat, so verweise ich auf die Produktionsbedingungen in Rußland überhaupt. Wenn Roheisen mit hohen Zöllen belegt wird, so muß die Einfuhr von Eisenfabrikaten noch lohnend sein. Rußland ist angewiesen auf eine große Einfuhr von Maschinen, namentlich für die große sibirische Eisenbahn, deren Bau zehn Jahre erfordert. Einen Beweis für den Ruin der Landwirthschaft hat der Vorredner nicht vorgebracht.

Preußischer Finanzminister **Miquel**: Herr Graf Kanitz hat an diejenigen, welche für den Handelsvertrag stimmen, den Appell gerichtet, daran zu denken, daß die Einnahme-Ausfälle an Zöllen durch Steuern zu decken sein würden; er hat sich auf mich bezogen, daß infolge der Handelsvertragspolitik sich die Zolleinnahmen um etwa 35 Millionen vermindern würden. Darin kann ich ihm nur vollständig beitreten, sofern wirklich eine wesentliche Verminderung der Reichseinnahmen eintritt, wird Fürsorge für den Ersatz derselben durch andere Einnahmequellen getroffen werden müssen. (Sehr richtig! rechts.) Wenn man aber die Wirkungen des russischen Handelsvertrages auf die Finanzen des Reichs untersucht, wird man doch die Gefahr für die Reichsfinanzen nicht so groß ansehen können, wie es der Graf Kanitz gethan hat. Es ist vollkommen zutreffend, daß ohne Rücksicht auf den Einfluß der Handelsverträge und die zukünftige Einfuhr man auf etwa 35 Millionen Zollausfall kommt. Welchen Einfluß die Handelsverträge haben werden auf die Vermehrung der Einfuhr und in welchem Maße durch die Vermehrung der Einfuhr dieser Einnahmeverlust gedeckt werden kann, wird wohl niemand von uns mit einiger Sicherheit sagen können. (Sehr richtig! rechts). Zweifellos korrespondirt eine Zollherabsetzung mit einer Vermehrung der Einfuhr wenigstens bei einer Reihe von Artikeln. Am wenigsten ist dies im großen und ganzen vielleicht zu befürchten oder zu erwarten bei der Einfuhr von Getreide, welches eine vom Zollsatz von 1,50 M. unabhängige Konsumtions-Nothwendigkeit mit sich führt. Wird der russische Handelsvertrag nicht abgeschlossen, bleibt der jetzige Zustand, vielleicht mit Beseitigung des Zollkrieges, jedenfalls aber mit der Differenzirung bestehen, so giebt es nur zwei Möglichkeiten. Gegenüber der Thatsache, daß der Abschluß des deutsch-österreichischen Handelsvertrages nicht ein Vertrag mit Oesterreich gewesen ist, sondern ein Vertrag mit den wesentlich auf dem Gebiet der Getreideproduktion konkurrirenden Staaten, daß dieser Vertrag im großen ganzen die deutschen Grenzen geöffnet hat, für die Einfuhr des Getreides der ganzen Welt, vorläufig mit Ausnahme von Rußland, zu einem Zollsatz von 3,50 M., so kann die Wirkung des Zollvertrages mit Rußland auf finanziellem Gebiet zwar möglicher Weise sich dahin gestalten, daß die russischen Importeure gezwungen sind, den höheren Zoll zu bezahlen ohne wesentliche Einwirkung auf die Preisgestaltung im Innern oder aber, daß der Import von russischen Zollartikeln, von russischem Getreide überhaupt für die Dauer ausgeschlossen wird. Die Entscheidung in dieser Frage ist nach der Ueberzeugung der Staatsregierung bereits gegeben; sie wurde gegeben beim Abschluß des österreichischen Vertrages. (Sehr richtig!) Die heute noch erörterten Fragen, ob es rathsam ist, Handelsverträge auf längere Dauer abzuschließen, welche Vorbehalte dabei zu machen sind, sind ebenfalls damals definitiv entschieden worden, wir haben also eigentlich gar keine Veranlassung mehr zu weiterer Erörterung. Da der österreichische Handelsvertrag die Gleichbegünstigung für Amerika (Widerspruch rechts), England, Holland, Belgien, Argentinien mit sich brachte, so unterstehen die Preise in Deutschland der entscheidenden Einwirkung des Weltmarktes. Ja, sagt man, aber mit Ausnahme von Roggen. Dafür lassen sich vielleicht einige Argumente anführen. In der Zollverwaltung war man, ich sage das ganz offen, von vornherein der Meinung, daß zwar auf einige Jahre bis zu einer gewissen Grenze die differentielle Behandlung Rußlands betreffs des Roggens aufrecht erhalten werden könnte, daß es aber auf die Dauer dem Handel in seiner außerordentlichen Beweglichkeit gelingen würde, nachdem wir im Wesentlichen unsere Grenzen geöffnet haben, auch für Roggen die Differenzirung illusorisch zu machen. Hiernach hat die Frage, ob dieser Vertrag abgeschlossen werden soll, für die Landwirthschaft auf die Dauer die Bedeutung nicht, die ihr so viele Herren beilegen. Aber könnten wir wirklich die Differenzirung dauernd durchführen und könnte uns auch der Handel kein X für ein U machen, so sind doch andere Staaten genug vorhanden, um den nöthigen Roggen für Deutschland zu liefern. Rumänien, die baltischen Provinzen, selbst Amerika würden sich dann auf die Produktion von Roggen legen und die Lage für die Landwirthschaft bliebe dieselbe. Man hat betont, daß bisher keiner der Redner vom Bundesrathstische oder von der Reichsregierung sich mit der Nothlage der Landwirthschaft beschäftigt hat. Ich bekenne ganz offen, daß die Worte des Grafen Kanitz vollständigen Widerhall im Herzen und in der Ueberzeugung nicht nur der preußischen Regierung (Lebhafter Beifall rechts), sondern auch der übrigen Regierungen und der Reichsregierung finden. Ich bekenne mich nicht blos persönlich, sondern namens der preußischen Staatsregierung (Lebhafter Beifall rechts) und sicher auch namens der Reichsregierung dazu, daß wir die gefährdete und peinliche Lage der Landwirthschaft in allen europäischen Kulturländern in vollem Maße anerkennen, daß wir sie in hohem Grade auch in Deutschland finden, nicht blos im Norden und Osten, daß sie aber im Norden und Osten nicht blos eine peinliche und gefährdete ist, sondern mehr oder weniger schon den Charakter einer Nothlage annimmt (Zustimmung rechts). Die preußische Regierung ist davon vollständig durchdrungen, daß es Aufgabe der nächsten Jahrzehnte sein wird, mit voller Fürsorge und Aufmerksamkeit diese Lage nicht blos zu beobachten, sondern auch wirksam ihr entgegenzuarbeiten (Beifall rechts). Aber trotz dieser Ueberzeugung der preußischen Regierung hat sie doch nicht anders konkludiren können, als daß aus der gegebenen Lage heraus sie mit voller Ueberzeugung diesem Vertrage ihre Zustimmung gab. Graf Kanitz hat diese Lage eine Zwangslage genannt; er meint, bei 3,50 M. Zoll wird die Landwirthschaft zu Grunde gehen, gleichviel, ob Rußland hinzutritt oder nicht. Es ist völlig zutreffend, daß eine Zwangslage vorhanden war selbst für diejenigen, die ursprünglich nicht auf dem Boden der Verträge standen. Alle diese Fragen waren entschieden, als die Reichsregierung, die verbündeten Regierungen und der Reichstag die Grundlagen der Zollvertragspolitik akzeptirt hatten. Nun standen wir vor der Frage: Ist es möglich, auf die Dauer die differentielle Behandlung eines einzigen großen Nachbarstaates aufrecht zu erhalten? Diese Frage allein steht zur Entscheidung. Die politische Seite der Sache hier zu berühren ist meine Aufgabe nicht, das ist auch schon ausgiebig von anderer Seite geschehen; Jeder kann sich darüber eine Meinung bilden. Schon als der Vertrag mit Oesterreich abgeschlossen war, wurden viele Stimmen laut, welche schon damals es für völlig selbstverständlich erklärten, daß man Rußland denselben Getreidezollsatz zugestehe, weil die differentielle Behandlung auf die Dauer undurchführbar sei. Die Reichsregierung hat Rußland den Konventionaltarif nicht ohne weiteres gewährt, sondern sie hat erhebliche Konzessionen für Industrie, für Handel und Schifffahrt zu erreichen gesucht. Deshalb konnte keine Regierung trotz aller Rücksicht auf die Landwirthschaft einen Zustand aufrecht erhalten, der weder politisch noch wirthschaftlich auf die Dauer durchzuführen war. Wenn ich mich infolge meiner Amtsthätigkeit und meiner sonstigen Berührung mit wirthschaftlichen Verhältnissen nicht blos mit Gutsbesitzern sondern auch mit Bauern unterhalte, dann können Sie wohl glauben, daß ich mir wohl überlege, ob eine schwere Schädigung der Landwirthschaft entsteht. Denn dieser Vertrag berührt diejenigen Provinzen, die an und für sich schon schwer getroffen sind. Wenn in Hannover die Schuldenzinsen 19 pCt. des Ertrages ausmachen, in Posen aber 60 pCt. und in Ostpreußen 48 pCt., so muß man zugeben, daß die Nothlage im Osten am schlimmsten ist. (Zustimmung rechts.) Aber die Herren suchen die Heilung an einem falschen Punkte; sie glauben eine Besserung durch Ablehnung des Vertrages zu erzielen. Der Zollkrieg mit Rußland hat das Gegentheil bewiesen. Ich habe die Hoffnung, daß nach Abschluß des Vertrages die schweren Sorgen und Befürchtungen sich nicht bewahrheiten werden. Die Erfahrung wird das darthun und ich hoffe, daß dann auch die starken Gegensätze, welche sich entwickelt haben und die sich weiter zu entwickeln drohen, was ich für ein großes Uebel halten würde, wieder verschwinden werden, und daß man sich mit den gegebenen Thatsachen abfindet. Graf Kanitz hat von einem Kampf auf Tod und Leben der Landwirthschaft gesprochen. Man kann von einem solchen Kampf sprechen; denn auf keinem Gebiet hat die neuere Entwickelung gefährlicher für die europäischen Verhältnisse gewirkt wie auf dem der Landwirthschaft. Durch die Erleichterung aller Verkehrsmittel und die große Konkurrenz aller Länder und trotz des Schutzzolles, der nach meiner Meinung nur eine sekundäre Rolle spielt, sind die Preise in stetem Sinken und man muß die Befürchtung hegen, daß wir noch nicht am Ende der sinkenden Bewegung sind. Auf anderer Seite sind die Produktionskosten gestiegen. Aus diesen allgemeinen Gründen resultirt die schwierige Lage der landwirthschaft. Gegen diese große Wellenbewegung des wirthschaftlichen Lebens muß man ankämpfen. Eine intensivere Wirthschaft, eine Verbrsserung der Verkehrsmittel, Landesmeliorationen, gute landwirchschaftliche Schulen, Verbesserung der Kreditverhältnisse, Verbesserung der Gesetzgebung, welche die Bewegung des Grund und Bodens regelt, solche Maßregeln müssen im Auge behalten werden. In diesem Sinne kann ich den Ausdruck „Kampf auf Tod und Leben“ nicht zurückweisen, aber wohl muß ich ihn zurückweisen in bezug auf diesen Vertrag, der die Bedingungen für die Lage der Landwirthschaft nicht verändert.

Preußischer Landwirthschaftsminister **von Heyden**: Ich schließe mich den Ausführungen des Vorredners vollständig an, muß sie aber ergänzen in einem Punkte. Er sprach von dem Interesse der preußischen Regierung an der Landwirthschaft. Das erregte das Mißfallen auf der rechten Seite; es wurde gesagt, nur Preußen. Ich muß der Wahrheit die Ehre geben: Als 1891 die Fürsorge für die Landwirthschaft ins Auge gefaßt wurde, da wurde die angestellte Untersuchung veranlaßt und gebilligt von dem Herrn Reichskanzler.

Abg. **von Koscielski** wünscht namens der Polen eine Kommissionsberathung. Die Polen haben die Handelspolitik der

Reichsregierung wegen ihrer hohen kulturellen Bedeutung stets zu unterstützen sich verpflichtet gefühlt; sie können nicht anerkennen, daß der Vertrag der polnischen Landwirthschaft Nachtheile bringen wird, trotzdem sie am stärksten unter der Nothlage der Landwirthschaft leidet; die Gründe des Niederganges liegen in anderen Dingen als in der Vertragspolitik. Man macht den Polen zum Vorwurf, daß sie trotz des agrarischen Charakters ihrer Landestheile nicht auf Seite der Agrarier stehen. Das ist sehr begreiflich. Die Konservativen haben die Polengesetzgebung befördert und dadurch für die Loslösung von der Scholle gesorgt. Jetzt kann man ihnen nur zurufen: Tu l'as voulu, Georges Dandin!* Den Antrag v. Kardorff bezeichnet Redner als undurchführbar und besonders bedenklich Rußland gegenüber, denn der russische Finanzminister hat es verstanden, den Rubelkurs vollständig unabhängig von der Spekulation zu machen. Bei Annahme des Antrags v. Kardorff würde das Gegentheil davon herbeigeführt werden. Trotz der Zustimmung zum Vertrage ist Redner doch bedenklich in bezug auf die Frage, ob Rußland nicht die Möglichkeit habe, durch anderweite Regelung der Eisenbahn-Tarife die Zölle illusorisch zu machen. Das wird in der Kommission näher zu untersuchen sein, ebenso die Frage, ob Artikel 2, welcher zwar die Niederlassung von Fremden in Rußland gestattet, aber die Fremden-Gesetzgebung Rußlands unberührt läßt, nicht einen Widerspruch in sich selbst enthält.

Abg. **Osann** (natl.): Herr Richter hat von der nationalliberalen Partei gesprochen, in welcher keine Einstimmigkeit herrschen solle; dasselbe ist aber von der Partei des Zentrums zu sagen, ohne daß Herr Richter davon gesprochen hätte. Herr Richter hat in geradezu unerhörter Weise gegen die Nationalliberalen angekämpft, indem er von Sklaven, von Hörigen, die die Kette u. s. w. nach sich schleppen, u. s. w. gesprochen. Das müssen wir energisch zurückweisen. Wir sind Anhänger der Wirthschaftspolitik des Fürsten Bismarck, und es handelt sich darum, diese Wirthschaftspolitik weiter zu führen. Darin stimmen diejenigen, welche trotz schwerer Bedenken für den Vertrag stimmen, und diejenigen, die dagegen stimmen werden, vollständig überein. Die Gegner des Vertrages wollen nicht, daß die guten Ergebnisse der Bismarck'schen Wirthschaftspolitik zerstört werden durch die Aenderung der Zolltarifsätze durch Handelsverträge. Ich habe dem Bund der Landwirthe geantwortet, indem ich auf meine Abstimmung zum österreichischen Handelsvertrag verwies. Ist das Sklaverei? Selbst wenn man aber sich auf die 7 Punkte verpflichtet hätte, so wäre man daran doch nicht gebunden, nicht blos wegen des Artikels der Verfassung, wonach alle Abgeordneten Vertreter des gesammten Volkes sind, sondern auch, weil solche Zusicherungen immer nur gegeben werden auf grund der gegenwärtigen Verhältnisse; wenn aber die Zukunft Veränderungen der Umstände mit sich bringt, so kann man sich auch anders entschließen. Der rumänische Handelsvertrag ist im Reichstage zur Verabschiedung gekommen. Ist das nicht eine erhebliche Veränderung der Verhältnisse? Ist das nicht ein groß Stück des Weges nach Rußland hinein? Wenn ein Zollbeirath den Verhandlungen mit Rußland Schritt für Schritt folgte, wenn der Vertrag sich als viel werthvoller herausstellt als der Vertrag mit Oesterreich, wenn er volle Billigung von allen Seiten findet; wenn die Aufhebung des Identitätsnachweises und der Staffeltarife erfolgt, so kann man doch nicht sagen, daß das dieselbe Sachlage ist, wie damals bei der Wahl, wo man wohl der Ansicht sein konnte, daß ein russischer Vertrag abgelehnt werden müsse. Wenn man dabei seine Meinung nicht ändern sollte, dann hörte das ganze parlamentarische Leben überhaupt auf. Wer steht denn besser da, derjenige, der sich unbesehen für den russischen Handelsvertrag erklärt hat, oder derjenige, der nach reifer Ueberlegung zur Zustimmung kommt. Redner empfiehlt die Annahme des Vertrages, welcher der Industrie und ihren Arbeitern und damit auch der Landwirthschaft Nutzen bringen werde. Der Zollkrieg gegen ein solches Land würde unheilvoll sein und deswegen stimmen wir für den Vertrag.

Preußischer Gesandter und Bevollmächtigter in Hamburg **v. Thielmann** führt aus, daß von einer Aufgabe von Hoheitsrechten des Deutschen Reiches Rußland gegenüber bei diesem Vertrage gar nicht die Rede sein könne.

Abg. **Barth** (Frs. Vg.): Der preußische Finanzminister sagte: die Grundlage der Handelspolitik ist 1891 gelegt worden; jetzt befinden wir uns in einer Zwangslage, sonst wäre die Sache anders. Zu einer solchen abfälligen Kritik liegt gar kein Grund vor, denn überall findet die Handelspolitik des Reichs immer mehr Anerkennung. Eine besondere Unterstützung der Handelsvertrags-Politik war die Rede des Finanzministers nicht (Sehr richtig! links), der vom Vertrag sehr wenig und von der Nothlage der Landwirthschaft mit so großer liberaler Fürsorge sprach. Eine schwierige Lage der Landwirthschaft aller Welt leugnet niemand. Aber von dieser Thatsache soll man doch nicht einen solchen Gebrauch machen, daß der Begriff des Nothstandes schließlich garnicht mehr festgestellt werden kann. Die Landwirthschaft steht dadurch schlechter da, daß sie weniger als andere Erwerbszweige im stande ist, sich anderen Verhältnissen anzupassen, und das kann keine Gesetzgebung beseitigen. Man spricht von dem Zurückgehen der Landwirthschaft Englands. Aber trotz des Rückganges wird in England immer noch mehr Weizen, Roggen und Hafer gebaut, als in Preußen. Allerdings die Grundrente ist herabgegangen, und darin scheint mir die Genesung für die Landwirthschaft zu liegen. Daß die Russen mit dem Vertrag zufrieden sind, ist selbstverständlich; aber wir haben auch Ursache, damit zufrieden zu sein. Bei diesem Werke hat die Regierung die große Mehrheit der Nation hinter sich, darum braucht die Regierung keine Konzessionen zu machen.

Abg. **v. Plötz** (dk.): Wenn wir mit seiner Wirthschaftspolitik nicht einverstanden sind, so wird der Reichskanzler nicht verlangen, daß wir ihm zustimmen. Das gilt nicht der Person, sondern der Sache. Wenn der Reichskanzler seine Wirthschaftspolitik ändern wollte, so würden wir uns freuen, denn die jetzige Wirthschaftspolitik kann nicht zum Heile Deutschlands dienen. Wir sind gegen die Handelsverträge, weil sie der Landwirthschaft schaden. Beweise brauchen wir nicht beizubringen; diejenigen, welche die Verträge vorlegen, müssen nachweisen, daß sie der Landwirthschaft nicht schaden. Wir halten die Herabsetzung der Zölle auf Getreide für eine große Konzession, während die Konzessionen für die Industrie sehr gering sind. Die Förderung der Kultur in Europa ist nicht Sache der deutschen Regierung, sie soll die deutsche Kultur fördern. Wenn der Reichskanzler meinte, daß der Bund der Landwirthe der Landwirthschaft noch nicht eine Mark gebracht hat, so kann ich fragen, was hat denn die Regierung der Landwirthschaft geleistet? Aber bei der Futternoth hat der Bund der Landwirthe den Leuten geholfen, ihr Vieh im Preise hoch zu halten, damit sie nicht in ihrer Bedrängniß den jüdischen Vermittlern in die Hände fielen. Die Aufhebung des Identitätsnachweises würde keine Kompensation sein, höchstens für den Osten würde es einen Vortheil bedeuten. Deshalb stimmen wir gegen die Aufhebung des Identitätsnachweises, weil die Landwirthe fest zusammenstehen sollen. Nicht wir haben den Osten und Westen auseinander getrieben; das ist von anderer Seite geschehen. Nicht die Junker haben sich an die Spitze gedrängt; jeder Bauer an der Spitze der Bewegung wäre uns ebenso lieb. Die Bauern wissen, daß ich loyal vorgehe. Ich wünsche der Regierung, daß sie immer eine so loyale Opposition gegen sich haben möge, wie uns. Wie der Reichskanzler bei jedem Gesetz prüfen wollte, welche Wirkung es auf die Sozialdemokratie ausübt, so sollte er auch prüfen, wie es auf die Landwirthschaft wirkt. Redner geht dann auf die Roggenproduktion der Erde und Rußlands ein und folgert daraus, daß die kleinste Vermehrung der Roggenproduktion Rußlands zur Ueberschwemmung des deutschen Marktes mit Getreide führen wird. Soll das für den Roggenbau verwendete Land aufgeforstet werden? Der Vertrag sorgt dafür, daß die Aufforstung nicht Gewinn bringt. Die Industrie hat keine erheblichen Vortheile erzielt. Ganz unverständlich ist, daß wir uns überall gebunden haben. Aber Rußland erhält die Freiheit, seinen Kohlenzoll zu erhöhen. Wenn die preußische und die Reichsregierung die Nothlage der Landwirthschaft gekannt haben, weshalb hat sie den Zollschutz für nicht mehr nothwendig erachtet, weshalb hat sie die Verträge durchgedrückt? Die Stabilität der Zölle gönnen wir der Industrie, für die Landwirthschaft sind die Verträge die Stabilität des Elends. Wo die Rettung zu finden ist, wissen wir nicht, wenn sie nicht in der Währungsfrage zu finden ist. Bis diese aber geregelt, können noch Jahre vergehn und bis dahin gehen noch Tausende von Existenzen zu Grunde. Diesen Zustand kann ein großes Land auf die Dauer nicht ertragen. (Beifall rechts.)

Darauf wird die Diskussion geschlossen. Das Schlußwort als Antragsteller erhält

Abg. **von Kardorff** (Rp.): Der Reichskanzler hat es übel vermerkt, daß ich ein Wort des französischen Ministers Méline zitirt habe und das als unpatriotisch gebrandmarkt. Ein Redner meinte, er hätte mir eine Rüge ertheilt. Rügen werden nur vom Präsidenten ertheilt. Ich fürchte, daß der Vertrag uns nicht friedliche Zustände bringen wird, sondern solche Schwierigkeiten die den Frieden gefährden. Redner zieht seinen Antrag zurück.

Persönlich bemerkt Abg. **Richter**, daß er bei seinen gestrigen Ausführungen garnicht an den Abg. Osann gedacht habe, weil er von seiner Bekehrung zum russischen Handelsvertrag noch garnichts gewußt hätte.

Darauf beschweren sich noch der Abg. **Zimmermann** (Antisemit), daß die deutsche Reformpartei, und der Abg. **Sigl**, daß kein Vertreter des bayrischen Bauernstandes zum Wort gekommen sei.

Die Vorlage wird an die um 7 Mitglieder verstärkte Kommission für die bereits genehmigten Handelsverträge überwiesen.

Schluß 6½ Uhr. Nächste Sitzung **Freitag 1 Uhr** (Militäretat.)

Abgeordnetenhaus.

25. Sitzung vom 1. März. Vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Bosse.

Die zweite Berathung des **Etats** wird mit dem **Kultusetat** fortgesetzt.

Die **Einnahmen** werden ohne Debatte bewilligt.

Bei den **dauernden Ausgaben** und zwar beim Gehalt des Ministers beschwert sich

Abg. **Bachem** (Z.) über die disparitätische Behandlung der Katholiken bei Besetzung der höheren Beamtenstellen und über das Gesetz über die kirchliche Vermögensverwaltung, welches gegen den Willen der katholischen Kirche gemacht sei, ferner über die Nichtberücksichtigung der Forderung der Katholiken bezüglich konfessioneller Kirchhöfe. Im allgemeinen seien die katholischen Geistlichen geringer besoldet als die evangelischen. An Neu-Ausgaben für evangelische Kirchenzwecke enthalte der Etat 44 990 Mark, für katholische nur über 2000 Mark. Das Zentrum habe bereitwilligst die 10 Millionen für den protestantischen Dombau bewilligt (Zuruf im Zentrum: Leider), das nicht geringere Bedürfniß von katholischen Kirchen in Berlin werde nicht befriedigt. Und doch gehöre das zu den besten Mitteln gegen die Sozialdemokratie. Die Ausführung des Jesuitengesetzes durch preußische Organe entspreche nicht dem Geist dieses Gesetzes, wenn man sogar rein wissenschaftliche Vorträge gegen den Sozialismus verbiete, nur weil die Vortragenden Jesuiten seien. Auf dem Unterrichtsgebiet herrsche dieselbe Disparität, wenigstens **eine** katholische Universität sollte man bewilligen; protestantische Gymnasien und Schulen übernehme der Staat, katholische nicht. In katholischen Landestheilen, wie z. B. Westpreußen, vernachlässige man die Errichtung neuer Volksschulen. Die evangelischen Geistlichen betraue man mit der Schulinspektion, den katholischen entziehe man sie, ja vielfach werde die Lokalinspektion über katholische Schulen von evangelischen Geistlichen ausgeübt und in einem Fall von einem altkatholischen Geistlichen. (Hört! hört! im Zentrum.) Kreisschulinspektoren im Nebenamte seien 845 evangelische Geistliche, aber noch nicht 50 katholische. (Hört! hört! im Zentrum.) Redner giebt eine Uebersicht über die Besetzung der höheren Beamtenstellen in den überwiegend katholischen Provinzen, Rheinprovinz, Westfalen, Schlesien, Posen, Westpreußen, zum Beweise, daß die katholischen Beamten völlig unter der Zahl der evangelischen verschwinden. In Posen beginne die Vertretung des katholischen Elements überhaupt erst beim Kreissekretär. (Heiterkeit.) Kein katholischer Schulmann könne höher aufsteigen als bis zum Regierungsrath, es gäbe keinen katholischen Ober-Regierungsrath im Schulfach. All' das könne nur gebessert werden, wenn die katholische Abtheilung im Ministerium, die sich früher wohl bewährt habe, wieder errichtet werde. (Aha! rechts.)

Minister **Bosse**: Es ist Thatsache, daß in gewissen Aemtern verhältnißmäßig weniger Katholiken als Evangelische sind, aber der Grund liegt nicht in einer imparitätischen Behandlung, sondern zum großen Theil in der katholischen Bevölkerung selbst, die uns nicht diejenigen Kräfte stellt, die wir gebrauchen. Ueber die Errichtung konfessioneller Kirchhöfe habe ich nicht allein, sondern mit dem Minister des Innern zu entscheiden. In dieser Beziehung sind auch außerordentlich wenige Beschwerden an uns herangetreten. Ein Anlaß zu einem gesetzlichen Einschreiten liegt auch hier nicht vor. Die Gehaltsunterschiede der katholischen und evangelischen Geistlichen sind gerechtfertigt, denn bei den ersteren besteht doch einmal das Cölibat. Was würden Sie sagen, wenn die evangelischen General-Superintendenten eine Gleichstellung im Gehalt mit Ihren Bischöfen forderten. (Unruhe im Zentrum.) Der Schaffung einer rein katholischen Universität stehen die größten Schwierigkeiten und Bedenken entgegen. Dieser Konfessionszwang entspricht nicht der Lehrfreiheit, die das Wesen der deutschen Universitäten bildet. Die rein wissenschaftlichen sozialen Vorträge der Jesuiten lassen sich schwer von den religiösen Aufgaben derselben trennen, und jede religiöse Ausübung ist ihnen gesetzlich verboten. Was an mir ist, thue ich zur Erhaltung der Parität.

Abg. **Seyffardt**-Magdeburg (natl.) wünscht die Vorlegung eines Schuldotationsgesetzes. Eine fachmännische Schulaufsicht sei durchaus nothwendig. Könne man mit dem bisherigen Verhalten des jetzigen Ministers im allgemeinen einverstanden sein, so träfen die Verfügungen über die Schulpflicht doch nicht das Richtige. Vor vollendetem sechsten Lebensjahr könne man den Schulbesuch nicht beanspruchen. Ferner sei die Verfügung unhaltbar, wonach Geistliche ein Schulinspektorat übernehmen können, ohne die gesetzlichen Prüfungen für Lehrer abgelegt zu haben.

Kultusminister **Bosse**: Diese Verfügung hat eine ganz andere Tendenz als der Vorredner anzunehmen scheint. Es kommt Niemand, auch kein Theologe, in dieses Amt, ohne die Rektoratsprüfung gemacht zu haben. Nur das Mittelschullehrer-Examen ist für die Theologen fortgefallen, weil dies eine überflüssige Examenhäufung wäre, da jeder in das Lehramt eintretende Theologe sogleich das Rektorexamen zu machen hat. An dem sechsten Lebensjahre für den Beginn der Schulpflicht halte ich prinzipiell fest, es ist nur in einem Spezialfall eine Ausnahme auf Wunsch der Eltern verfügt worden.

Abg. **Danzenberg** (Z.): Der Minister will keine mechanische Parität, aber es besteht doch jetzt eine mechanische Imparität. Wenn die Katholiken nicht das nöthige Material für die höheren Beamtenstellen haben, so liegt das daran, daß in den unteren Instanzen die Katholiken keine Gelegenheit erhalten, sich für den höheren Dienst vorzubereiten.

Minister **Bosse**: Ich werde in unserer ernsten Zeit niemals die Hand dazu bieten, die Lebensadern der Kirche zu unterbinden, aber die Frage der katholischen Abtheilung hat damit nichts zu thun.

Abg. **Kropatscheck** (k.): Die volle Berücksichtigung der Fachmänner bei der Kreisschulinspektion wünschen wir, aber wir können nicht mit einem Mal alle Kreisschulinspektoren im Nebenamt beseitigen. Sehr lebhaft wünschen wir, die Einwirkung der Familie auf die Schule zu verstärken.

Abg. **Jazdzewski** (Pole) bedauert, daß der Minister das Gesetz über die kirchliche Vermögensverwaltung nicht ändern will, vertritt die sprachlichen Ansprüche der polnischen Bevölkerung, namentlich auf dem Gebiete der Seelsorge und fordert ungehinderte Entfaltung der Ordensthätigkeit gegenüber den Gefahren der Sozialdemokratie, welche sich nur auf dem Boden der Religion wirksam bekämpfen lasse. Auf dem Gebiete der Schule werde er die Streichung aller antipolnischen Titel des Etats beanspruchen.

Minister **Bosse**: Der polnische Privatunterricht in den Volksschulen hat zu den größten Unzuträglichkeiten geführt und wurde geradezu bei den öffentlichen Prüfungen zu Demonstrationen benutzt. Die Lehrer wurden abhängig von den polnischen Komitees, welche die Mittel für diesen Privatunterricht zusammenbrachten. Ich beabsichtige nun, statt des Privatunterrichts in der Mittelstufe einen polnischen Lese- und Schreibunterricht zur Förderung des Religionsunterrichts fakultativ einzurichten, d. h. nur wenn die Eltern es wünschen. Unser Ziel, die deutsche Sprache auch in den polnischen Landestheilen zu pflegen, geben wir niemals auf. Diese rein schultechnische Maßnahme wird eine gute und segensreiche Ordnung herbeiführen.

Abg. Graf **Limburg-Stirum** (k.): Wer soll denn bei der Ernennung von Beamten entscheiden, wer das Vertrauen des katholischen Volkes hat. Vom Vertrauen des Volkes können wir die Ernennung von Beamten nicht abhängig machen, das widerspräche unserem monarchischen Gefühle (Oho! links), denn der König ernennt die Beamten. Was käme bei der katholischen Abtheilung heraus? Die Herren würden sich als die Vertreter der ausschließlichen katholischen Interessen betrachten, und so würde nur Mißtrauen bei den anderen erregt. Nachdem Herr v. Jazdzewski ein Handelsgeschäft in bezug auf die Dinge am anderen Ende der Leipzigerstraße so bestimmt bestritten hat, darf ich es nicht mehr glauben, aber diese Meinung hatte sich schon verschiedentlich geltend gemacht. Jedenfalls ist es auffallend, daß die Erklärung des Ministers über den polnischen Sprachunterricht gerade mit der Berathung des russischen Handelsvertrages zusammenfällt. (Bewegung.) Gegenüber der festen Geschlossenheit der polnischen Bestrebungen müssen wir das Interesse des Deutschthums wahren. Die neue Maßregel bezüglich des polnischen Sprachunterrichts sieht aber wie eine Konzession an das Polenthum aus, das immer mehr verlangen wird; diese Maßregel ist geeignet, das Deutschthum zu schwächen und deshalb bedauere ich sie.

Minister **Bosse**: Das ist ein Mißverständniß, diese Maßregel ist nicht bestimmt, das Deutschthum zu schwächen, sondern die Pflege des Deutschthums zu verstärken.

Darauf wird um 4 Uhr die weitere Berathung auf **Freitag** 11 Uhr vertagt.

Parteinachrichten.

Beanstandete Wahl. Der Wahlprüfungs-Ausschuß der hessischen Kammer hat die Wahlen der Sozialdemokraten Cramer (Offenbach-Land) und Orbig (Gießen-Land) einstimmig für ungiltig erklärt.

* * *

In Marburg ist es seit langem zum ersten Male (am 27. Februar) wieder vorgekommen, daß die dortigen Genossen einen größeren Saal und zwar den „Saalbau" zur Verfügung hatten. Th. v. Wächter sprach über „Christenthum und Sozialdemokratie" vor einer Zuhörermenge, wie sie sich sonst selten in sozialdemokratischen Volksversammlungen zusammen findet. Gegen 1000 Studenten und Professoren hatten sich eingefunden. Nur der Professor Lehmann, nationalliberal, nahm in der Diskussion das Wort und wiederholte auszugsweise die Zukunftsstaatsrede des Abgeordneten Bachem. Im Ganzen hat der 1½stündige Vortrag auf die Studenten, die sich auch äußerst ruhig verhielten, einen sichtbar guten Eindruck gemacht.

* * *

Nach einer 6monatlichen Gefängnißstrafe, welche der Genosse Zielowski im Landesgefängniß zu Freiburg i. Br. wegen angeblicher Majestätsbeleidigung verbüßt hatte, wurde derselbe am 24. Februar entlassen. Die Parteigenossen Freiburgs hatten, um den „Büßer" ein herzliches Willkommen in der Freiheit zu bereiten, eine Abendunterhaltung veranstaltet. Diese war stark besucht und verlief unter Ansprachen und Vorträgen in harmonischer Weise, Zeugniß ablegend davon, daß die deutsche Arbeiterschaft es versteht, ihren Vorkämpfern die berechtigte Anerkennung für ihre Dienste in richtiger Form darzubringen.

* * *

Sie sind alle aus demselben Lehm geknetet — die „Nichtgentlemen" nämlich, deren die Polizei sich gegen die politisch Verfolgten bedient. Der Restaurateur Karl Riebert in Stettin, der in dem Prozeß gegen den Genossen Müller als Kronzeuge aufgetreten und der, als die „Volkswacht" ihn als Polizeispion bezichtigte, sofort des Schutzes des Staatsanwaltes sich zu erfreuen hatte, ist jetzt wegen Fahrkartenschwindeleien verhaftet worden.

* * *

Die Blamage der 42 ist noch immer nicht ganz zu Ende; unsere Parteigenossen in den Gemeinderaths-Sitzungen schenken keinem der Herren ihre voreilige Handlungsweise. Auch in Cossebaude war sich die Arbeiterschaft nicht bewußt, daß ihre Angehörigen sich solche Roheiten hätten zu schulden kommen lassen, wie in der Petition angegeben worden ist. Da auch der Gemeindevorstand dieses Ortes, Herr Rautenstrauch, die Petition mit unterschrieben hatte, so wurde er nun in der Gemeinderaths-Sitzung am 22. d. M. darob von einem unserer Parteigenossen befragt. Herr Rautenstrauch suchte sich aus der Sache herauszureden und suchte von Cossebaude abzulenken, „meine Herren," so sagte er, „wenn sie wüßten, was in Deuben alles vorkommt, dort ist es ganz schrecklich." Unsere Genossen machten freilich den Herrn aufmerksam, daß wir uns in Cossebaude und nicht in Deuben befinden. Daß für Cossebaude der Inhalt der Petition auch nur im mindesten zutreffend sei, konnte der Gemeindevorstand nicht behaupten. Trotzdem hat er das Schandmachwerk mit unterschrieben. Aus Mickten wird der „Sächs. Arbeiter-Zeitung" über dieselbe Angelegenheit geschrieben: „Der hiesige Gemeindevorstand erklärte den Gemeinderaths-Mitgliedern, als er wegen der Petition befragt wurde, er habe nur den zweiten Theil derselben unterschrieben, welcher den Wunsch nach einer Vermehrung des Landgendarmerie-Korps ausspricht; dies sei in seiner Gemeinde sehr nothwendig, denn einmal sei an der Elbe eine Frau angefallen worden, ein andermal habe er bei einem Rundgang in der Ziegelei 13 obdachlose Personen im Brennofen vorgefunden, die dann außer einigen alle entwischt seien. Fürwahr, auch „Gründe" zur Unterzeichnung der Petition, zur maßlosen Beschimpfung der gesammten Arbeiterschaft!

* * *

Polizeiliches, Gerichtliches ꝛc.

— **Groben Unfug** soll der Redakteur der „Sächsischen Arbeiterzeitung" dadurch begangen haben, daß er einen Bericht aus Unterweißig veröffentlichte, in welchem aufgefordert wird, ein bestimmtes Lokal nicht zu besuchen. In der Verbreitung dieses Versammlungsbeschlusses soll der grobe Unfug liegen, für welchen Genossen Eichhorn mittels Strafbefehls eine Haftstrafe von 6 Tagen auferlegt wurde. Richterliche Entscheidung ist beantragt.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.
Oeffentliche Sitzung vom Donnerstag, 1. März, Nachmittags 5 Uhr.

In das Kuratorium der Wasserwerke wird in der engeren Wahl zwischen den Stadtvv. Rast und Gleinert der erstere gewählt; die engere Wahl zwischen den Stadtvv. Alt und Giese zur Deputation für das Berliner Ausstellungsprojekt von 1896 fällt auf den Stadtv. Alt.

In die Steuer- und Einquartirungsdeputation wählt die Versammlung den Stadtv. Mosch.

Bezüglich der Magistratsvorlage wegen Vermehrung des ärztlichen Personals in den städtischen Krankenhäusern hat der niedergesetzte Ausschuß unter Vorsitz des Vorstehers Langerhans beschlossen, der Versammlung folgende Beschlußfassung zu empfehlen:

Bei jedem der drei allgemeinen städtischen Krankenhäuser (im Friedrichshain, am Urban und in Moabit) sollen sobald als möglich, außer den beiden ärztlichen Direktoren und den Assistenzärzten, zunächst mit beiderseitiger dreimonatlicher Kündigung, angestellt werden:

a) für die innere Abtheilung ein in der Krankenbehandlung vollkommen selbstständiger dirigirender Arzt mit 4000 M. Gehalt, welcher nicht im Krankenhause wohnt und in bezug auf ärztliche Praxis nicht beschränkt sein soll; dabei sind vorzugsweise solche Aerzte zu wählen, die eine spezialistische Vorbildung besitzen. Im Krankenhause Moabit soll dieser dirigirende Arzt ein erprobter Bakteriologe sein;

b) Für die chirurgische Abtheilung ein dem ärztlichen Direktor untergeordneter Oberarzt mit einem jährlichen Gehalt von 3500 M.

Die Versammlung ersucht den Magistrat, diesem Beschlusse beizutreten.

Abgelehnt hat der Ausschuß sowohl die Magistratsvorlage, welche nur die Anstellung von den ärztlichen Direktoren untergeordneten Oberärzten respektive Ober-Assistenzärzten in Vorschlag gebracht hatte, als auch den weitergehenden Antrag des Dr. Zadek, der für je 100 Kranke einen dirigenden Arzt und mindestens zwei Assistenzärzte angestellt wissen wollte, außerdem die Bildung besonderer Stationen für Frauenkrankheiten, Kinderkrankheiten, Geschlechtskranke, Hals-, Nasen- und Ohrenkranke, sowie für Nervenkranke vorschlug und die Anstellung eines pathologischen Anatomen für jedes der drei Krankenhäuser und eines ärztlichen Verwaltungsdirektors für dieselben forderte.

Vom Stadtv. Jacobi wird beantragt, die Worte „zunächst mit beiderseitiger dreimonatlicher Kündigung" zu streichen.

Die Stadtv. Wohlgemuth und Genossen beantragen prinzipaliter die Zurückverweisung der Vorlage an den Ausschuß zur Prüfung des folgenden, eventualiter zu den Ausschußanträgen sub a gestellten Antrages, wonach, zunächst mit sechsmonatlicher Kündigung, bei den inneren Abtheilungen je ein dirigirender Arzt mit 6000 M. Gehalt angestellt werden soll, welchem mit den Direktoren nur die Ausübung konsultativer Praxis zu gestatten ist.

Stadtv Sachs I will die unter a hinter dem Wort „Gehalt" aufgeführten Bedingungen und Vorbehalte sämmtlich fortfallen lassen und außerdem das Gehalt des chirurgischen Oberarztes ebenfalls auf 4000 M. normiren.

Stadtv. Zadek: Einen Fortschritt bringt der Ausschuß; er will den dirigirenden Arzt in der Krankenbehandlung vollständig selbständig stellen. Diese Konzession in Verbindung mit der Erledigung der Titelfrage reicht aber nicht hin, um die Erwartungen der Kranken und der Berliner Bürgerschaft zu befriedigen. Wir wollen, daß die Assistenten nur exekutive Organe sein sollen, die eigentliche Krankenbehandlung aber von den dirigirenden Aerzten ausgeübt wird. Die von dem Magistrat gegebene Statistik der Krankenbestände legt eine Theilung in akute und chronische Fälle zu Grunde, um mit der geringen Zahl der akuten Fälle die Ueberflüssigkeit eines zweiten dirigirenden Arztes nachzuweisen. Aber bedürfen die chronischen Kranken denn nicht einer sogar noch intensiveren Behandlung als die akuten Fälle? Alle Kranken, akute und chronische zusammen, müssen doch mindestens zweimal in der Woche besucht werden. Rechnet man für jeden Kranken nur 5 Minuten Zeit, so kommen 6—8 Stunden auf allen Stationen täglich heraus, für Moabit sogar 12 Stunden. Also auch bei Anlegung dieses geringsten Maßes kommt der Ausschußantrag den berechtigten Wünschen nicht entgegen; namentlich für Moabit ist ein dirigirender Arzt absolut unzureichend. Die vorhandenen Fälle von Nervenkrankheiten, Frauenkrankheiten, Haut- und Geschlechts-Krankheiten und Kinder-Krankheiten reichen vollauf hin, je eine Station für 100 bis 150 Betten zu errichten; ja, für Diphteritis allein stellt sich eine besondere Station als durchaus nothwendig heraus: Für alle diese müßten Spezialisten angestellt werden. Der Ausschuß hat den ärztlichen Verwaltungsdirektor abgelehnt, er hat den Protektor abgelehnt, obwohl sich gegen beide Forderungen sachlich und auch finanziell nichts sagen ließ. Vielleicht haben in letzterem Falle persönliche Gründe vorgewaltet, was freilich das schlimmste Motiv für die Beschlußfassung gewesen wäre. Ich kann für den Ausschußantrag nur dann stimmen, wenn unser Antrag, den wir wieder einbringen, abgelehnt wird; nur dann werde ich die geringen Fortschritte, die der Ausschußantrag immerhin enthält, auch meinerseits akzeptiren.

Stadtv. Wohlgemuth empfiehlt seinen Antrag. Der Antrag wolle die völlige Gleichstellung an Gehalt mit den Direktoren. Dagegen scheine die Nothwendigkeit der Anstellung eines Bakteriologen in Moabit nicht erwiesen.

Stadtv. Sachs I hält eigentlich den Standpunkt des Magistrats für den richtigen, will sich aber dem Ausschußantrag akkommodiren, wenn sein Unterantrag angenommen wird.

Stadtv. Virchow wendet sich dann gegen den Antrag Wohlgemuth. Die Gefahr, daß ein Arzt die Thätigkeit im Krankenhause nur benutzen würde, um sich eine große Praxis zu verschaffen, solle eben durch die kurze Kündigungsfrist beseitigt werden. Daß den Kranken nicht genügende Beaufsichtigung und Besichtigung zu Theil werde, sei ein Vorurtheil.

Stadtv. Neumann befürwortet die Ausschußanträge, soweit sie aber die 3monatliche Kündigung betreffen tritt er dem Antrag Jacobi bei.

Stadtrath Straßmann: Unsere Krankenhäuser sind zum größeren Theil mit Verpflegungskranken gefüllt, mit Obdachlosen, die keine Verpflegung haben. Für die sonstigen Kranken sind besondere dirigirende Aerzte nicht unumgänglich nöthig. Moabit hat bereits seit dem 1. April 1890 den Charakter des Seuchenhauses verloren.

Im Schlußwort legt der Referent Stadtv. Spinola gegen die letzten Ausführungen vom Magistratstische Verwahrung ein. Der Magistrat habe doch selbst durch seine Vorlage die Vermehrung des Arztpersonals als Bedürfniß anerkannt und bisher nichts davon verlauten lassen, daß die Mehrzahl der Kranken aus Verpflegungskranken bestehe.

Die Abstimmung ergiebt zunächst die Ablehnung des Antrags Zadek. Nach mehrfach zweifelhaft gebliebener Abstimmung über einzelne Punkte des Antrags Wohlgemuth wird dieser Antrag im Ganzen abgelehnt, dagegen der Ausschußantrag mit der Modifikation angenommen, daß sechsmonatliche Kündigung gelten soll.

Die Wahl des Abg. Hermes wird für giltig erklärt.

Es folgt die erste Berathung der Vorlage betr. die Festsetzung des Stadthaushalts-Etats für 1894/95.

Der Etatsentwurf schließt mit 85 043 745 M. ab. Nach dem Vorschlage des Magistrats soll diesmal auch die zweite Stufe der Kommunal-Einkommensteuer (Einkommen von 660 bis 900 M., Steuersatz 4 M., Aufkommen 719 000 M., welches aber durch 25 pCt. Abgänge und durch die Erhebungskosten bis auf 281 000 M. herabgemindert wird) unerhoben bleiben. Durch die Einkommensteuer bleiben etwa 23½ Millionen zu decken, was eine Erhöhung des Kommunalzuschlags zur Staatseinkommensteuer von 85 auf mindestens 100 pCt. zur Folge haben wird. An den bisher in Geltung gewesenen Miethssteuersätzen soll nichts geändert werden.

Kämmerer Maaß: Der Etat erfordert ein Plus von über 3½ Millionen Gemeinde-Einkommensteuer. Dieses Plus wird bedingt durch die Minderüberschüsse bei der Gas- und Wasserverwaltung, durch einen Mehrzuschuß bei der Kanalisation, durch vermehrte Anforderungen für Verzinsung und Tilgung der städtischen Anleihen. Auch die Verwaltungszweige stellen erhöhte Anforderungen. Andererseits können Mieths- und Haussteuer nicht mehr so scharf wie im vorigen Jahre zu Mehreinnahmen herangezogen werden; auch die Einnahme aus der lex Huene zeigt eine Verminderung. Welcher Prozentsatz der Einkommensteuer zur Deckung des Ausfalls nöthig ist, ist noch nicht sicher; fest steht aber bereits, daß mit 100 pCt. nicht auszukommen sein wird; ich halte persönlich 105 pCt. für erforderlich. (Bewegung.)

Stadtv. Singer: Die Einzelheiten des neuen Etats wird besser der Ausschuß als das Plenum prüfen. Der Kämmerer schildert diesmal die Finanzlage der Stadt nicht so rosig, als er es früher gethan. Als die Versammlung die Verbreiterung der Königstraße in Berathung nahm, erklärte der Oberbürgermeister, es sei ihm von einer ungünstigen Finanzlage der Stadt Berlin nichts bekannt. Aber wenn heute bei der bestehenden wirthschaftlichen Depression eine so starke Erhöhung der Einkommensteuer nöthig ist, dann hätte man doch größere Vorsicht üben sollen gegenüber Projekten, für welche höchstens eine ästhetische Rücksicht ins Feld geführt werden könnte. An sich erschreckt mich die Erhöhung auf 105 pCt. durchaus. Nicht die starke Herabsetzung der Einkommensteuer auf 70 oder 85 pCt. hatte eigentlich keinen andern Zweck als den einen Ausgleich dafür zu finden, daß endlich einmal in Preußen eine etwas vernünftigere Steuereinschätzung zu stande gekommen ist. In demselben Augenblick, wo die Berliner sich zuerst selbst einschätzen mußten, haben die städtischen Behörden sich dazu verstanden, einen Ausgleich zu gewähren durch eine Herabsetzung der Steuerquote um 80 resp. 15 pCt. Die Steuerreform, vor der Berlin steht, wird hoffentlich endlich mit der schlechtesten existirenden Steuer, mit der Miethssteuer (Unruhe) tabula rasa machen. Prinzipiell steht unsere Gegnerschaft gegen diese Steuer, einer indirekten Kopfsteuer schlimmster Art, unabänderlich fest. (Unruhe.) In der Frage der Einverleibung der Vororte werden wir ebenfalls vom Magistrat sehr stiefmütterlich behandelt. Wir erfahren nur aus offiziösen Magistratsartikeln in der Presse darüber, als ob die Stadtverordneten-Versammlung für den Magistrat in dieser Frage garnicht vorhanden wäre. Die gemischte Deputation für diese Frage besteht noch immer, ist aber seit 1½ Jahren nicht mehr zusammengetreten. Weshalb ist sie nicht wieder berufen worden? Von großer Bedeutung ist ferner die Frage der Verminderung der Einnahmen aus den Gasanstalten. Der Siegeszug der Elektrizität macht dem Gase das Leben täglich saurer und wird es schließlich todtschlagen. Desto eifriger müßte die Stadt die Vermehrung des Gaskonsums zu fördern suchen und sie namentlich für gewerbliche Zwecke immer mehr auszudehnen streben. Das hat aber zur Voraussetzung eine Verbilligung des Gases, welches heute von der Stadt mit 100 pCt. Nutzen abgegeben wird. Die Ueberlassung der Ausbeutung der Elektrizität an eine private Gesellschaft ist ebenfalls ein Fehler gewesen; wir werden ja aber in nicht langer Zeit die Frage der Uebernahme dieser Werke in städtische Regie zu entscheiden haben. Hoffentlich fällt die Entscheidung zu gunsten der Stadt aus. Früher wurde bei der Etatsberathung hier von der Schul- und Armenverwaltung als von einem Prunkstück gesprochen. Niemand wird die großen Fortschritte unseres Schulwesens leugnen, wenn auch auf dem Gebiete des Fortbildungs-Schulwesens Paris uns ein leuchtendes Vorbild sein könnte. (Widerspruch.) Aber diese Anerkennung hilft nicht über die Erkenntniß hinweg, daß auf diesem Gebiete noch viel zu bessern ist. Die Anregung auf unentgeltliche Beschaffung der Lehrmittel hat zwar zu einer Bewilligung im Etat geführt, aber der Klagen der Eltern über die Schwierigkeiten, welche ihnen von den Rektoren gemacht werden, ist kein Ende und damit ist der Vortheil, der aus der Etatbewilligung erwachsen sollte, hinfällig geworden. Warum sollen Eltern etwas, was ihnen als ihr gutes Recht zusteht, als Almosen durch Antichambriren erbetteln? In der Armenverwaltung sind die Sätze für Almosen und Pflegegelder zu niedrig. Die städtische Verwaltung hat schon deswegen kein Recht, so übermäßig auf ihre Leistungen auf dem Gebiete des Schulwesens, Armen- und Krankenwesens zu pochen, weil aus der Arbeit derjenigen Klassen der Bevölkerung, deren Unglücklichsten nachher diese Einrichtungen zu gute kommen, erst der Wohlstand hervorgebracht wird, der nachher diejenigen, die im Wohlstand sind, befähigt, auf dem Gebiete der städtischen Verwaltung einigermaßen vernünftige Einrichtungen zu treffen. (Lebhafter Widerspruch und Lärm.) Die Stadt Berlin ist auch der größte Arbeitgeber Berlins; sie beschäftigt leider nur indirekt Tausende von Arbeitern. Sollte nicht der Magistrat Fürsorge dahin treffen, daß den Unternehmern Bedingungen auferlegt werden derart, daß sie die Arbeiter bezüglich der Arbeitszeit und des Arbeitslohnes einigermaßen verständig behandeln? Geschieht dies, so werden in demselben Maße die Arbeiter steuerkräftiger gemacht. (Lachen.) Jedenfalls empfehle ich der Bauverwaltung unsere vorjährige Anregung zur Prüfung, dafür Sorge zu tragen, daß die Arbeiter auf der Straße mit Baubuden versehen werden, damit sie ihre Ruhepausen in gedeckten Räumen zubringen können. (Unruhe.) Diese Frage ist doch finanziell gar nicht von Bedeutung; hier wäre ethische und ästhetische Rücksichtnahme des Magistrats angebracht. An die Pferdebahngesellschaft sind wir ja noch lange Jahre gebunden. Hier ist aber ein Gebiet, auf dem der Magistrat etwas leisten kann. Dennoch sind die Forderungen der Versammlung noch immer unerfüllt. Die Durchführung des Zehnpfennigtarifs kann der Magistrat von der Gesellschaft erzwingen, wenn er ihr neue Konzessionen versagt; seit Jahren verlangt die Versammlung Verbesserung der Wagen im Innern und sonstige Erleichterungen dieser Verkehrseinrichtung. Ferner sollte der Magistrat den Versuch machen, die Gesellschaft zu veranlassen, Sitzplätze für die Pferdebahnkutscher einzurichten. Für den Magistrat wird es gewiß eine Freude sein, sein gewichtiges Wort bei der Gesellschaft für diese so angestrengten Leute in die Waagschale zu werfen. Dem Antrag auf Befreiung der Einkommen bis 900 Mark werden wir zustimmen, weil wir es einfach für lächerlich ansehen, daß von einem Einkommen unter 900 Mark auch noch einige Mark an die Stadtkasse abgegeben werden sollen. An den indirekten Steuern tragen gerade diese Aermsten ihr volles Theil zu den öffentlichen Lasten bei, daß die Erträge aus der lex Huene zurückgegangen sind, ist ein sehr erfreuliches Faktum, denn diese Erträge stammten ganz und gar von den ärmsten Klassen der Bevölkerung her. Ist das Einkommen der Arbeiter so beschaffen, daß man vernünftiger- und anständigerweise Steuern davon nehmen kann, so nehme man sie; nicht aber von solchen, denen kaum das Existenzminimum zur Verfügung steht. Das Schreckgespenst der 105 pCt. Einkommensteuer existirt für uns nicht.

Kämmerer Maaß: Die Erfordernisse für die Königstraße lassen sich auf 3 Jahre vertheilen. Ich habe auch niemals unsere Finanzverhältnisse gerühmt, ich habe sie stets nur als mäßig bezeichnet.

Stadtv. Kalisch bedauert die späte Einbringung des Etats, bestreitet dem Stadtv. Singer, daß man die Ermäßigung in der städtischen Einkommensteuer durchgesetzt habe, um die Erhöhung der Einschätzung zu paralysiren, und bittet dann ebenfalls um baldige Mittheilung der Magistrats-Subkommission in Sachen der Kommunalsteuer-Reform. Die Außerhebungsetzung der zweiten Stufe ist ihm nicht sympathisch; ihm widerstreebe es, noch mehr Bürger zu schaffen, die nur Rechte, keine Pflichten haben. Für die Schule und für die Armenverwaltung seien wieder erhebliche Etatserhöhungen vorgesehen, je etwa 1 Million. Wie solle das enden? Die ganze Bevölkerung leide augenblicklich Noth in Berlin, besonders aber der Mittelstand, diesem müsse vor allem geholfen werden. (Zustimmung und Widerspruch.)

Kämmerer Maaß stellt es als unthunlich dar, den Etat früher vorzulegen.

Stadtv. Gerstenberg: Wir haben 73 Millionen Mark Kämmereischulden, wozu noch nicht 2 M. pro Kopf Verzinsung erforderlich sind. Der Schuld steht das Fünf- und Sechsfache an Vermögen gegenüber. Die Finanzlage der Stadt ist also thatsächlich doch keine ungünstige. Die Erhöhung der Gehälter durch die Dienstalterszulagen wird nach den Beschlüssen des betreffenden Ausschusses lange nicht den Betrag erreichen, den er Kämmerer für die erwähnte Petition herausgerechnet hat. Von den 14 Markthallen sind nur 7 gute; die 7 mageren Kühe verzehren jetzt langsam die 7 fetten. Den Antrag auf Abschaffung der Miethsteuer bringt Herr Singer mit gutem Grunde deshalb nicht ein, weil er eben so wenig weiß wie wir, wo eventuell von 1895 ab die 13 Millionen herkommen sollen. Bei der drohenden Erhöhung der Kommunalsteuer scheint mir der Erlaß der zweiten Stufe bedenklich; vielleicht kann damit noch gewartet werden.

Ein Schlußantrag wird angenommen und der Etat einem Ausschuß von 15 Personen überwiesen. Zu den Gewählten gehört auch Stadtv. Singer.

Die Etats der städtischen Werke werden dem Etatsausschuß ebenfalls überwiesen.

Für Erweiterungsbauten am städtischen Vieh- und Schlachthof werden 16 000 bezw. 66 000 M. gefordert. Die Vorlage wird angenommen.

Die übrigen Gegenstände werden von der Tagesordnung abgesetzt.

(Schluß 9¼ Uhr.)

Lokales.

Das Wappen der Stadt Berlin soll zeitgemäß umgestaltet werden. Der Verein „Herold" hat, wie die „Vossische Zeitung" mittheilt, bereits vor einiger Zeit die Erörterung der Frage angeregt, ob es wünschenswerth und möglich sei, in dem Wappen die Erhebung zur kaiserlichen Residenz und Reichshauptstadt zum Ausdruck zu bringen. Daraufhin hat sich der „Verein für die Geschichte Berlins" in seiner letzten Sitzung mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Von sechs vorgelegten Entwürfen fand besonderen Beifall eine Skizze, wonach im oberen Felde eines getheilten Schildes der Reichsadler, im unteren gespaltenen Felde rechts der preußische, links der brandenburgische Adler angebracht war. Der Bär war in einem Herzschilde aufgelegt und über dem Schilde die Mauerkrone angebracht. Wir halten diesen Vorschlag für durchaus verfehlt, weil wir darin den Ausdruck auch der Entwickelung, welche Berlin von 1871 an bis in die allerjüngste Zeit genommen hat, vermissen. Wir erlauben uns daher, einen anderen Vorschlag zu machen. Daß der Berliner Bär auf dem Wappen das ganze, ungetheilte Feld nicht mehr allein beherrschen darf, ist selbstverständlich. Aber es geht auch nicht an, ihn nun in einem besonderen, kleineren Schilde aufzulegen. Das sähe so aus, als ob er wenigstens auf seinem kleineren Felde immer noch Alleinherrscher bleiben soll. Man umgebe ihn von oben und von den beiden Seiten mit den breit gemachten drei Adlern, denen der allergrößte Theil des ungetheilten Feldes einzuräumen ist, und lasse ihn, um Raum zu schaffen, sich nach oben hin ducken und nach den Seiten hin in sich zusammenkriechen. Das geht ganz gut, und es sähe auch sehr hübsch aus. Als Hintergrund denken wir uns das Forckenbecken, umgeben von den Trümmerhaufen an der Schloßfreiheit und am Schloßplatz. Schildhalter hat das Berliner Wappen, soviel wir wissen, nicht. Aber sie dürften für die Zukunft nicht mehr zu entbehren sein. Die ursprüngliche Absicht der Anbringung von Schildhaltern kann doch nur die gewesen sein, dem Wappen eine aufrechte Haltung zu geben und es vor dem Umfallen zu bewahren. Die Schildhalter dürften jedoch nicht stehend, sondern auf dem Bauche liegend dargestellt werden, wodurch der Gesammteindruck des Gedrückt- und Breitgeschlagenseins in dem Wappen noch bedeutend verstärkt würde. Modelle dazu findet ein Künstler unter den Mitgliedern des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung in Hülle und Fülle; wir schlagen jedoch in erster Linie den Oberbürgermeister Zelle und Herrn Alexander Meyer vor. Ob es sich nicht empfiehlt, auch das wirthschaftliche Moment zum Ausdruck zu bringen, möge weiterer Erwägung vorbehalten bleiben. In diesem Falle könnte man die Schildmaler auf einen breiten Postament gefüllter Geldsäcke ruhen lassen, dessen Grundlage eine Schicht ausgemergelter Arbeiterknochen bildet. Wir bitten den „Verein für die Geschichte Berlins", unseren Vorschlag in seiner nächsten Sitzung einer Prüfung zu unterziehen.

Aus Plötzensee werden einem hiesigen Blatte interessante Details über das Befinden einiger „berühmter" Strafgefangener mitgetheilt, denen wir folgendes entnehmen. Die Gefangenen, die der Betrachtung würdig sind, befinden sich bedauerlicher Weise sämmtlich in einem leidenden Zustande, der ihnen die Behandlung im Lazareth und dabei auch weit bessere Nahrung sichert, als sie der übliche Rumfutsch und Mehlbrei bieten.

Der bekanntlich zu 10 Jahren Gefängniß verurtheilte Geheime Kommerzienrath Wolff befindet sich noch immer im Lazarethflügel, nach welchem er seines Siechthums halber gleich nach seiner Einlieferung von Moabit geschafft werden mußte und welchen er wohl kaum jemals wieder verlassen dürfte. Seine Gesuche um Haftentlassung sind trotz Befürwortung derselben durch die Anstaltsärzte von der königl. Staatsanwaltschaft abgelehnt worden. Wolff erhält mit Rücksicht auf seinen leidenden Zustand meist die ihm ärztlich verschriebene Extradiät und hat auch die Erlaubniß erhalten, seine Frau und Tochter allmonatlich einmal im Beisein eines Lazareth-Aufsehers im sogenannten Aerztezimmer zu sprechen. Sonst dürfen Gefangene bekanntlich nur in dem sogenannten Sprechzimmer (Nr. 28) hinter einem hohen Drahtgitter mit ihren Angehörigen verkehren.

Auch der Rechtsanwalt Dr. Stein befindet sich noch im Lazareth und zwar auf der sogenannten Invalidenstation, woselbst er dem ständigen Lazarethschreiber mit schriftlichen Arbeiten zur Hand geht. Sein Wiederaufnahme-Antrag ist, wie wir kürzlich meldeten, in der Beschwerde-Instanz vom königlichen Kammergerichte abgewiesen worden, doch hofft Dr. Stein, daß ihm auf grund des § 23 der Gefängnißordnung das letzte Viertel der Strafe erlassen wird.

Derselbe Saal, in welchem Bankier Wolff untergebracht ist, beherbergt seit kurzem den erkrankten Bankier Maaß aus Charlottenburg, welcher den Lazarethbediensteten und seinen Mitgefangenen viel zu schaffen machen soll.

Es ist selbstredend bedauerlich, daß die erwähnten Spitzbuben sich sämmtlich in einem leidenden Zustand befinden; man hätte da eigentlich denken sollen, daß die lukullische Lebensweise, die sich diese Herren in der goldenen Freiheit von den Moneten anderer Leute geleistet haben, ihren werthen Korpus etwas widerstandsfähiger gegen die Entbehrungen des Gefängnisses gemacht hätten.

Kernfestere Leute, als die erwähnten Gauner, welchen letzteren wir übrigens von Herzen baldige Besserung wünschen, sind da denn doch unsere Parteigenossen, die dank der herrlichen Preßgesetzgebung des geeinten deutschen Vaterlandes das mannhafte Eintreten für ihre Ueberzeugung bekanntlich in gerade nicht seltenen Fällen im Gefängniß zu büßen haben.

Unsere Leser mögen es uns übrigens verzeihen, wenn wir des ehrenvollen Namens unserer tapferen Genossen fast in einem Athemzuge mit dem pflegebedürftigen Gaunergesindel erwähnen.

Soweit wir unterrichtet sind, büßen unsere Parteigenossen ihre sogenannte Strafe in ihrer Isolirzelle ab, ohne daß sie sonderlich das Lazareth und die Krankenkost in Anspruch nehmen. Sie würgen die elende „Nahrung", die es in Plötzensee giebt, hinunter und kommen allerdings hier und da erst nach ihrer Entlassung aus der Haft in die Lage, ihre gesunkenen Kräfte heben zu müssen.

Vielleicht läßt sich gelegentlich einmal ein medizischer Schriftsteller herbei, zu untersuchen, wie es kommt, daß ein Kommerzienraths-Körper in Plötzensee weniger widerstandsfähig ist, als der Körper eines politischen Gefangenen.

Vierzigtausend Mark hat die Stadtverordneten-Versammlung unserer jedenfalls sehr reichen Nachbargemeinde Charlottenburg zum Bau der Kirche bewilligt, die das Andenken an die Thaten des alten Wilhelm — von Rastatt bis zum allgemeinen Ehrenzeichem Ihring-Mahlow's — verewigen soll.

Melde Dich beim Hofmarschall v. Mirbach, Berliner Freisinn, und apportire auch Du ihm die auf Dich fallende Summe.

„Doppelt giebt, wer schnell giebt," das ist ein Grundsatz, dessen Bethätigung man bei unserer städtischen Armenpflege leider vergeblich sucht. Wir haben wiederholt darauf hingewiesen, daß hier die Extra-Unterstützungen, die zur Linderung einer augenblicklichen Noth dienen sollen, nur nach einem umständlichen und zeitraubenden Verfahren ausgezahlt werden, nach dessen Beendigung der Bittsteller bereits halb verhungert sein kann. Dieses Verfahren wird aber nicht nur ruhig weiter beibehalten, sondern es wird den Armenkommissions-Vorstehern von der Armendirektion immer wieder auf's neue empfohlen und förmlich zur Pflicht gemacht. In der letzten Versammlung von Armenkommissions-Vorstehern, deren Protokoll jetzt durch das „Gemeindeblatt" veröffentlicht wird, machte Magistrats-Assessor Cuno als Vertreter der Armendirektion „anläßlich zweier vorliegenden Spezialfälle die Herren Vorsteher noch besonders darauf aufmerksam, bei der Auszahlung von Almosengeldern recht vorsichtig zu sein und auch selbst kleine Unterstützungen nicht ohne schleunige sorgfältige Recherchen zu zahlen." Vorsicht und sorgfältiges Recherchiren mag allerdings nöthig sein, wenn die Armenpflege nicht von gewerbsmäßigen Schnorrern gemißbraucht werden soll. Aber diejenigen, welche der Armenunterstützung thatsächlich bedürfen, wird durch dieses Verfahren wieder nach einer andern Richtung hin sehr wenig genützt. Lieber ein paar Unwürdige mitunterstützt, ehe man einen wahrhaft Bedürftigen auch nur eine einzige Stunde länger darben läßt. Aber solche Anschauungen darf man freilich nicht von einer Verwaltung erwarten, die, wie alle anderen Zweige der städtischen Verwaltung, von einem sparsüchtigen Krämergeist beseelt ist.

Acht neue Apotheken werden demnächst in Berlin errichtet. Es sind Konzessionen ertheilt für die Königsbergerstraße zwischen Gubener- und Memelerstraße, für die Große Frankfurterstraße zwischen Krautt- und Andreasstraße, für die Gegend der Wittstockerstraße in Moabit, für die Landsberger Allee, für die Reichenbergerstraße in der Nähe der Manteuffelstraße, für die Mariendorferstraße, für das Schöneberger Ufer in der Gegend der Lützowstraße, sowie für die mehrfach erwähnte Neuanlage an der Südseite der Straße Unter den Linden.

Befiederte Proletarier. In dichten Schaaren nähern sich gegenwärtig die Krähen den menschlichen Wohnungen, um aus den Müllabladestätten auszusuchen, was zu ihrer Nahrung dienen kann. In dichter Reihe sitzen sie auf dem Zaune, mit dem der Plan eingefriedigt ist und erwarten die Ankunft des Wagens. Sobald derselbe entleert ist, fallen sie, ohne Rücksicht auf die anwesenden Personen, über den Inhalt her und scharren denselben so gründlich auseinander, daß kaum das kleinste Stückchen unberührt bleibt. Hühner und andere Thiere, die ihnen hierbei Konkurrenz machen, treiben sie in die Flucht und ziehen sich bei eintretender Dunkelheit in die nächsten Forsten zurück.

Die hungernden Menschen dürfen bekanntlich dank unserer braven Staatsordnung ihr vermeintliches Recht auf Brot nicht in so energischer Weise geltend machen, wie die befiederten Proletarier.

Ein Doppelmord? Zu früher Morgenstunde wurde am Donnerstag in der Steglitzerstraße zu Lichterfelde, unweit der Kaserne des Garde-Schützen-Bataillons in einer großen Blutlache auf dem Straßendamm der Prokurist Adolf Dettloff todt aufgefunden. Etwa 20 Schritte davon nach dem Potsdamer Bahnhofe zu lag die Leiche des Gärtners August Kurz gleichfalls in einer Blutlache, die sich über die ganze Straße erstreckte. Der Gendarm Thierbaum bemerkte bei Dettloff einen Schnitt im linken Oberschenkel, der vom Knie bis an den Leib reichte, bei Kurz einen Stich in den Unterleib. Der Bürgermeister Schulz mit dem Polizeikommissar Mohr war gleich an Ort und Stelle. Die Nachforschungen ergaben, daß die beiden Ermordeten sich mit dem Kutscher bezw. Gärtner Helbig, der in der Margarethenstraße 9 bei dem Baumeister Schmidt wohnt, während der Nacht in dem Wirthshause von Kube, gegenüber der Kaserne, befunden und gemeinsam Billard gespielt hatten. Dabei soll ein kleiner Streit stattgefunden haben. Dettloff und Kurz verließen die Wirthschaft etwa gegen 4 Uhr Morgens, gleich nach ihnen entfernte sich Helbig. Dieser Umstand lenkte den Verdacht der Thäterschaft auf Helbig, der denn auch um 8 Uhr durch den Gemeindediener Höhn in seiner Wohnung festgenommen und nach dem Amtsgefängniß gebracht wurde. Trotzdem sich an seiner Kleidung Blutflecke befinden — namentlich auch an der Weste — so will er dennoch von der That nichts wissen. Er giebt an, daß er um 1½ Uhr nach dem Verlassen des Kube'schen Lokals auf der Straße einen Schlag auf den Kopf erhalten habe, ohne zu wissen, von wem; dann sei er hilferufend davongelaufen. Von den beiden anderen habe er niemand gesehen. Die Behörde steht dieser Aussage zweifelhaft gegenüber, hat aber seine Betheiligung an der Blutthat noch nicht feststellen können, da das Messer, mit dem Dettloff und Kurz bearbeitet worden sind, noch nicht aufzufinden war. Die beiden Erstochenen, die den Tod durch Verblutung gefunden haben, sind nach der Leichenhalle des Friedhofes gebracht worden. Helbig ist etwa 30 Jahre alt und von kleiner schmächtiger Gestalt. Man sollte kaum für möglich halten, daß er jene beiden Männer, die die Stiche von vorn erhalten haben müssen, um das Leben zu bringen im stande gewesen sei.

Die Doppel-Blutthat in Groß-Lichterfelde hat gestern Nachmittag um 5 Uhr bereits ihre vollständige Aufklärung gefunden. Der Gärtner Rudolf Helbig, der bis dahin hartnäckig geleugnet hatte, hat sich zu einem Geständniß bequemt, als ihm nachgewiesen wurde, daß er im Besitze eines krummen Gärtnermessers gewesen ist, das er erst vor einigen Tagen bei einem Eisenhändler Osche gekauft hatte. Erst gab er an, daß er das Messer kurz bevor die That verübt worden ist, verloren habe. Nachdem er wiederholt vom Bürgermeister Schultz ins Verhör genommen worden war, stellte er den Vorgang folgendermaßen dar. Er sei mit Kurtz und Dettlof zunächst beim Skat und dann beim Billardspiele im Kube'schen Lokale zusammengewesen. Die Einsätze seien hoch gewesen. Infolge des Spieles hätten sich Reibereien namentlich zwischen ihm, Helbig, und Kurtz entsponnen. Nachdem nun Kurtz und Dettlof das Lokal verlassen hätten, sei er ihnen gefolgt. Nicht weit vom Lokale entfernt habe er von Kurtz, der den Stock des Dettlof an sich genommen, einen Schlag über den Kopf erhalten, der eine auf seinem Kopfe wirklich vorhandene Wunde hervorgebracht habe. Auf den Schlag hin habe er mit seinem krummen Gärtnermesser Kurtz sofort in den Schenkel unmittelbar unter dem Unterleibe gestochen und sei dann entflohen. Dettlof sei ihm nachgeeilt und habe ihn von hinten gefaßt. In demselben Augenblicke aber habe er sich umgedreht und mit demselben krummen Messer den ganzen Schenkel aufgetrennt. Hierauf sei er nach Hause gegangen und habe seiner Frau wohl von dem ihm versetzten Schlage, nicht aber von den Messerstechereien erzählt. Kurtz hat sich nach dem Befunde am Thatorte von der Stelle, wo er den Stich erhielt, auf einen in der Nähe gelegenen Bauplatz geschleppt und ist dort gestorben. Dettlof ist da, wo er gestochen wurde, zunächst zusammengebrochen, hat sich aber noch zweimal aufgerafft, um jedoch jedesmal sofort wieder hinzufallen. Bald ist auch er eine Leiche gewesen. Helbig lieferte nach einander zwei Messer als ihm gehörig der Polizei aus, während er, wie eben erwähnt wurde, das krumme Gärtnermesser verloren haben wollte. Bei seinem Geständniß erklärte er endlich, dieses krumme Messer im Garten seines Dienstherrn vergraben zu haben. Polizeikommissar Mohr begab sich mit einem Gemeindediener sofort in den bezeichneten Garten, um das Messer zu suchen. Eine Gerichtskommission ist bereits am Thatorte gewesen und hat dort die erforderlichen Feststellungen gemacht. Helbig dürfte wegen schwerer Körperverletzung mit tödtlichem Ausgange in zwei Fällen unter Anklage gestellt werden. Er ist seit dem Jahre 1890 verheirathet und Vater von zwei Kindern. Bevor er sich zu einem Geständniß herbeiließ, zeigte er ein freches Benehmen.

„Jugend." Aus „Liebesgram" hat sich am Mittwoch früh auf dem Hausboden des elterlichen Wohnhauses in der Chausseestraße der 14jährige Tertianer Ewald M. durch Erhängen ins Jenseits befördern wollen. Derselbe hatte in der Tanzstunde mit der höheren Töchterschülerin Milly F. ein „Verhältniß" angebandelt, und als die beiderseitigen Herren Eltern davon erfuhren, mußten die Liebenden eine derbe Zurechtweisung über sich ergehen lassen. Dies hat sich Ewald M. derart zu Herzen genommen, daß er sich aufknüpfte, er wurde aber von seinem Vater glücklicherweise noch rechtzeitig losgeschnitten und in zweckentsprechender Weise (mit dem Stock?) ins Leben zurückgerufen.

Arbeiterrisiko. Einen schrecklichen Tod fand am Donnerstag Vormittag um 10¼ Uhr der Monteur Feige in der Maschinenfabrik von C. Hoppe, Gartenstr. 9/12. Er wollte den Riemen auf die Transmission werfen, wurde hierbei von dieser erfaßt und, ehe die Maschine zum Stillstand gebracht werden konnte, vollständig zermalmt, so daß er auf der Stelle eine Leiche war.

Eigenartig war die Höllenmaschine, welche am 15. August v. J. der Maurerfrau Wolter zu Groß-Lichterfelde von unbekannter Hand durch die Post zugesandt wurde: „Princesas, Jose Lopez Habana" und „flor fina" lautete die Aufschrift des ursprünglich als Zigarren-Emballage verwendet gewesenen kleinen Kistchens. Vorsichtig löste man die Verschnürung im Freien, da die Sendung sehr verdächtig erschien. Holzwolle vorwiegend füllte die Kiste, welche nun zwar keine Höllenmaschine war, aber beim Oeffnen einen pestilenzialischen Geruch verbreitete. Statt der „flor fina" war mit teuflisch boshafter Berechnung ein unaussprechliches Etwas in der Holzwolle gelagert und mit Entsetzen sah man das Geschehenißt. Die Empfängerin hatte den Bahnbeamten Voigt, der auf dem Anhalter Bahnhof als Billetschaffner im Dienst steht, verdächtigt, ihr jene unästhetische Sendung verehrt zu haben. Voigt lebte seit längerer Zeit mit der Familie Wolter in Feindschaft und soll nun derselben in der vorbezeichneten Art Ausdruck gegeben haben. Das Schöffengericht erachtete den p. Voigt der Beleidigung der Frau Wolter für schuldig und erkannte auf einen Monat Gefängniß. Die erste Strafkammer des Landgerichts II (Vorsitzender Landgerichtsrath Meyer) ermittelte, nachdem Voigt gegen das erste Urtheil Berufung eingelegt hatte, daß nicht genügend Belastungsmaterial gegen den Angeklagten vorläge, um denselben verurtheilen zu können. Daß Angeklagter unschuldig ist, sei nicht etwa festgestellt, wohl aber, daß er nicht überführt ist, die That begangen zu haben. Unter Aufhebung des ersten Urtheils erkannte die Strafkammer daher auf Freisprechung.

Eine aufregende Szene ereignete sich am Mittwoch Abend um 10 Uhr unweit der Schlesischen Brücke. Dort ging ein etwa 40 Jahre alter Mann, der mit dunklem Winterüberzieher und mit englisch lederner Weste und Hose bekleidet war, in großer Aufregung auf und ab und sprang schließlich, ehe es verhindert werden konnte, in den Landwehrkanal. Der Schuhmacher M., Görlitzer Ufer 3 wohnhaft, konnte den bald wieder auftauchenden Körper mit einer langen Stange ans Land ziehen. Wiederbelebungsversuche, welche sofort angestellt wurden, blieben ohne Erfolg. Der Verstorbene muß anscheinend Zimmermann gewesen sein, da er mit Utensilien, welche auf dieses Handwerk deuten, ausgerüstet war.

Die Berliner Polizei macht sich jetzt mit Eifer daran, die soziale Frage in ihrer Weise zu lösen. Das Intelligenzblatt meldet im üblichen Gummischlauchstil: Dem Bettlerunwesen geht die Polizeibehörde jetzt namentlich im Zentrum Berlins und in der Friedrichstadt mit größter Strenge zu Leibe. Dieses scheint auch sehr gerechtfertigt in anbetracht des Umstandes, daß das Bettlerunwesen zu einer förmlichen Landplage ausgeartet ist. In einzelnen offenen Geschäften soll es durchaus nicht selten sein, daß täglich 20 bis 30 Bettler, Männer, Frauen und Kinder, um milde Gaben vorsprechen. Auch gegen die öffentliche Bettelei in den Straßen, bei der sich die Almosenempfänger an den Häuserfronten, auf den Bürgersteigen und besonders gern auch auf den Brücken niedersetzen, um Vorübergehende anzubetteln, soll energisch vorgegangen werden.

Nein, diese seltsamen Menschen, die im fadenscheinigen Gewande sich „besonders gern" beim pfeifenden Nordost auf den Brücken niedersetzen, um zur nothdürftigen Stillung des Hungers ihrer Kinder einen Kupferpfennig zu erhaschen!

Es ist doch ein herrliches Ding, der Staat der Sozialreform!

Brand im Alexanderplatz-Theater. Im Vorderhause des Theaters entstand kurz vor ¾10 Uhr ein Schornsteinbrand, der sich der Umgegend und den Besuchern des Lokals durch erstickenden Rauch in recht unangenehmer Weise fühlbar machte. Nur der Umsicht der Direktion ist es zu verdanken, daß eine größere Panik verhütet wurde. Nach ¾stündiger, angestrengter Arbeit konnte die Feuerwehr in ihre Depots rücken.

Polizeibericht. Am 28. v. M. Nachmittags wurde eine Frau vor dem Hause Kolbergerstr. 32 durch einen Geschäftswagen überfahren und am Kopfe schwer verletzt. — Vor dem Hause Matthäikirchstraße 6 gerieth ein Mann unter die Räder eines Bierwagens und erlitt eine erhebliche Verletzung an der Hand. — In der Nacht zum 1. d. M. sprang an der Schlesischen Brücke ein Mann in den Landwehrkanal und ertrank. — Im Laufe des Tages fanden sieben kleine Brände statt.

Achtung! Oeffentliche Achtung!

Versammlung für Männer u. Frauen

am Sonntag, den 4. März, Nachm. 4½ Uhr,
im Kolberger Salon, Kolbergerstraße Nr. 23..

Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen **Hoffmann:** Fortsetzung über „Die zehn Gebote und die besitzende Klasse". 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

354/4 **Der Einberufer.**

Verband der Sattler und Tapezirer.

Sonnabend, den 3. März, Abends 8½ Uhr, bei Wienecke, Alte Jakobstr. 83: 294/10

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über: „Das untergehende Handwerk und seine Rettung" von Paul Breitum. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Um pünktliches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Centralverein deutscher Böttcher.

Sonnabend, den 3. März:

Gr. Wiener Maskenball

im Böhmischen Brauhaus, Landsberger Allee 11—13.
Anfang 8½ Uhr. Entree 50 Pf.
Freunde und Parteigenossen sind freundlichst eingeladen.
113/5 **Das Komitee.**

Metzner's Korbwaaren-Fabrik,
Berlin, Andreasstr. 23, Hof part., vis-à-vis d. Andreasplatz
Kinderwagen, größtes Lager Berlins. Musterbücher gratis. Theilzahlung gestattet. 500 Mark zahle ich Jedem, der mir nachweist, daß ich nicht das größte Kinderwagen-Lager Berlins habe. **F. Metzner.**

1000 Damen-
Regenmäntel, Frühjahrsjaquets, Capes u. Kinderanzüge à 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10 M. u. s. w. Landsbergerstr. 48, I, zum Ausverkauf.

Handtuch-Verleih-Institut
Neue Königstraße 17.

Roh-Tabak
A. Goldschmidt, 4435L*
am hiesigen Platze wie bekannt
grösste Auswahl!
Garantie für sicheren Brand.
Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämmtliche im Handel befindl. Rohtabake sind am Lager.
A. Goldschmidt,
Oranienburgerstr. 2.

Sophastoff-Reste
in Rips, Damast, Crêpe, Fantasie, Gobelin, Plüsch und bunten Moquets spottbillig!
Proben franko! 5150L*
Emil Lefèvre, Berlin S., Oranienstraße 158.

37 Als anerkannt reelle und billigste Einkaufs-Quelle des Süd-Ostens für **37**
Gold-, Silber-,
Alfénidewaaren (Eig.-Fabr.)
goldene u. silberne Uhren
empfiehlt sich
H. Gottschalk,
Goldarbeiter und Uhrmacher,
37 Admiral-Straße **37**

Otto Naether,
Uhrmacher,
Anklamerstr. 44, an der Brunnenstr.
Reparaturen an Uhren jeder Art solid und preiswerth. 5417L*

Schleuniger Ausverkauf
der **Restbestände** aus der
J. Adler Söhne'schen Konkursmasse,
als Teppiche, Portièren, Gardinen, Stepp- und Tischdecken, Läuferstoffe,
ferner 1000 Sopha-Stoffreste
der haltbarsten und modernsten Stoffe werden bedeutend unter den
Taxpreisen fortgegeben
Spandauerstr. 30, gegenüber dem Rathhause.

Alte Stiefel, Ausw., w. Verzugs sehr bill. Runge, Naunynst. 2.

!! Roh-Tabak !!
Sämmtl. in- u. ausländischen Sorten, gute Qualität, tadelloser Brand, in billigster Preislage, empfiehlt
Heinr. Franck, Rohtabak-Handlung,
Brunnenstr. 185.
Formen (Bockfoorn) wieder vorräthig.

Kohlengeschäft. 2080b
Mein gutgehendes Geschäft will ich sofort billig verkaufen. Zu erfragen bei **Hilgenfeld,** Bergstr. 60.

Hobelspähne holen ab zu hohen Preisen 2072b
Norddeutsche Eiswerke A.-G.,
Rummelsburg.

Tauben-Börse. 2074b
Allen Taubenfreunden zur Nachricht, daß ich in meinem Lokal Urbanstr. 118 eine Tauben-Börse eröffnet habe. Zahle die besten Preise. **Georg Uebler.**

Vereinszimmer
mit Piano zu vergeben Britzerstr. 32.

Kanarienhähne 6,00, Weibchen 1,25, Heckbauer 2,50. **Schnelle,** Skalitzerstr. 132.

Orchestrion, spielt schön, sof. sehr bill. Satzke, Langestr. 15, H. I.

Rechtsbureau des Königlichen Amtsrichters a. D. Alte Jakobstraße 130. Gewissenhafter Rath in allen Angelegenheiten. Unbemittelten unentgeltlich. Auch Sonntags. 1088b

Damen-Masken-Garderobe
von **M. Roussel,**
43. Skalitzerstr. 43

Leihbibliothek, 1000 Bände, sammt Regalen verkauft billig **Schneider,** Höchstestr. 19. 2064b

Dressirter **Affe** nebst **Ziegenbock** werden Sonnabend Schwedterstr. 240, Ecke Griebenowstraße, ausgespielt.

Gerichtstraße 19 freundliche Hofwohnungen zu vermiethen.
1610b **W. Neumann.**

Beusselstr. 38 kleine Wohn. billig sofort oder später zu verm. 2068b*

Arbeitsmarkt.

Brillante Existenz.
Mit festen Platzspesen u. hoher Provision werd. redegewandte Herren u. Damen, die am hiesigen Platz große Bekanntschaft haben, für große Lebensversicherungs-Ges. per sofort zur Ausbildung zu engagiren ges. 68/8
Offert. F. 798. **Gerstmann's** Ann.-Bür., Friedrichstr. 125.

Geübte **Kartonarbeiterinnen** verl. 2077b **Angreß,** Alte Jakobstr. 8.

Steinnußschnitzer, welcher zu Hause arbeitet, verl. **Ludwig,** Prinzessinnenstraße 28. Meld. Nachm. 2—3. 659M

Verantwortlicher Redakteur: Robert Schmidt in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin, SW. Beuthstraße 2.

2. Beilage zum „Vorwärts“ Berliner Volksblatt.

Nr. 51. Freitag, den 2. März 1894. 11. Jahrg.

Ueber die Bewegung der Berliner Bevölkerung im Jahre 1893

veröffentlicht das „Statistische Amt der Stadt Berlin“ auf rund des vorläufigen Ergebnisses der bisherigen Ermittelungen bereits jetzt die wichtigsten Zahlenangaben. Die Gesammtbevölkerung (das Militär mitgerechnet) belief sich Ende Dezember 1892 auf 789 143 männliche und 867 572 weibliche, zusammen 1 656 715 Personen, Ende Dezember 1893 auf 804 791 männliche und 886 731 weibliche, zusammen 1 691 702 Personen, sodaß in 1893 eine Zunahme von 15 828 männlichen und 19 159 weiblichen, zusammen 34 987 Personen stattgefunden hat. Die Zunahme setzt sich zusammen aus dem Ueberschuß der Geborenen über die Gestorbenen und der Zugezogenen über die Fortgezogenen. Geboren wurden (die Todtgeborenen mitgerechnet) 26 190 männliche und 25 023 weibliche, zusammen 51 213 Kinder. Das sind 30½ pro Mille der mittleren Bevölkerungszahl von 1893. (Auf je 1000 Personen der Bevölkerung kamen 30—31 Geborene.) In den Vorjahren wurden geboren 1892: 52 448, 1891: 53 487 Kinder. Bei der fortschreitenden Vermehrung der Gesammtbevölkerung muß erwartet werden, daß die Zahl der Geborenen jedes Jahr zunimmt, wie das bis 1890 auch der Fall war. Schon ein bloßes Stillstehen bedeutet hier relativ (d. h. im Verhältniß zur Gesammtbevölkerung) einen Rückgang. Seit 1891 ist aber die Zahl der Geborenen sogar absolut (d. h. abgesehen von dem Verhältniß zur Gesammtbevölkerung) herabgegangen. Es wurden geboren, 1893: 30½, 1892: 32, 1891: 33½ pro Mille der mittleren Bevölkerung der betreffenden Jahre. Die Hebung der Geburtenziffer, die für 1891 seit langem zum ersten Male wieder festgestellt werden konnte, war also nur vorübergehend. Die Geburtenziffer hat ihren seit 1875 innegehaltenen abwärts führenden Gang nach einmaliger Unterbrechung weiter fortgesetzt und ist 1893 auf einem Stand angelangt, der noch hinter dem der Nothjahre 1847 und 48 (32 und 31¾ pro Mille) zurückbleibt. 1893 ist das zweitschlimmste Jahr des ganzen Jahrhunderts. Schlimmer war's nur noch im Kriegsjahr 1814 (29¾ pro Mille). Von den 51 213 Geborenen des Jahres 1893 wurden im übrigen 49 710 lebend und 1503 todt geboren. Es starben im Jahre 1893 (ohne Todtgeborene) 18 706 männliche und 17 326 weibliche, zusammen 36 032 Personen. Das sind 21½ pro Mille der mittleren Bevölkerungszahl von 1893. (Auf je 1000 Personen der Bevölkerung kamen 21—22 Gestorbene). In den Vorjahren starben, 1892: 32 696, 1891: 33 392 Personen. Die Sterblichkeit ist also in 1893 gegen 1892 nicht unbeträchtlich gestiegen. Die Zahl der Gestorbenen müßte zwar unter der (allerdings falschen) Voraussetzung, daß Zusammensetzung und Gesundheitszustand der Bevölkerung jedes Jahr im allgemeinen gleich wäre, wegen der fortschreitenden Bevölkerungszunahme von Jahr zu Jahr steigen. Schon ein bloßes Stillstehen würde hier relativ eine Besserung bedeuten. Aber die Sterblichkeitsziffer von 1893 ist nicht nur absolut, sondern auch relativ höher, also ungünstiger als die von 1892. Es starben (ohne Todtgeborene) 1893: 21½, 1892: 20, 1891: 20¾ Promille der mittleren Bevölkerung der betreffenden Jahre. Das Sinken der Sterbeziffer, das seit einer Reihe von Jahren zu beobachten war, hat also mit 1893 wieder eine Unterbrechung erfahren, die vielleicht (und hoffentlich!) nur vorübergehend sein wird, aber um so mehr auffällt, da das Sinken der Sterbeziffer sich (nach Böckh) zum großen Theile aus dem seit 1875 beobachteten Sinken der Geburtenziffer erklärt und diese doch in 1893 noch weiter gesunken war. Diese Erhöhung der Sterbeziffer ist augenscheinlich auf die ungünstige Witterung des Sommers 1893 zurückzuführen, die durch Darmkatarrh, Brechdurchfall u. s. w. unter den Kindern solche Verheerungen angerichtet hat, daß 1893 trotz geringerer Zahl von Geburten doch noch mehr Kinder unter 1 Jahre gestorben sind als 1892. Der Ueberschuß der Geborenen (nach Abzug der Todtgeborenen) über die Gestorbenen belief sich auf 13 678. Er belief sich in den Vorjahren, 1892: auf 18 234, 1891: auf 18 538. Der Ueberschuß mußte 1893 doppelt stark zurückgehen, da, wie gesagt, die Geburtenziffer weiter abgenommen und die Sterbeziffer wieder bedeutend zugenommen hat. Dieses Ergebniß dürfte auch durch nachträgliche Ermittelungen im wesentlichen nicht geändert werden. Unzuverlässiger ist dagegen das vorläufige Ergebniß der Ermittelungen über die Zu- und Abzüge, deren polizeiliche Meldung vielfach unterlassen wird, so daß sich das „Statistische Amt“ mit einem erst später zu machenden, fast nur auf Schätzung beruhenden Zuschlag behelfen muß. Als zugezogen sind vorläufig 102 889 männliche und 80 829 weibliche, zusammen 183 718 Personen ermittelt worden. In diesen Zahlen sind jedoch 3600 Mann Militärzuwachs mit inbegriffen, mit denen Berlin im Oktober 1893 durch Verlegung eines Regiments von Spandau nach hier beglückt wurde. Die Militärbevölkerung, die in den letzten 20 Jahren stets zwischen rund 19 900—20 900 geschwankt hatte, ist damit auf rund 23 500 gestiegen. Nach Abrechnung der 3600 Mann ermäßigen sich die Zahlen der Zugezogenen auf 99 289 männliche, 80 829 weibliche, zusammen 180 118 Personen. (Durch diese 3600 Mann sind für 1893 nicht nur die Zahlen der Zu- und Abgezogenen und der Militär- und Zivilbevölkerung, sondern auch die der Männer und Frauen, der Verheiratheten und Unverheiratheten, der kräftigsten Altersklasse von 20—25 Jahr und der übrigen Altersklassen in ihrem Verhältniß zu einander merklich verschoben worden; sie beeinflussen auch für die Zukunft die Sterblichkeit in günstiger, die Zahl der unehelichen Geburten vermuthlich in ungünstiger Weise.) Der Zuzug war bei den männlichen wie bei den weiblichen Personen am geringsten im Dezember 1893, besonders gering bei den männlichen. Als fortgezogen sind gemeldet 82 857 männliche, 66 906 weibliche, zusammen 149 763 Personen. Der Fortzug übertraf den Zuzug bei den männlichen Personen im März und Dezember, bei den weiblichen im März, Juni und August. Der Ueberschuß der Zugezogenen (ohne die 3600 Mann) über die Abgezogenen würde sich nach diesen Angaben auf 30 355 belaufen, wird aber vorläufig auf grund des Zahlenmaterials früherer Jahre viel geringer, nämlich auf nur 17 709 geschätzt. In den Vorjahren wurden als zugezogen gemeldet 1892: 177 744, 1891: 192 550, als abgezogen dagegen 1892: 150 708, 1891: 152 988 Personen; die Ueberschüsse wurden 1892 auf 14 168, 1891 auf 26 246 Personen geschätzt. Die Ueberschüsse sind infolge von Verminderung der Zuzüge und Vermehrung der Abzüge schon nach 1889 zurückgegangen, während 1893 zum ersten Male wieder das Gegentheil der Fall war. Aus dem Zusammenwirken des geringer gewordenen Ueberschusses von Geburten und Zuzügen hat sich in den letzten Jahren eine immer geringere Zunahme der Gesammtbevölkerung ergeben, während unter normalen Verhältnissen diese Zunahme immer größer werden müßte. Die Zunahme betrug 1893 (ohne die 3600 Mann Militär): 31 387, 1892: 32 402, 1891: 44 784, und noch weiter rückwärts, 1890: 49 282, 1889: 56 283, 1888: 57 210. Ohne die Mehrung des Zuzuges wäre die Zunahme für 1893 noch weit geringer ausgefallen. Wenn die Geburtenziffer weiter so herabgeht, werden wir schließlich dahin kommen, daß Berlin nur noch durch Zuzug von außerhalb wächst.

Gerichts-Zeitung.

Gewerbegericht. Kammer III. Vorsitzender: Assessor Lohmeier. Sitzung vom 27. Februar. Der Maurer Metzke gab am 22. Dezember v. J. seine Stellung beim Maurermeister Berndt auf, um als 2. Kassirer einer Hilfskasse drei Wochen lang im Bureau derselben thätig zu sein. Nach dieser Zeit suchte M. den Bau seines früheren Arbeitgebers auf und frug den mittlerweile zum 1. Polier avancirten ehemaligen 2. Polier desselben, ob er wieder zu arbeiten anfangen könne, er habe schon mal auf dem Bau gearbeitet. Nachdem der Polier sich von der Richtigkeit dieser Behauptung überzeugt hatte, wurde Metzke wieder eingestellt, um am 19. Januar einer Nichtigkeit wegen entlassen zu werden. Er klagte auf Zahlung einer Lohnentschädigung. Der Beklagte wandte ein, die Kündigung zwischen Kläger und ihm sei durch schriftliche Vereinbarung ausgeschlossen worden. Er legt das betreffende Schriftstück vor; aus demselben ist zu ersehen, daß die Kündigung wohl ausgeschlossen wurde, aber nur als Kläger das erste Mal bei Berndt zu arbeiten anfing. Der Beklagte sieht in der Wiedereinstellung des Klägers eine Fortsetzung des ersten Arbeitsverhältnisses und stützt sich dabei auf die Anfrage des Klägers, ob er wieder anfangen könne, und darauf, daß der Polier ihn erst wieder einstellte, nachdem er sich danach erkundigt hatte, daß derselbe bereits bei ihm, Beklagten, thätig war. Das Gericht hingegen nahm an, daß durch den Kläger ein neues Arbeitsverhältniß eingegangen worden sei, zu dessen sofortiger Lösung es eines erneuten Kündigungsausschlusses bedurft hätte. Aus diesem Grunde wurde der Beklagte verurtheilt, gemäß dem Klage-Antrage 32 M. und 4 M. extra als Versäumnißgebühr dem Kläger zu übermitteln.

Der Putzer Scholz verlangt eine Lohnentschädigung von 80 M. Ihm war vom Bau-Unternehmer Kalm ein Akkord in Aussicht gestellt worden. Kalm nannte ihm einen Preis dabei, über den er erst mit einem Kollegen sprechen wollte, der in den Akkord mit eintreten sollte. Scholz versprach, nach drei Tagen Bescheid zu bringen. Da er „es nicht für so eilig hielt“, fand er sich erst einige Tage später ein, um zu sehen, daß die ihm zugesicherte Arbeit anderen Leuten übergeben war. Kläger wurde infolge der Feststellung dieses Thatbestandes abgewiesen. Der Beklagte habe, so wurde das Urtheil begründet, nicht länger mit der Vergebung der Arbeit warten brauchen, als der Kläger nicht zur rechten Zeit Bescheid sagen kann.

In der Liederbuch-Affäre, wegen der im vergangenen Herbst einige Berliner Parteigenossen vom hiesigen Landgericht verurtheilt worden sind, hat vor einigen Tagen das Reichsgericht das letzte Wort gesprochen und zwar ist die Revision der Angeklagten verworfen worden. Die Reichsgerichts-Korrespondenz meldet über die Verhandlung folgendes: In dem Prozesse gegen den Schlosser Eduard Bingau und sieben Genossen (verurtheilt vom Landgericht I in Berlin am 24. Oktober v. J. wegen Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten — § 130 Str.-G.-B. — und Uebertretung der §§ 1 und 12 der preußischen Verordnung vom 11. März 1850 durch Herausgabe eines sozialdemokratischen Liederbuches) wurde am Dienstag das Urtheil verkündet. Der II. Strafsenat des Reichsgerichtes erkannte auf Verwerfung der Revision der Angeklagten. Der Reichsanwalt hatte beantragt, die Sache bezüglich zweier Angeklagten abzutrennen und an das Kammergericht zu verweisen. Inbezug hierauf wurde in den Urtheilsgründen folgende prinzipiell wichtige Ausführung gegeben: Der Senat ist der Meinung, daß, wenn von mehreren Angeklagten Revision eingelegt wird, die Revision derselben als eine einheitliche anzusehen ist und daß der in § 123,3 des Gerichtsverfassungs-Gesetzes gedachte Fall („Die Ober-Landesgerichte sind zuständig für die Verhandlung und Entscheidung über das Rechtsmittel der Revision gegen Urtheile der Strafkammern in erster Instanz, sofern die Revision ausschließlich auf die Verletzung einer in den Landesgesetzen enthaltenen Rechtsnorm gestützt wird.“) nur dann gegeben ist, wenn von keinem der Revidenten die Verletzung einer reichsrechtlichen Norm gerügt ist. Das Reichsgericht hätte allerdings die Trennung beschließen können, aber es lagen keine Umstände vor, welche eine solche Trennung und die Verweisung der Sache bezüglich einzelner Angeklagten an das Kammergericht als zweckmäßig hätten erscheinen lassen können.

Kann der Beklagte in eigener Sache Richter sein? Unsere herrliche Gesinde-Ordnung bestimmt bekanntlich in ihrem § 160, daß das Gesinde bei Vermeidung des Verlustes seiner Ansprüche, bevor es gegen die „Herrschaft“ klagt, von der es aus nicht gesetzmäßigen Gründen vor Ablauf der Dienstzeit entlassen ist, auf Lohnzahlung klagen kann, die Polizeibehörde angehen muß, damit diese die kontraktbrüchige Herrschaft auffordert, das Gesinde wieder aufzunehmen und den Dienstvertrag fortzusetzen. In Nr. 45 unseres Blattes hatten wir den Fall erwähnt, daß ein Diener gegen den bekannten Amtsvorsteher Herrn von Oppen zu Adlershof klagend vorgehen wollte und sich deshalb erst an diesen, dann an den Landrath Stubenrauch wendete. Hierzu wird uns von juristischer Seite geschrieben: Der Diener hat möglicherweise einen falschen Weg beschritten. Das Obertribunal hat in einem Erkenntniß vom 12. Dezember 1864 für solchen Fall dahin entschieden: „ist der Dienstherr der Inhaber der Polizei-Obrigkeit, so versteht es sich von selbst, daß er nicht zwischen sich selbst und seinen Dienstboten vermitteln kann, deshalb muß die Vermittelung der nächstvorgesetzten Polizeibehörde des Bezirks in Anspruch genommen werden.“ Andere Gerichte aus späterer Zeit sind indeß anderer Ansicht. Ihre Meinung geht dahin: „Wo die Polizei dem Amtsvorsteher zusteht, dieser aber persönlich betheiligt ist, tritt für ihn der vom Kreisausschuß betraute Stellvertreter oder der benachbarte Amtsvorsteher in Gemäßheit der §§ 57 und 58 der Kreisordnung von 1872 ein.“ Herr Landrath Stubenrauch scheint einer dritten Ansicht zu huldigen. Und was geschieht, wenn das Gericht letzter Instanz der Ansicht ist, der Diener hätte einen anderen Weg als den von der Polizeibehörde für richtig erachteten gehen müssen?

Er geht dann dank der Gesindeordnung seines an sich noch so berechtigten Lohnanspruchs verlustig: darüber herrscht selbst unter den Juristen kein Streit. Um dieser Eventualität zu entgehen, wird der Diener gut thun, zwei gleichlautende Anträge, „Herrn Amtsvorsteher von Oppen anzuhalten, ihn wieder in Dienst aufzunehmen und den Dienstvertrag fortzusetzen“, an das Landrathsamt und an den Herrn Amtsvorsteher von Adlershof schriftlich einzureichen.

Man sieht, wenn die „Herrschaft“ kontraktbrüchig wird, erhält sie sogar unter Umständen eine Prämie! Und wenn das Gesinde den Kontrakt bricht? Ja, dann hat es Schadenersatz zu leisten, kann von der Polizei zum Dienst gewaltsam zurückgeführt werden und hat außerdem die angenehme Aussicht, auf grund des Gesetzes vom 24. April 1854 mit Geldstrafe oder Haft bis zu drei Tagen belangt zu werden. Wie heißt es in der preußischen Verfassung?

„Vor dem Gesetz sind alle Preußen gleich!“

Ein Abenteuer des Edelsten und Besten, Freiherrn Dr. v. Liebermann, beschäftigte heute die dritte Strafkammer am Landgericht I. Derselbe machte am 19. November in der Friedrichstraße die Bekanntschaft der unverehelichten Hedwig Bradwolf, die des Abends als Blumenverkäuferin im Wintergarten fungirt, des Tages aber in der Passage und der Friedrichstraße ihre Angel nach der männlichen Lebewelt auswirft. Freiherr v. L. führte seine neue Bekanntschaft in eines der renommirtesten Weinrestaurants, nahm dort eine chambre séparée und soupirte mit ihr. Als es ans Bezahlen ging, gab v. L. an, daß aus der Billettasche seines Ueberziehers 98 Mark verschwunden seien. Beim Betreten des Lokals hatte ihm der Kellner Hilpert beim Ausziehen des Ueberziehers geholfen und hatte diesen an die Wand gehängt. Bald darauf war Herr v. L. noch einmal hinausgegangen und während dieser Zeit war Fräulein Bradwolf und der Kellner allein im Kabinet gewesen. Das „Fräulein“ erzählte nun ihrem Galan, der Kellner habe sich mehrere Male an seinem Ueberzieher zu schaffen gemacht, und in die Taschen desselben gegriffen. Der Kellner wurde gerufen, zur Rede gestellt, bestritt aber, das Geld genommen zu haben und wurde darauf unter Anklage gestellt. Das Schöffengericht verurtheilte den Kellner auf das Zeugniß der Bradwolf hin wirklich wegen Diebstahls zu sechs Wochen Gefängniß. Der Vertheidiger, Rechtsanwalt Gabriel, legte Berufung ein und machte heute vor der Strafkammer geltend, daß die Bradwolf nicht den geringsten Glauben verdiene. Ein 17jähriges Mädchen, welches des Abends Blumen verkaufe und des Tages den reichen Wüstlingen nachgehe, um mit solchen Separatkabinets in Weinrestaurants aufzusuchen, eine Zeugin obendrein, die trotz ihrer Jugend schon zweimal wegen häßlicher Krankheiten nach der Charitee gebracht werden mußte, sei sicher nicht qualifizirt, als einzige Belastungszeugin einen unbescholtenen Menschen in's Gefängniß und um Ehre und Existenz zu bringen. Diese Zeugin, die nachweislich zu dritten Personen geäußert habe, als davon die Rede war, daß ein armer Mensch, der eine große Geldsumme gefunden, diese dem Verlierer zurückgegeben habe: „Ich würde nicht so dumm sein!“ — eine solche Person sei wohl im stande, selbst die Taschen ihres Begleiters zu leeren und er könne sich durchaus nicht von dem Verdachte loslösen, daß die Zeugin selbst die Diebin sei. Diesen Ausführungen des Vertheidigers schloß sich der Gerichtshof voll und ganz an und sprach den Angeklagten frei, weil der Verdacht nahe liege, daß die Zeugin den Angeklagten nur belastet habe, um nicht selbst als Diebin angesehen zu werden.

Die kunstrichtende Polizei. Am 8. März wird das Ober-Verwaltungsgericht, das sich neuerdings so viel mit der modernen Bühnendichtung befassen muß, wieder über eine Beschwerde wider die Zensurbehörde zu entscheiden haben. Gegen das Verbot ihres Schauspiels „Nothwehr“ hat Frl. E. v. Schabelsky durch Rechtsanwalt Dr. Grelling Klage erhoben; der Verhandlungstermin ist auf Donnerstag nächster Woche angesetzt.

Soziale Uebersicht.

An die Kollegen
in Oesterreich, der Schweiz, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Belgien, England, Frankreich und Deutschland.

Kollegen!

Die Arbeiter aller Länder sehen immer mehr die Nothwendigkeit ein, sich international zu vereinigen. Die großen Erfolge des international organisirten Unternehmerthums beweisen uns, welche Macht in der ausgedehnten internationalen Organisation liegt. Wir dürfen dabei nur an die Kohlen- und Petroleumringe zu denken. — Doch auch da, wo das Unternehmerthum nicht durch formell geschlossene Organisationen international uns im Kampfe gegenübersteht, ist es doch geeint durch die Interessengemeinschaft. So, Kollegen, sollte es auch bei uns, bei den Arbeitern sein. Leider sind es jedoch nur erst wenige Berufe und Gewerbe, die die internationale Organisation ihrer Angehörigen durchgeführt haben.

Wenn die Kollegen in allen Ländern eine geschlossene Macht gegen das Unternehmerthum bildeten, so dürften unsere französischen und österreichischen Freunde nicht mehr derartige Klagen aussprechen, wie sie in voriger Nummer des „Goldarbeiter“ zum Ausdruck kamen.

Deshalb, Kollegen, besprecht in Euren Versammlungen und Zusammenkünften einmal die Abhaltung eines internationalen Kongresses, der event. in diesem Jahre vom 25. Juli ab in Hanau (Deutschland) stattfinden könnte und berichtet über das Resultat dieser Besprechungen so bald wie möglich an den Unterzeichneten, damit die Einberufung und die Vorarbeiten zu diesem Kongreß sobald wie möglich vorgenommen werden können.

Mit solidarischem Gruße
Die Agitationskommission der Goldschmiede Deutschlands.
J. A.: Hermannn Faber, Berlin C., Rosenstraße 28.

Die Goldschläger Stuttgarts sind am Montag, den 26. Februar, in einen Abwehrstreik wegen Lohnreduktion eingetreten und ersuchen dieselben die Kollegen, den Zuzug nach dort fernzuhalten.

Der Vorstand
des Verbandes der Gold- und Silberarbeiter.

Achtung, Töpfer!

Den Arbeitern der Firma O. Titel (Aktiengesellschaft), Steinstr. 26, wurde zum 1. März d. J. ein Lohnabzug von 10 pCt. angekündigt. Die dort arbeitenden Kollegen traten mit den Unternehmern sofort in Unterhandlung. Da aber die Angelegenheit noch nicht geregelt ist, so ersuchen wir den Zuzug nach dort so lange fern zu halten, bis dies geschehen.

J. A.: Rich. Topf, Gipsstr. 8.

An alle im Vergoldergewerbe beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen.

Am Montag, den 5. März findet in der Brauerei „Königstadt“, Schönhauser Allee 10—11, eine öffentliche Versammlung statt. In derselben wird Genosse O. Räther über das Thema: „Der 1. Mai und wie gedenken wir denselben zu feiern?“ referiren.

Es liegt nun an Euch, Kollegen und Kolleginnen, dazu Stellung zu nehmen.

Zweitens ist die Neuwahl unseres Delegirten in der Gewerkschaftskommission vorzunehmen.

Es liegt in unser aller Interesse, daß wir einen befähigten Kollegen dazu wählen.

Nun Kollegen und Kolleginnen, folgt diesem Mahnruf, indem Ihr wie es Euere Pflicht ist, in der Versammlung alle am Platze seid.

Mit kollegialischem Gruß
Die Agitations-Kommission.

Aufruf
an die Budapester Bürsten- und Pinselarbeiter und Arbeiterinnen!

Werthe Genossen und Genossinnen! Wir waren gezwungen, durch die traurige Lage, in welcher wir uns seit Jahren befinden, an die Unternehmer mit der Forderung einer 25prozentigen Lohnerhöhung, Festsetzung der zehnstündigen Arbeitszeit und Freigabe des 1. Mai als Feiertag heranzutreten.

Nicht möglich war es, uns auch nur das Allernothwendigste, als an Kleidungsstücken, Nahrungsmittel und eine gesunde Wohnung zu verschaffen. Zu all diesen die lange Arbeitszeit (12 bis 16 Stunden) und eine gesundheitsgefährliche Arbeit. Diese Uebelstände wirkten natürlich auf die Arbeiter stark ein, körperlich und geistig gingen dieselben immer mehr rückwärts, bis es gelang, uns eine stramme Organisation heranzubilden, welche so ziemlich den ganzen Körper unserer Branche umschließt.

Am 17. Februar 1894 legten wir unseren Meistern obige Forderungen vor, die Antwort war eine kapitalistische: Nicht-Anerkennung unserer Forderungen. — Auf dieses hin kündigten sämmtliche Arbeiter und Arbeiterinnen, um in 14 Tagen bei Nichtbewilligung die Arbeit stehen zu lassen, wir sind gesonnen, auch nicht ein Jota von unseren Forderungen zu vergeben. Rüstig wird natürlich auf Seiten der Unternehmer dagegen gearbeitet, schon jetzt wird um Arbeitskräfte in die Provinz und ins Ausland geschrieben.

Kollegen! Gehe niemand von Euch auf die verlockende Vorspiegelung ein, hier erwartet Euch nur dieselbe Noth und Entbehrung, welche wir jetzt von uns abschütteln wollen. Werde niemand zum Streikbrecher!

Genossen! Wir verlangen von Euch, daß Ihr uns dadurch unterstützt, daß hier niemand in Arbeit tritt und daß Ihr uns durch Geldmittel helft, denn es treten 170 Arbeiter und Arbeiterinnen in Streik, wovon die große Zahl verheirathet ist. Was Ihr jetzt an uns thut, das thut Ihr an Euch.

Wir werden nicht nur in der Gefahr mit Euch halten, unser Ziel ist gleich dem Euern, welches in der Einführung von Menschlichkeit und Gerechtigkeit besteht. Wenn ein jeder seine Pflicht erfüllt, dann ist der Sieg unser; wollt Ihr, daß eine große Anzahl von Menschen sich ihr Dasein verbessert, dann tretet mit uns ein in den Kampf, hier gilt es schnelle Hilfe, doppelte Hilfe. Zeigen wir, daß die Solidarität der Arbeiter mächtiger ist, als der Geldsack der Unternehmer. Haltet Zuzug fern.

Mit Brudergruß und Handschlag

Die vereinigten Bürsten- und Pinselarbeiter und -Arbeiterinnen Budapests.

Alle Zuschriften und Sendungen sind zu richten an: Joh. Jureczky, Budapest VII, Kazinskygasse 53.

Alle Arbeiterblätter werden um Aufnahme dieses freundlichst ersucht.

Dem Kassenbericht des Verbandes deutscher Buchdrucker entnehmen wir folgende Angaben: An Reiseunterstützung zahlte der Verband 121 164,89 Mark, an Arbeitslosen-Unterstützung 235 528,40 Mark, an sonstigen Unterstützungen 218 041,83 Mark, an Kosten für Rechtsschutz 1049 Mark, zusammen 576 788,90 Mark. Der Kassenbestand betrug 21 000 Mark.

Wie für Arbeiter gesorgt wird, die im Dienste des Militarismus verunglücken. Im August 1892 verunglückte der Magazinarbeiter in den königl. bayr. Artilleriewerkstätten Jörg beim Transport einer Kiste. Es wurde ihm der Fuß abgedrückt, was vollständige Erwerbsunfähigkeit des Verunglückten im Gefolge hatte. Infolge dessen wurde dem Jörg von der Unfallversicherung, volle Erwerbsunfähigkeit desselben anerkennend, die Vollrente mit jährlich 524 M. zuerkannt. Durch Bescheid der Intendantur des 1. Armeekorps vom 12. Februar d. J. ist die Rente des Jörg um 40 pCt. gekürzt worden, sodaß von diesem Tage an die Jahresrente nur noch 315,40 Mark betragen soll. Begründet wird diese Herabsetzung der Rente damit, daß ein Theil der Arbeitsfähigkeit des Jörg wiedergekehrt sei und der Verletzte nach dem gegenwärtigen Stand seiner krankhaften Störung — sogenannte lokale traumatische Neurose — als wohl befähigt erklärt wird, leichtere Arbeiten, welche längeres Stehen, Gehen oder Sitzen nicht bedingen, zu verrichten. Thatsächlich habe Jörg in den letzten Monaten einen Hausirhandel betrieben, jedoch Mangels eines Verdienstes hierbei denselben wieder aufgegeben. Es bestehe somit der gesetzliche Anlaß zur Abminderung der Rente. — Dieser famose Bescheid ist unterzeichnet „Geheimer Kriegsrath". Dieser „geheime Kriegsrath" muß in der That eine recht naive Vorstellung haben von den Unternehmern, wenn er glaubt, daß ein Krüppel Beschäftigung finden könne, der nicht lange gehen, stehen oder sitzen kann. Warum weist der Kriegsrath ihm eine solche leichte Beschäftigung nicht an?

Der freie Arbeiter. Im Reichstag werden die salbungsvollsten Reden gehalten wider den Sklavenhandel. Freilich sehr ernst ist es selbst den frommen Zentrumsleuten darum nicht zu thun, wie die Abstimmung über das Halten von Sklaven bewies. Um aber Sklaven zu sehen, wahre, weiße Sklaven, die auch gar nicht erst loszukaufen sind, wie die schwarzen, braucht man aus Deutschland nicht herauszugehen. Folgender Vertrag, der zwischen einem Fabrikanten und einem Lohnsklaven in Fürth in Bayern abgeschlossen wurde, beweist dies auf's Neue. Der Unterzeichnete Johann Schrott, geb. 31. Juli 1873, von Gerhardshofen, Bez.-A. Neustadt a. A., verpflichtet sich hiermit, bei Herrn Ldwg. Schienerer ein ganzes Jahr als Helfer für den Heizer zu verbleiben und verpflichtet sich, im ersten Halbjahr für 6 M. — Sechs Mark, im zweiten für 7 M. — Sieben Mark, wöchentlich zu arbeiten. Der Unterzeichnete verpflichtet sich ferner, die von dem Heizer vorgeschriebene Arbeitszeit einzuhalten und die aufgetragenen Arbeiten nach Recht und Gewissen zu erfüllen. In duplo ausgefertigt. (Folgen Unterschriften.)

Wie ersichtlich, steht der Arbeiter im 21. Lebensjahre, ist gebunden auf ein volles Jahr, gegen einen Wochenverdienst von 6 M., nach Umfluß von sechs Monaten von 7 M. Die Arbeitszeit beträgt für den Heizer und den Gehilfen wöchentlich zirka 90 Stunden, es ergiebt sich somit in den ersten 6 Monaten ein Stundenlohn von 6⅔ Pf., in den zweiten 6 Monaten ein Stundenlohn von 7⅞ Pf. für die harte, schwere Arbeit des Hilfsheizers. — Und warum gehen Arbeiter, „freie" Arbeiter auf solche Verträge ein? Weil sie die Hungerpeitsche dazu zwingt und diese wirkt mehr, als selbst die Nilpferdpeitsche.

Kirchliche Unduldsamkeit. Dem evangelischen Volksschullehrer Menniger in Hagen i. W. ist seitens der königlichen Regierung zu Arnsberg eröffnet worden, daß er vorläufig vom Amte suspendirt sei, „weil er sich der Achtung, des Ansehens und des Zutrauens in seiner Stellung nicht würdig gezeigt habe". Und was hat Herr Menniger Schreckliches begangen? Als er sich vor einigen Monaten verheirathete, glaubte er nach seiner, sich auf das Evangelium gründenden Ueberzeugung von einer kirchlichen Trauung absehen zu können, da er das Zivil-Ehegesetz als vollständig genügend erachtete und sich demzufolge nur standesamtlich trauen ließ. Dieses hat nun in muckerischen Kreisen arg verschnupft und auf grund eingegangener Denunziation erfolgte die Disziplinar-Untersuchung. Wir hoffen und wünschen, daß Herr Menniger gegen eine solche Unduldsamkeit und Bevormundung in seiner persönlichen Freiheit den aufgezwungenen Kampf mit aller Energie bis in die höchsten Instanzen aufnimmt und zu seinem vollen Rechte gelangt.

„Wohlthaten", welche hie und da von seiten „humaner" Arbeitgeber an ihren Arbeitern gethan werden, sind immer mit großer Vorsicht aufzunehmen. Untersucht man sie auf ihre Echtheit, so entdeckt man in 99 Fällen von hundert einen schlau berechneten Geschäftskniff, der nicht selten dem Unternehmer noch Geld einbringt. Das ist der Fall bei fast allen „Arbeiter-Wohlfahrtseinrichtungen". So hat die Königsberger Hartung'sche Buchdruckerei kürzlich 3000 Mark zur Gründung einer Hauskasse hergegeben. Aus dieser sollen die Invaliden des Geschäfts eine Unterstützung erhalten. Der Plan dieser Kasse ist sehr fein angelegt. Um die Dividenden der Herren Aktionäre auf ansehnlicher Höhe (gegenwärtig zirka 12 pCt.) zu erhalten, beschäftigt die Hartung'sche Druckerei 18 Lehrlinge, welche eine Lehrzeit von 5 Jahren zurückzulegen haben. In dieser Zeit werden also 18 Setzer überflüssig und müssen entlassen werden. Daß nun die Geschäftsleitung sich diesen Umstand zu nutze machen und alle nicht gefügigen und mißliebigen Elemente entfernen wird, ist wohl als selbstverständlich anzunehmen, und darunter könnten ja auch „zufällig" solche Leute sein, welche in absehbarer Zeit Ansprüche auf Invalidenpension machen dürften. Die von den Entlassenen gezahlten Beiträge sind also in diesem Falle ins Wasser geworfen. In 15 Jahren kann übrigens das ganze jetzige Personal durch Ausgelernte ersetzt werden. Wer kann also mit Sicherheit darauf rechnen, in der Hartung'schen Druckerei Invalidenpension zu genießen? Niemand, oder allenfalls einige vom Geschäft „Auserwählte". Jedenfalls liegt es immer in der Hand der Geschäftsleitung, durch eine rechtzeitige Entlassung dem Invalidewerden vorzubeugen, wie ja auch aus der Praxis hinlänglich hervorzugehen scheint, daß zunächst ältere Leute mit Vorliebe entlassen worden sind. Die Aussicht auf Invalidenpension ist also mindestens so sicher, wie die eines Lotteriespielers auf den Gewinn des großen Looses.

Dienstboten-Elend auf dem Lande. Schier unglaublich sind die Nachrichten, welche aus den östlichen Gebieten zu uns dringen über die Behandlung, welche den Landproletariern zu theil wird. Wie aus einer längst entschwundenen Zeit klingen die Klagen der Landleute zeitweilig zu uns herüber, so daß man meint Geschichten zu hören, die sich in Sibirien oder sonst einem Winkel des Knutenreiches abgespielt haben. Kürzlich kam ein Dienstmädchen in die Redaktion der „Königsberger Volkstribüne" und erzählte ihre Erlebnisse, die wir im Auszuge hier folgen lassen, da sie typisch sind nicht blos für die Rohheit, sondern namentlich für die vollkommene Rechtlosigkeit, der das ländliche Gesinde ausgesetzt ist.

Das Mädchen erzählt, daß sie vom 1. Oktober 1893 bis zum 27. Dezember im Dienste des Herrn . . ., Mühlenbesitzer und Gemeindevorsteher in . . ., gewesen ist. An diesem Tage sollte sie die Gesindestube heizen, weil der alte Hirte krank war. Da sie aber nur nasses Reisig hatte, auch sonst sehr in Anspruch genommen war, so ging das Feuer nicht an, und da der Hirte erklärte, hier nicht bleiben zu wollen, denn es sei hier kälter als im Stall, so ließ sie schließlich das Heizen sein. Als der „Herr" das erfahren, habe er sie in der Stube herumgeschleift und mit der Faust auf den Kopf geschlagen. Sie habe daraufhin ihre Arbeit beendigt und sei nach Hause zu ihren Eltern gegangen. Lassen wir nun das Mädchen selbst weiter sprechen: „Der „Herr" mochte mir wohl nicht gewogen sein, denn ich hatte mir erlaubt, vor einigen Tagen um meinen rückständigen Lohn zu bitten, welchen ich jedoch nicht erhielt. Auch sollte ich laut Miethsvertrag zu Weihnachten ein Kleid im Werthe von 5 M. (!) bekommen, aber auch dieses wurde mir vorenthalten. Die „gnädige Frau" nannte mich mitunter „faule Sau", „infame Sau", „infames Vest", zur Abwechselung auch „alte Sau". Am 28. Dezember ging ich zum „Herrn" und bat um meine Entlassung, weil ich ohne Lohn und für Prügel nicht länger arbeiten wollte. Als Antwort bekam ich einen Schlag ins Genick mit den Worten: „Hier hast Du Deine Entlassung." Nach ein paar Tagen ging ich, um meine Sachen zu holen. Ich wurde mit Schimpfen und Drohen empfangen. Als ich in meine Kammer ging, schloß die Wirthin hinter mir zu und rief die Knechte. Aus Angst sprang ich aus dem Fenster und lief davon. Meine Eltern verklagten hierauf den „Herrn" beim Amtsgericht, worauf er erklärte, er wolle mir den rückständigen Lohn und das Weihnachtskleid geben, wenn ich wieder zurück zu ihm in Dienst käme. Am folgenden Sonnabend schickte der „Herr" seinen Amtsdiener zu mir und forderte mich auf, sofort in Dienst zu kommen, widrigenfalls ich 5 Mark Strafe zu zahlen oder zwei Tage im Vorgefängniß brummen sollte. Damit gab sich mein Vater nicht zufrieden, und um weiter klagen zu können, wollte er sich (er ist Ortsarmer) ein Armenattest besorgen. Dazu ging er zu meinem „Herrn", dem Amtsvorsteher. Derselbe meinte, er habe ja noch zwei Schweine und brauche kein Armenattest. Aus Furcht, seine Schweine, seinen einzigen Besitz zu verlieren, hat mein Vater nicht weiter geklagt. Mein Vater ist Krüppel und ortsarm; er sollte von der Gemeinde monatlich einen halben Scheffel Brotgetreide, freies Holz, freie „Wohnung" und 3 M. bekommen. Die Wohnung ist ein Loch von 10 Fuß Länge und 6 Fuß Breite ohne Ofen. Das Brotgetreide nahm mein Vater nur einmal; der Herr Amtsvorsteher und Mühlenbesitzer ließ sich von der Gemeinde einen halben Scheffel Brotgetreide bezahlen und gab meinem Vater zusammengefegte Spreu mit Mäuseschmutz — und das sollte mein Vater essen. Natürlich nahm er kein Getreide mehr. Statt des Armengeldes bat mein Vater um ein Stückchen unfruchtbares Land zur Urbarmachung und Bebauung. Das wurde ihm auch gewährt, und wir Geschwister legten unsere paar Groschen zusammen und kauften dem alten Vater zwei Schweine, damit er sich wenigstens ohne Almosen durchschlagen könne. Und diese beiden Schweine will man ihn nun auch noch nehmen, um die Gerichtskosten zu bezahlen."

So weit der Bericht des Dienstmädchens. Wie dieser Fall, so mögen sich deren hunderte ereignen, ohne daß aus jenen abgelegenen Winkeln etwas in die Oeffentlichkeit dringt. Und da wundert sich dieses Junkerpack noch, daß immer mehr Dienstleute dem „idyllischen Landleben" den Rücken kehren!

Aus dem Krankenhaus zu Bernau. Einen Begriff von der Humanität märkischer Landstädte bekommt man, wenn man den Etat betrachtet, den Bernau für seine Kranken und seine Krankenwärter festgesetzt hat. Das Gehalt des Krankenwärters im dortigen städtischen Krankenhause beträgt pro Jahr 216 M. neben freier Wohnung. Dabei muß der Bewerber verheirathet sein, und er sowohl wie seine Frau, die ein besonderes Gehalt nicht erhält, müssen ihr Vertrautsein mit der Wartung und Pflege der Kranken nachweisen. Der Krankenwärter muß auch für die Beköstigung seiner Pflegebefohlenen sorgen, wofür er pro Kopf und Tag 50 Pf. erhält; wie für diese Summe der arme Kranke genährt, geschweige denn gekräftigt werden soll, ist wahrscheinlich nicht uns allein ein Räthsel. Dem Krankenwärter liegt auch die Wäschereinigung ob; hierfür erhält er pro Kopf 35 Pf. Endlich hat er auch die Beleuchtung in „Gesammtregie" und zwar für ein jährliches Pauschquantum von 72 M.

Wenn diese Zahlen nicht schwarz auf weiß ständen, so wären sie selbst im Staate der Sozialreform kaum zu glauben.

Ein Weberstreik in Amerika. Aus Lawrence, Mass., (Nordamerika) erhalten wir folgende Zuschrift mit der Bitte, selbe sofort zu veröffentlichen und alle arbeiterfreundlichen Blätter Deutschlands um Abdruck zu ersuchen. Der Genosse schreibt uns im Auftrag der deutschen Weber-Union Nr. 2 folgendes:

Die Arbeiter der Washington Mills traten am 12. Febr. cr. in einen Streik, wobei sich sämmtliche Arbeiter betheiligten. Die Zahl beträgt über 3000. Ausgeschlossen haben sich nur die Direktoren, Werkführer 2c. Die Stuhlmeister, Waarenschauer, sowie sämmtliche kleinere Beamte der Fabrik haben sich mit den Arbeitern solidarisch erklärt. Die Ursachen des Streiks sind folgende: Ende August vor. Js. wurden sämmtliche Fabriken der Weberbranche in ganz Nordamerika geschlossen, die Kapitalisten gaben als Grund an, die Silberfrage sei Schuld. Daß dies nur Spiegelfechterei war, sind sich die organisirten Arbeiter sofort bewußt gewesen, die wahren Absichten der Fabrikanten zeigten sich denn auch sehr bald.

Nachdem die Fabriken überall 6 Wochen geschlossen gewesen, wurde der Betrieb in den meisten wieder aufgenommen, jedoch so, daß blos die Hälfte in Betrieb gesetzt wurde, sodaß sich noch 10 000 Arbeiter hier in Lawrence außer Arbeit befanden. Die andern 10 000 Arbeiter waren die Glücklichen, sie konnten die Arbeit wieder aufnehmen, mußten sich aber eine allgemeine Lohnreduktion von 20—40 pCt. gefallen lassen. An einen Streik war nicht zu denken (das wußten unsere Blutbunde wohl), denn die Arbeiter waren meistens ausgehungert, der andere Theil war stark in Schulden. Auch wußten diese Briganten ganz genau, daß der Winter vor der Thür stand und dieser tritt hier härter auf als in Deutschland; auch ist die Feuerung viel theurer als dort.

Unter den 10 000 Arbeitern befinden sich Viele, welche 4 bis 5 Monate außer Arbeit waren, Viele sind bis jetzt noch unbeschäftigt. Die Fabriken kamen wohl in vollen Betrieb, doch die Masse der Arbeitslosen konnte deshalb keine Arbeit finden, weil in mancher Fabrik, wo der Weber früher einen Stuhl hatte, jetzt deren zwei, die 2 hatten 3 und 4, jetzt sogar 5 Stühle zu bedienen hatten.

In den hiesigen Kattunfabriken haben die Arbeiter 6 bis 8 Stühle, bei einem Verdienst von 3—4 Doll. (12—16 M.) per Woche. In den Wollenwebereien ist der Lohn so berechnet, daß die Arbeiter, welche flink sind (dies sind die Jüngeren), durchschnittlich 4—6 Doll. per Woche verdienen. Die Arbeitszeit beträgt 58 Stunden pro Woche.

Am 8. Februar d. J. wurden wir Arbeiter der Washington Mills abermals mit einer Lohnreduktion von 10—15 pCt. beglückwünscht; diese Reduktion sollte am 12. Februar (gesetzlich muß es 14 Tage vorher angekündigt werden) in Kraft treten. Sämmtliche Arbeiter hielten hierauf am 8. Februar Versammlung, um über die neue Reduktion Stellung zu nehmen. Jede Nation hielt Versammlung für sich, doch alle waren einig, um keinen Preis die neue Lohnreduktion anzunehmen. Was unsere Landsleute betrifft, will ich bemerken, daß ca. 700—800 Deutsche in dieser Fabrik arbeiten.

Ein Komitee, welches mit den Leitern der Firma verhandelte, hatte keinen Erfolg, sondern wurde mit höhnenden Worten entlassen. Die Kapitalisten gaben als Grund für die abermalige Reduktion an, die Willson Bill (d. h. der Freizoll, welcher noch gar nicht genehmigt ist und auch am 1. Dezember 1894 erst in Kraft treten kann) sei der Grund.

Wir hielten am 9. Februar abermals Versammlungen ab, um den Bericht des Komitees zu hören; da selbiges aber keinen Erfolg erzielt hatte, beschlossen sämmtliche Arbeiter, die Arbeit am 12. Februar nicht wieder anzutreten.

Wir befinden uns nun im Streik, wir sind auch überzeugt, daß der Kampf ein harter werden wird, doch die Parole sämmtlicher Arbeiter: Lieber bald, als langsam in der Fabrik zu verhungern — giebt uns den Muth, unsere ganze Kraft, ja selbst unser Leben für die gerechte Sache hinzugeben. Hervorgehoben muß werden, daß die Lebenshaltung hier viel theurer ist, als in Deutschland. Ein lediger Arbeiter zahlt 3—4 Dollars Kostgeld die Woche, die Kleidung ist sehr theuer. Die Lage der Verheiratheten ist nicht besser. Eine Wohnung für eine Familie mit 2, 3 und mehr Kindern kostet 6—8 Dollars per Monat, 3—4 Dollars muß für Feuerung ausgegeben werden; der Arbeiter verdient aber nur 16—20 Doll. monatlich. Hinzugefügt sei noch, daß die deutsche Weber-Union, über 500 Mitglieder stark, auf streng sozialdemokratischem Standpunkt steht. Mögen die deutschen Genossen aller Branchen, besonders aber die Weber, gewarnt sein, nach Amerika zu kommen. Die Adresse ist: Deutsche Weber-Union Nr. 2, Lawrence Mass., N.-Am. Matthes-Halle. Hall Street.

Aus Shanghai wird dem Londoner „Standard" gemeldet, daß bei Sautung eine Explosion stattgefunden habe, durch welche eine große Anzahl Arbeiter das Leben eingebüßt habe.

Versammlungen.

Frau Klara Zetkin-Stuttgart sprach am 28. Februar in Martens' Salon, Friedrichstraße 236, vor einer seitens der hiesigen Frauen-Agitationskommission einberufenen öffentlichen Volksversammlung über: „Die Steuervorlagen und die Frauen des Proletariats". Wir stehen, so führte die Rednerin aus, im Zeichen einer Finanzreform, an deren Spitze sich der frühere Kommunist und jetzige Liebling der Agrarier, Herr Miquel, befindet. Anstoß zu der Reform gab die im vorigen Sommer durch Bundesrath und Reichstag beschlossene weitere ungeheure Heeresvermehrung. Obgleich bei der letzten Wahl eine Majorität von mehr als einer Million Stimmen sich mit aller Entschiedenheit gegen den Militarismus ausgesprochen hat, so brachte die Majorität der Volksvertreter, richtiger Volkszertreter genannt, es dennoch fertig, die Militärvorlage den Wünschen der Regierung entsprechend unter Dach und Fach zu bringen. Die Finanzreform ist nothwendig geworden durch die innere und äußere Politik des Deutschen Reiches. Durch die Annexion von Elsaß-Lothringen nach dem siebziger Krieg wurden Deutschland und Frankreich aufs Tiefste verfeindet. Die Annäherung Rußlands an Frankreich hatte den Dreibund und einen unaufhörlichen Wettlauf in den Rüstungen zur Folge. Ganz Europa starrt in Waffen. Diese stete Kriegsbereitschaft saugt am Mark der Völker und muß schließlich eine vollständige Erschöpfung herbeiführen. Scheint der Ausbau des Militarismus sonach zum Schutz vor dem äußeren Feind gerichtet, so wissen wir doch aber viel zu gut, daß er auch zugleich für den inneren Feind bestimmt ist. Die innere Politik des Deutschen Reiches ist darauf gerichtet, Millionäre zu züchten, welche Züchtung unausbleiblich die Proletarisirung der breiten Volksmasse im Gefolge haben muß. Die hierbei gefürchteten gewaltsamen Ausbrüche der Unzufriedenheit und Verzweiflung der Unterdrückten niederzuhalten, ist eine weitere Bestimmung der „bewaffneten Macht". Entsprechend der fortgesetzten Verstärkung des Heeres und der Marine sind auch die Kosten gewachsen. Innerhalb des Zeitraums vom 1. Januar 1872 bis zum 1. April 1894 wurde dafür die Kleinigkeit von rund 12 410 Millionen Mark ausgegeben, was bei einer Bevölkerung von 46 Millionen auf eine Familie von fünf Köpfen das nette Sümmchen von 1349 Mark ergiebt. Die Verzinsung der Reichsschulden im Betrage von 2000 Millionen Mark, welche ebenfalls in der Hauptsache für Militärzwecke gemacht wurden, erforderten gleichfalls 66 Millionen Mark. Auch der größte Antheil der französischen 5 Milliarden ist „verpulvert" worden, d. h. er wurde für Militärzwecke ausgegeben. Trotz der bereits vorhandenen ungeheueren Schuldenlast wird aber immer noch weiter lustig drauf los gepumpt und werden die Zinsen aus den Reichseinnahmen durch indirekte Steuern gedeckt, denn die Einnahmen des Reiches aus Matrikularbeiträgen gehen immer mehr zurück. Das Versprechen der Regierung, die neuen Lasten gerecht zu vertheilen, ist nicht gehalten worden. Statt den Junkern die Liebesgaben und andere Vorrechte zu entziehen, und zu den Ausgaben fürs Reich zu verwenden, zieht man immer wieder die Steuerschraube an und belastet die ärmeren und mittleren Volksschichten immer mehr. Miquel, der doch ein gutes Herz haben soll — wie es scheint nur für die reichen Landwirthe — sollte sein Augenmerk auch auf das Elend der armen Bevölkerung richten; statt dessen sagt er sich, die werkthätige Masse hat einen breiten Buckel, die kann noch größere Lasten tragen, dazu ist ja der Michel da. Die neuen Steuervorlagen sind ganz nach dem „alten Kurs" und dem Grundsatz Bismarck's: die Masse muß es bringen; die Luxusgegenstände des armen Mannes können noch eine Mehrbelastung vertragen, damit die Uebersatten geschont werden, zugeschnitten. Die Proletarierfrauen haben in erster Linie unter dem indirekten Besteuerungssystem zu leiden. Die Rednerin übte hierauf eine treffliche Kritik an dem Steuerbouquet der Reichsregierung; namentlich längere Zeit bei der Tabakfabrikat-Steuer verweilend, gab sie eine ergreifende Schilderung des Elends der Fabrik- und Hausarbeiter und -Arbeiterinnen jener Industrie. Würden diese Vorlagen Gesetz, dann hat die Hausfrau in Zukunft mit noch größeren Sorgen zu kämpfen als jetzt. Der Verdienst ist schon jetzt kaum ausreichend; schon durch das Wachsen der Ausgaben infolge vertheuerter Lebensmittel steigt die Sorge der Frau, doch auch eine

Verminderung der Einnahmen der Familie ist unausbleiblich. Die Erwerbsverhältnisse werden sich noch bedeutend verschlechtern. Die billigere Frauenarbeit verdrängt den eigentlichen Ernährer der Familie aus der Fabrik, dem Komtoir ꝛc., ja, der wucherische Unternehmer wird auch sie verschmähen, wenn er in der Lage ist, seine Produkte durch Kinderhände noch billiger hergestellt zu erhalten. Wir sind somit berechtigt, diese Steuervorlagen ein Attentat der Besitzenden auf den Beutel des armen Mannes zu nennen. Wenn auch alle Gesetzentwürfe sammt und sonders Kommissionen überwiesen wurden, so seien sie immer noch nicht begraben. Die Frauen haben alle Ursache, gegen das ganze indirekte Steuersystem einen entschiedenen Protest einzulegen, da nur ihm allein die Vertheuerung der nothwendigen Lebensbedürfnisse zuzuschreiben ist. Die Frau des Proletariers muß darauf dringen, daß die heutige Gesellschaft etwas mehr für Kulturzwecke thut. Die Kinder der ärmeren Klassen sitzen in überfüllten Schulräumen, ihre Ausbildung ist einseitig und für's praktische Leben unbrauchbar. Während dieselbe hier in Berlin in Volksschulen pro Kopf und Jahr nur 29 M., in Mittelschulen aber schon 82 M. kostet, betragen dagegen die Ausgaben resp. Zuschüsse der Gemeinde für eine Schülerin der höheren Töchterschule 182 M. Diese Thatsache müßte wohl jedem die Vernachlässigung der Kinder ärmerer Volksschichten klar vor Augen führen. Für Kulturzwecke ist eben kein Geld da, während man andererseits tausenden Offizieren im besten Mannesalter hohe Pensionen zahlt. Alles wird dem Militarismus geopfert. Die Ideale ihrer Jugendzeit hat die Bourgeoisie längst über Bord geworfen, von ihr ist nicht zu erwarten, daß sie sich zu einem energischen Protest gegen weitere Heeresvermehrung aufrafft. Einzig der Sozialismus wird den Militarismus überwinden. Die Träger der Bayonnette werden sich erinnern, daß sie selbst dem sogenannten inneren Feind angehören. Mag die Lage des Volkes noch so schlecht sein, so ist sie doch gleichzeitig dazu angethan, den Sieg des Proletariats zu beschleunigen. Der Militarismus bereitet sich selbst sein Grab, er schlägt zur allgemeinen Volksbewaffnung um. Das Proletariat, das klassenbewußt geworden ist, sieht dieser Entwickelung ruhigen Auges entgegen und verharrt aller Verfolgungen zum Trotz bei dem Ruf: „Unser die Welt, trotz alledem!"

Nachdem sich der rauschende Beifall, welcher der Vortragenden für ihre höchst interessanten Ausführungen zu theil wurde, gelegt hatte, verlas die Vorsitzende, Frau Emma Scholz, folgende inzwischen eingelaufene Resolution:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen der Referentin einverstanden. Sie ersieht in den neuen Steuervorlagen eine neue vermehrte Belastung der arbeitenden zu gunsten der besitzenden Klassen. Sie protestirt daher ganz energisch gegen das System der indirekten Steuern und hält als das einzige Mittel zur Beseitigung der bestehenden Noth und des Elends den Sozialismus. Die Versammelten verpflichten sich daher, alle Frauen immer mehr und mehr aufzuklären und zum Klassenkampf heranzuziehen."

An der Diskussion, die sich bis gegen Mitternacht hinzog, betheiligten sich Röhrenberg, Georg Wagner, Frau Lutz, Frau Rohrlack, Räther, Frl. Milautzki, Lange, Frau Wengels und Frl. Wabnitz. Obige Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme. Mit einem Hoch auf die völkerbefreiende Sozialdemokratie wurde die Versammlung geschlossen. Heute (Freitag) spricht Frau Zetkin im „Konzerthaus Sanssouci" über: „Die Bedeutung der politischen Rechte für die Frauen des Proletariats."

Der Verein deutscher Schuhmacher (Filiale I Berlin) tagte am 19. Februar im Lokale des Herrn Feind, Weinstr. 11, in welcher Kollege Niederauer einen Vortrag über die Frauenfrage hielt. Nach Erledigung verschiedener Vereinsangelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung um 11½ Uhr.]

Die Orts-Krankenkasse für das Gewerbe der Tischler und Pianoforte-Arbeiter Berlins hielt am 23. d. M. ihre ordentliche Generalversammlung ab, in welcher der Rendant den Jahresbericht gab. Die Mitgliederzahl ist von 19 280 im Vorjahre auf 19 520 gestiegen. Die Einnahme betrug inkl. Bestand 603722,24 M., der eine Ausgabe von 396 487,97 M. gegenübersteht, sodaß ein Bestand bleibt von 207 234,27 M. Davon entfallen auf den Reservefonds 187 138,00 M., auf Stammkapital 150 M. und Betriebskapital 19 945,43 M. Der gesetzmäßige Betrag des Reservefonds ist demnach zusammengebracht, wie schlecht aber die Verhältnisse liegen, ist daraus zu sehen, daß jetzt noch wöchentlich 4–5000 M. an Krankengeld bezogen werden, gegen 2000 M. in den Vorjahren. An weiblichen Mitgliedern hatte die Kasse am Ende des Jahres 210, und betrug die Ausgabe für dieselben genau so viel wie ihre Einnahme. Gestorben sind in diesem Jahre 221 Mitglieder. Bei den ferneren Punkten der Tagesordnung wurde ein Antrag auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung gesetzt, wonach nur noch die Kassenmitglieder berechtigt sein sollen, die Verwaltungsbeamten zu wählen, während bis jetzt die Arbeitgeber auch mitstimmten; auch soll sämmtlichen Verwaltungsbeamten gekündigt werden.

Die Zentral-Krankenkasse der Steinhauer, Maurer, Gipser und Stuckateure beschäftigte sich in ihrer Mitgliederversammlung am 25. d. M. mit den Anträgen zur Generalversammlung in Dresden. Der Bevollmächtigte verliest ein Zirkular vom Zentralvorstand, das einen Ueberblick über die Kassenverhältnisse gewährt. Nach einer sehr eingehenden Diskussion einigte man sich dahin, die Kasse aufzulösen. Zu Delegirten wurden gewählt: Behrend, Wilke, Blaurock und Roll. Die fünf Stichwahlen, die noch erforderlich sind, sollen in der nächsten Versammlung vollzogen werden.

In einer öffentlichen Versammlung, die am Sonntag, den 25. v. M., im Lokal zum Colberger Gesundbrunnen tagte, referirte Genosse Hoffmann über die zehn Gebote und die besitzenden Klassen. Die Ausführungen des Referenten wurden von den Anwesenden recht beifällig aufgenommen. Der Vortrag endete mit dem vierten Gebot und findet die Fortsetzung desselben nächsten Sonntag Nachmittag um 4 Uhr in demselben Lokal statt.

Die Bäcker Berlins waren am Dienstag Nachmittag in der Brauerei Friedrichshain versammelt, um den Bericht des Kollegen Most über die Verhandlungen der Reichskommission für Arbeiterstatistik entgegen zu nehmen. Der Redner veranschaulichte den Gang der Verhandlungen, durch welche die Unhaltbarkeit der gegenwärtigen Zustände im Gewerbe überzeugend nachgewiesen ist. Die Sachkenntniß der Innungsmeister und besonders des „Ehrenvorstandes" der Münchener Innung, des Landtags-Abgeordneten Schwarz stand weit zurück hinter der des Rektor Schlick aus Köln, der auch in den einschneidenden Fragen konsequent trotz seiner abweichenden religiösen Anschauung den Standpunkt der Arbeiter vertreten hat. Im Uebrigen sind die einschlägigen Verhältnisse des Bäckereibetriebes mit solcher Gründlichkeit erörtert worden, daß die Kommissionsmitglieder, falls die Berathungen noch einige Zeit fortgedauert hätten, befähigt gewesen wären die ganze Misere des Gewerbes ev. am eigenen Leibe auszubrobiren. Es sei zu bedauern, daß die sanitäre Seite der vorliegenden Materie etwas zu kurz behandelt sei, trotz alledem haben wir die Genugthuung, daß zunächst der Anfang zur Regelung der Verhältnisse gemacht ist; Sache der Arbeiter selbst ist es, die Regierung auf diesem Wege vorwärts zu drängen. (Beifall.) Pfeiffer hebt hervor, daß der Genosse Bebel wesentlich durch seine bekannte Broschüre die Aufmerksamkeit der maßgebenden Faktoren auf das Elend im Bäckergewerbe gelenkt habe und wünscht, daß nunmehr die Kollegen sich ihrer Pflicht, die Organisation zu unterstützen, bewußt werden. Schlüter kann sich nicht mit der Kommission einverstanden erklären, welche nicht von einer 14stündigen Arbeitszeit abkommen könne. Scholz und Fischer halten eine wöchentliche Arbeitszeit von 75 Stunden ebenfalls für zu hoch; deshalb müsse dahin gestrebt werden, durch unermüdliches Agitiren das Fehlende zu erlangen. Die folgenden Redner gehen mit den lehrlingsausbeutenden Innungsmeistern, welche der Kommission das Lied vom Ruin des Handwerks vorjammerten und dabei zu den ständigen Besuchern der Rennplätze u. s. w. gehören, scharf ins Gericht. Die Debatte wurde interessant durch das Auftreten einiger christlichsozialer Jünglingsvereinler, von denen der eine, Nowack als Vertreter des hiesigen „Vereins junger Männer" den Sitzungen der Reichskommission beigewohnt hatte. Die Berechtigung der Verkürzung der Arbeitszeit u. s. w. gab der Herr allerdings zu, aber der „unsittliche Lebenswandel" der Arbeiter mache sie zum Theil unfähig, ihrer Arbeitspflicht in der Backstube in genügendem Maße nachzukommen. Ein anderer „Kollege" von gleichem Kaliber „freut sich, daß es ihm vergönnt sei, Morgens mit den Frühstücksbeuteln in die liebe Gottesluft zu treten", nebenbei verwahrt er sich dagegen, als ob die Jünglingsvereine nicht „gewißermaßen" auch sozialistisch wären. — Diese Anschauungen erfuhren durch die Ausführungen der nachfolgenden Redner treffende Widerlegung. Wegen vorgerückter Zeit wurde die Debatte abgebrochen. Die Agitationskommission hat kurz nach Ostern die nächste Versammlung einberufen, zu welcher die Bäckerabtheilung des Christl. Vereins j. Männer eingeladen werden soll; in derselben wird auch über die Maifeier Beschluß gefaßt werden. Am 18. März wird laut Beschluß der Versammlung die Ruhestätte der Märzgefallenen durch einen Kranz geschmückt werden.

Eine gutbesuchte Versammlung des Verbandes aller in der Metallindustrie beschäftigten Arbeiter Berlins und Umgegend tagte am 26. Februar im Kolberger Salon. Da der Vortrag von der Tagesordnung abgesetzt werden mußte, weil der Referent nicht erschienen war, so beschäftigte sich die Versammlung mit der Regelung der Maifeier. Nach einer längeren Debatte stimmte man den Beschlüssen der Generalversammlung zu. Sodann wurde gerügt, daß in verschiedenen Werkstätten noch keine Vertrauensleute gewählt sind; an die Säumigen wurde deshalb nochmals die Aufforderung gerichtet, diesem nachzukommen. Die Vertrauensmännersitzungen finden jeden zweiten Sonnabend im Monat bei Wilke, Hochstraße 32a, statt.

Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse bei der Firma Siemens und Halske standen in der am 27. Februar nach dem großen Saale von Martens in der Friedrichstraße einberufenen Versammlung der Arbeiter und Arbeiterinnen obiger Firma zur Erörterung. Dem an sie ergangenen Rufe waren die Arbeiter und Arbeiterinnen bereitwilligst gefolgt; der große Saal war bis zum Erdrücken voll. Die Handzettel, welche vertheilt worden waren, prangten in je einem Exemplare, mit der Unterschrift der Direktoren versehen, an den schwarzen Brettern der Fabriken, außerdem erschien am Dienstag Morgen folgender Anschlag:

„Unsere Gehilfen und Arbeiter fordern wir hierdurch auf, an der am 27. d. M. im Friedrichstädtischen Kasino stattfindenden Versammlung theilzunehmen und die ewigen Verleumdungen unserer Firma gebührend zurückzuweisen. Siemens."

Das Referat hatte Genosse Räther übernommen. Redner bemerkte: Viele Arbeiter und Arbeiterinnen drängten sich danach, bei dieser Firma beschäftigt zu werden, indem sie noch immer in dem Wahne lebten, daß bei dieser Firma goldene Verhältnisse bestehen. Wie sieht es nun aber in Wirklichkeit damit. Von einer geregelten normalen Arbeitszeit sei in den Werken der Firma nicht mehr die Rede. Die neunstündige Arbeitszeit mit einer halbstündigen Pause (Mittagspause, in welcher die Arbeiter die Fabrik nicht verlassen dürfen), bestehe nur auf dem Papiere. Täglich würden Ueberstunden gemacht, so daß die tägliche Arbeitszeit 11 Stunden und länger dauere. In dem Gabelwerk in Charlottenburg z. B. seien Fälle zu verzeichnen, wo Arbeiter 104 bezw. 106 Stunden in einer Woche gearbeitet und dafür die horrenden Löhne von 31 M. 99 Pfg. bezw. 32 M. 31 Pfg. bezogen haben. (Große Entrüstung bei den Anwesenden). Das Sparsystem in der Fabrik bringe es zuwege, daß die männlichen Arbeiter immer mehr durch Arbeiterinnen ersetzt werden. Die Löhne im Gabelwerk variiren zwischen 23 und 40 Pf. pro Stunde, über 40 Pf. verdienen nur wenige Sterbliche. In der Pumpstation seien früher nur Arbeiter beschäftigt worden, jetzt seien auch hier Arbeiterinnen eingestellt, trotzdem die Arbeiter bald quecksilberkrank werden. Die Arbeiterinnen arbeiten nicht nur neun Stunden, sondern regelmäßig das höchst zulässige Maß von elf Stunden. Aehnlich liege es in der Glühlichter-Abtheilung. Die Tischler fangen mit einem Stundenlohn von 33 Pfennig an. Nicht selten komme es vor, daß in dem einen Saale Arbeiter entlassen werden, während in anderen Sälen mit Volldampf voraus, d. h. mit Ueberstunden flott gearbeitet werde. Es scheine, als ob die Firma der alten Arbeiter sich entledigen und dieselben durch jüngere ersetzen wolle. Ein langjähriger Arbeiter, der krank wurde, sei einfach entlassen worden. Die Wicklerinnen würden an die Drehbank gestellt. Wer nicht kräftig genug sei, werde entlassen. Trotz der gegentheiligen Versicherung seien mehrfach Fälle zu verzeichnen, daß Arbeiter ihrer politischen Gesinnung wegen entlassen wurden. Die hygienischen Verhältnisse in der Fabrik ließen sehr viel zu wünschen übrig. Die Schutzvorrichtungen fehlten gänzlich und würde der Fabrikinspektor in der Fabrik ein sehr reichhaltiges Material für seine Thätigkeit finden. Infolge mangelhafter Ventilation seien vielfach Arbeiter und Arbeiterinnen ohnmächtig geworden. Referent unterzog noch des weiteren die sogenannten Wohlfahrtseinrichtungen der Firma einer eingehenden Kritik. Die Pensionskasse z. B. scheine mehr für die Beamten als für die Arbeiter da zu sein. Daß ein Arbeiter bei der Firma 30 Jahre beschäftigt werde, komme selten vor. Entweder seien die Arbeiter vorher hinausgeworfen oder aber gestorben. Die erbeingesessenen Arbeiter seien selber Schuld an den heutigen Verhältnissen, indem sie sich um nichts gekümmert haben. Noch sei es Zeit, gegen die um sich greifende Verschlechterung der Verhältnisse Front zu machen durch Anschluß an die Organisation. Die Ausführungen des Referenten fanden die vollste Zustimmung und den lebhaftesten Beifall der Versammlung. Große Entrüstung rief eine von einem Arbeiter eingereichte Resolution hervor des Inhalts, daß die Arbeiter etwaige Differenzen mit der Firma selbst ohne fremde Hilfe regeln wollen. Die Diskussion gestaltete sich ungemein stürmisch. Der Antragsteller, Herr Kramer, gab zu, daß nicht alles in der Fabrik so sei, wie es sein solle, aber so schlimm, wie der Referent die Zustände geschildert, seien dieselben nicht. Dieselben seien zu beseitigen durch Verhandeln mit den Chefs durch Delegirte. Einen Metallarbeiter-Verband brauchten die Arbeiter nicht, dieselben könnten alles allein regeln. Fremde Einmischung wolle und dulde die Firma nicht. Kollege Gerisch bezeichnete den Antragsteller als den Typus der Siemens'schen Arbeiter. Das angeblich bei der Firma herrschende patriarchalische Verhältniß sei eine große Lüge. Die kapitalistische Wirthschaftsweise müsse ein solches naturgemäß zerstören und habe ein solches bei Siemens schon lange zerstört. Der Kapitalismus kenne keinen Halt und die Verhältnisse würden noch weit schlechter werden, als sie bereits sind, wenn nicht durch die vereinigte Kraft der Arbeiter denselben Einhalt geboten würde. Noch sei es hierzu nicht zu spät, noch gelte es, vieles zu erhalten, vieles zu erobern und sei es daher Pflicht der Siemens'schen Arbeiter, sich zu organisiren. In demselben Sinne äußerte sich Siegrist. Georgi brachte die Strafgelder zur Sprache. Der Arbeiter, der sich verspäte, habe 10 Pf. Strafe zu zahlen und verliere außerdem die angefangene Stunde Lohn. Die Verwaltung und Verwendung der Strafgelder ruhe in den Händen des Herrn Direktor, die Arbeiter hätten keinerlei Kontrolle. Spohr erinnerte daran, daß der Aufpasser in der Fabrik, der Portier, ein ehemaliger Schutzmann sei. Die internen Fabrikverhältnisse der Firma Siemens u. Halske fanden von den verschiedenen Diskussionsrednern vollste Würdigung und wurden die Ausführungen des Referenten voll und ganz bestätigt. In einer Resolution erklärte die Versammlung denn auch ihr Einverständniß mit dem Referenten und es für die Pflicht eines jeden Kollegen, sich seiner entsprechenden Organisation anzuschließen. Die Resolution Kramer wurde abgelehnt.

Im Gauverein Berliner Bildhauer hielt Dr. Pinn in der Dienstag-Versammlung einen interessanten Vortrag über „Soziale Zustände im Alterthum". Nach dem mit Beifall aufgenommenen Vortrag nahm die Versammlung unter „Geschäftliches" die Streikberichte der Firmen Schilling, Steinmetzstraße und Schoy, Luxusmöbel-Fabrik, entgegen. Danach ist der Stand in ersterer Werkstatt ziemlich unverändert zu voriger Woche. Eine Schlappe erhielt die Firma insofern, als ihr durch unmögliche Fertigstellung von Arbeiten an der Kaiser Wilhelm-Gedächtnißkirche, dieselben entzogen wurden und einer anderen Firma übertragen sind. Im Uebrigen ist die Hoffnung der Streikenden auf Sieg nach Stand der Dinge in jeder Hinsicht gerechtfertigt und werden sie um jeden Preis ausharren, besonders da sich keine erwünschten Streikbrecher finden, sondern bisher alle Zugereisten davon abgehalten werden konnten. Etwas bänglicher steht es bei der Firma Schoy; hierselbst haben sich zwei Streikbrecher eingefunden, die jedoch für die Dauer bei solchen Schund-Akkordpreisen nicht existiren können. Des weiteren wurde nach Antrag der Stellenvermittlungs-Kommission beschlossen, die Vermittlung am Montag ausfallen zu lassen; jedoch muß die zweitägige Meldung wie bisher geschehen. Der schon mehrere Mal zurückgestellte Antrag Klawitter, Aushülfe auch außer der Vermittlung zu gestatten, wurde abgelehnt. Wegen vorgerückter Zeit konnte Punkt Modelleur-Angelegenheiten nicht mehr erledigt werden und schloß die Versammlung nach längerer Geschäftsordnungsdebatte.

In einer Mitgliederversammlung der deutschen Gold- und Silberarbeiter (Zahlstelle Berlin) sprach der Genosse Hoffmann in einem beifällig aufgenommenen Vortrage über das Thema: „Das moderne Raubritterthum". Eine Diskussion fand nicht statt und wurde sodann ein Antrag Brückner angenommen, den Märzgefallenen einen Kranz zu widmen. Die zur Verlesung gelangte Abrechnung von der Matinee ergab eine Einnahme von 336 M., der eine Ausgabe von 192,25 M. gegenübersteht; mithin ein Ueberschuß von 143,75 M. Mit einem Hinweis auf die Matinee am 1. Osterfeiertage schloß der Vorsitzende die Versammlung.

In der letzten Monatsversammlung des Vereins der Plätterinnen und verw. Berufsgenossen, welche im Saale der Brauerei Bötzow tagte, hielt Herr Dr. Joel einen Vortrag über „Die Frau im Siegel der Geschichte und Gesellschaft". Hierauf wurden Frau Schulz, Frl. Biedermann zu Revisorinnen gewählt. Unter Verschiedenem verlas die Kassirerin die Abrechnung vom Sonntag-Vergnügen. Ferner wurde beschlossen, im April ein Stiftungsfest zu feiern. Ueber die Maifeier soll in der nächsten Versammlung berathen werden.

Die Maler und Anstreicher hatten zum 27. Februar eine öffentliche Versammlung nach Gratweil's Bierhallen einberufen. Auf der Tagesordnung stand: Unsere Stellung zum 1. Mai. Der Kollege Schweitzer hatte das einleitende Referat übernommen. Redner vertritt in seinen Ausführungen den Standpunkt, daß die Arbeiterschaft am 1. Mai zu demonstriren habe. Unter den Malern und Anstreichern, für die sich hieran die Lohnbewegung um den Achtstundentag schließt, sei eine dahingehende Agitation zu entfalten: den 1. Mai als Feiertag zu proklamiren. Der Bedeutung des 1. Mai hat am Vormittag in einer öffentlichen Maler- und Anstreicherversammlung ein entsprechender Vortrag die würdige Weihe zu verleihen. Der Nachmittag sei dem Vergnügen mit Familie geweiht. Die Kollegen Köln und Risop erklärten sich mit dem Vorschlage Schweitzer's einverstanden. Von der Versammlung wurde hierauf folgende Resolution angenommen: „Die Versammlung erklärt, den 1. Mai als Arbeiterfeiertag zu begehen, an diesem Tage die Arbeit ruhen zu lassen und am Vormittag eine öffentliche Maler- und Anstreicherversammlung einzuberufen." — Die halbjährliche Abrechnung des Vertrauensmannes Köln ergab eine Einnahme von 283,45 M., der eine Ausgabe von 219,10 M. gegenübersteht; bleibt ein Bestand von 64,35 M. Außerdem verlas der Redner eine Liste derjenigen Kollegen, die mit Marken seit 1892 noch nicht vollständig abgerechnet haben. Hieran knüpfte sich eine längere Debatte. Schließlich nahm man folgenden Antrag an: „Die Kollegen, die innerhalb 4 Wochen nicht mit ihren Marken abgerechnet haben, werden im „Vorwärts", im „Sozialdemokrat" und im „Vereins-Anzeiger" veröffentlicht." Auf Antrag Schweitzer wurde der Vertrauensmann für ½ Jahr gewählt. Mit diesem Amt betraute die Versammlung den Maler Link. Als Revisoren wurden der Kollegen Böhling, Grätz, Nikolai gewählt.

Steglitz. Berichtigung. In dem Bericht der Versammlung vom 15. Februar muß es heißen:

Bei der Berichterstattung der Lokalkommission bemerkte Genosse Kluth, daß es endlich der Kommission gelungen sei, den Saal im Restaurant zur Krone zu erhalten. Möge man die Wirthe, die ihre Lokale zu Versammlungen hergeben, so viel wie möglich unterstützen.

Berliner Naturheilverein E. Heute, Freitag, den 2. März, Abends 8½ Uhr, im Grand Hotel Alexanderplatz (blauer Saal), Eingang Neue Königstraße: Oeffentlicher Vortrag des Herrn Dr. med. Böhm über „Zuckerkrankheit und deren naturgemäße Heilung".

Sozialdemokratischer Agitations-Club für den Osten Berlins. Große öffentliche Versammlung für Frauen und Männer am Sonntag, den 4. März, Abends 6½ Uhr, im Lokale „Zum Freischütz", Fruchstr. 34a (oberer Saal). Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Wagner über: „Die direkte Gesetzgebung durch das Volk."

Arbeiter-Bildungsschule. Freitag, Abends von 8½–10½ Uhr: Nord-Schule, Müllerstraße 179a: Erste Hilfe bei Unglücksfällen. Buchführung. Ost-Schule, Markusstr. 31: Unterricht in Geschichte (alte). Süd-Ost-Schule: Reichenbergerstraße 133. Unterricht in Gesetzeskunde und Buchführung.

Bei allen Unterrichtsfächern können noch Schüler und Schülerinnen, auch jetzt im Laufe des Semesters, eintreten.

Lese- und Diskutirklub. Freitag. Karl Marx, Abends 8½ Uhr, bei Gruber, Mariendorferstr. 6. — Westen, bei H. Werner, Bülowstr. 59.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und Umgegend. Vorsitzender Ad. Neumann, Brunnenstraße 190, 2 Tr. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Fried. Kortum, Manteuffelstr. 40, v. 2 Tr. **Freitag.** Uebungsstunde Abends 9 Uhr. Aufnahme von Mitgliedern. Kaiserscher Männerchor, Schönhauser Allee 28, bei Kuhlmey. — Nord, Bergstraße 66, bei Keller. — Vorwärts 1, S.O. Adalbertstr. 21, bei Roll. — Kummer'scher Gesangverein, Langestraße 65, bei Tempel. — Buchbinder-Männerchor Berlins, Holzmarktstraße 3, bei Peter. — Maiglöckchen, Hochstr. 32a, bei Wilke. — Gemüthlichkeit Putzer, Seydelstr. 36. — Palme, in Velten, bei Schröder. — Morgenroth 4, Köpenick, Mügeldeimerstr. 3 bei Held. — Karthaus'scher Gesangverein, Richenbergerstr. 21, bei Heise. — Gesangverein Morgenroth 2, Charlottenburg, Bismarckstr. 76. — Typographia, Gesangverein Berliner Buchdrucker und Schriftgießer, Alte Jakobstr. 74. — Gesangv. Nordwacht, Müllerstr. 7, bei Reichert. — Gesangv. Freie Sänger in Schmargendorf. Wirthshaus Friedrichs. — Zukunft 1, Steglitz, Rhonstr., im Gambrinus. — Gesangverein Collegia 1, Manteuffelstr. 9 bei Nowacks. — Gesangverein Freiheit Moabit, Waldstraße 8 bei Johnke. — Vereinte Sangesbrüder Moabit, Stromstraße 28 bei Lange. — Sängerverein Sorgenfrei, Meschterstr. 15 bei Stehmann. — Nord-West-Stern, Altonaerstraße 27 bei Lipke. — Vineta, Swinemünderstr. 3, bei Questsch. — Freie Liedertafel, Neue Königstr. 73 bei Hahn. — Brandenburger Männer-Gesangverein in Brandenburg a. H., Weigert's Volksgarten. — Sängerchor der Töpfer, Neue Friedrichstr. 44 bei Möllig. — Brauer-Gesangverein Gerstenähre, Alte Jakobstr. 83 b. Wiencke. — Johanni, Am Ostbahnhof 7 bei W. Gäblow. — Eintracht, Gr.-Lichterfelde bei Gries, Giesensdorf. — Geselligkeit, Hennigsdorf, Böhmert's Gasthaus. — Maiengruß, Köpenick, Grünstraße 63 bei Gaul. — Freiheit 1, Bülowstr. 65 b. Richter. — Maiglöckchen 2, Reichenbergerstr. 16 b. Pätzold. — Arion, Wittenberge, Thurmstr. 23, Zentralhalle. — Oberon, Kaiser Franz-Grenadier-Platz 7. — Harmonie 2, Weinstr. 11 bei Feind. — Iris, Naunynstr. 36 bei Fritz Zubell. — Felsenfest (gem. Chor), Badstr. 19 bei Nitz. — Freya 2 (gem. Chor), Rixdorf, Bergstr. 132, Hoffmann's Festsäle (Inhaber Runge). — Lorelei, Grünthalerstr. 5 bei Hennnerling. — Gesangverein der Klemper und Berufsgenossen, Siemensstr. 17 bei Bick. — Lustige Sänger, Potsdam, Brandenburger Kommunikation 16 bei Glaser. — Deutsche Liedertafel, Grüner Weg 29, Restaurant Satzer.

Bund der geselligen Arbeitervereine Berlins und Umgegend. Alle Zuschriften sind zu senden an R. Henkel, Bergmannstr. 14, Hof 2 Tr. **Freitag:** Vergnügungsverein Frisch auf, Abends 9 Uhr, Ohmgasse 3 bei Krebs. — Klub Kairo, Abends 8 Uhr bei Flick, Simeonstr. 22.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Freitag. Männer-Gesangverein Union, Abends 9 Uhr, Berliner Bockbrauerei. — Quartettverein Wedding, Abends 8½ Uhr, bei Schäfer, Neue Hochstr. 49. — Männerchor Waldesrauschen, Abends 9 Uhr, bei Weigt, Markgrafenstr. 87. — Privat-Theaterverein Crescendo, Abends 9 Uhr, bei Schulz, Dundenstr. 35. — Musik-Dilettantenverein Tonita, Abends 8½ Uhr bei Schenk, Krautstr. 29, Uebungsstunde. — Musikverein Frischauf, Restaurant Schröder, Reichenbergerstr. 34. — Theaterverein Vulkania, 9 Uhr, Jäger's Gesellschaftshaus, Gartenstr. 13—14.

Berliner Turngenossenschaft. Die erste Männerabtheilung turnt Freitag und Dienstag Abend von 8½—10½ Uhr in der Turnhalle des Lessing-Gymnasiums Pankstr. 9—10. — Turnverein Gesundbrunnen die 1. Männer-Abtheilung turnt heute Abend von 8½—10½ Uhr in der Turnhalle des Lessing-Gymnasiums, Pankstr. 9—10. — Kraft- und Artistenklub Berolina jeden Dienstag und Freitag Uebungsstunde bei Grüßner, Waldemarstr. 42. — Turnverein Germania (Mitglied des deutschen Arbeiter-Turnerbundes) turnt Dienstags und Freitags Abends von 8½—10½ Uhr Ackerstr. 67. — Turnverein Fichte (Mitglied des Arbeiter-Turnerbundes Deutschlands.) Die zweite Männer-Abtheilung turnt jeden Dienstag und Freitag Abends von 8—10 Uhr in der Skalitzerstr. 55/56.

Vergnügungsverein Veilchen, Abends 9½ Uhr, bei Brauns, Oranienstr. 182 p. — Geselliger Arbeiterverein Graphia, Abends 8½ Uhr, Alte Jakobstr. 128 (Logenhaus). — Unterhaltungsklub Schiller, Abends 8 Uhr im Restaurant Holzdächer, Dresdenerstraße 3. — Lepidopt. Vereinigung Orion, Abends 9 Uhr Sitzung Charlottenstr. 93, Restaurant Effenberg. — Musikverein Hoffnung, Abends von 9—11 Uhr Uebungsstunde Prostauerstraße 35—37 bei Schneider. — Vergnügungsverein Berolina-Abends 9 Uhr im Restaurant „Zur Gleichheit", Andreasstraße Nr. 26, Sitzung. Nach derselben Tanz. — Tanzlehrer-Verein Solidarität Abends 8½ Uhr im Lokale von Ehrenberg, Annenstraße Nr. 16, Sitzung. — Rauchklub Rothe Fahne, Freitag Abends 9 Uhr, Cuvrystr. 49 bei Krickeldorff. — Ruderverein Vorwärts, Sitzung Abends 8 Uhr, in der Spreeterrasse, Jannowitzbrücke. — Gesangverein Freya (gemischter Chor) Rixdorf, Abends 9 Uhr, bei Barta, Bergstr. 120.

English Conversational Club Shakespeare. Meeting every Eriday at 9 p. m. at Behrens Restaurant Königstr. 62. Lecturer Mr. J. Bloch. Guests are welcome.

Arbeiter-Bildungsverein für Johannisthal, Nieder-Schöneweide und Umgegend. Sonnabend, den 3. März, Abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Strecker zu Nieder-Schöneweide: Mitglieder-Versammlung.

Literarisches.

Das im Verlage von J. H. W. Dietz in Stuttgart in Lieferungen erscheinende Werk **„Die Thierwelt"**, eine illustrirte Naturgeschichte der jetzt lebenden Thiere, von R. Bommeli, liegt nunmehr mit dem 28. Heft komplet vor. Das Werk umfaßt XXII und 888 Seiten groß Oktav, enthält über 600 Illustrationen und 12 fein ausgeführte Farbentafeln. Preis brosch. in einem Band 5,60 M., in Prachtband gebd. 7,10 M.

Gleichzeitig theilt uns die Verlagshandlung mit, daß zunächst als Lieferungswerke erscheinen: **„Liebknecht's Volks-Fremdwörterbuch."** Siebente, neu bearbeitete, berichtigte und vermehrte Auflage. Komplet in ca. 13 bis 14 Heften à 20 Pf. Ferner wird abwechselnd mit dem Volks-Fremdwörterbuch erscheinen: **„Die Geschichte der Kommune von 1871"** von Lissagaray. Zweite vom Verfasser durchgesehene Auflage. (Illustrirte Ausgabe.) Komplet in 12 Heften à 20 Pf.

Syphilis und Prostitution vom Standpunkt der öffentlichen Gesundheitspflege. Von Dr A. Blaschko. Berlin 1893. S. Karger. Gr. 8° VIII und 206 Seiten. Preis 4,50 M.

Nach einer kurzen aber sehr klaren Auseinandersetzung über die Bedeutung der Geschlechtskrankheiten vom medizinischen Standpunkt, giebt Dr. Blaschko in der vorliegenden Schrift eine zusammenhängende Darstellung der gesammten Hygiene der Geschlechtskrankheiten, die besonders das Interesse des Sozialpolitikers erregen wird, da die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten und die Bedingungen der Ansteckung in den Vordergrund der Betrachtung gestellt sind. Organisch schließt sich hieran die Besprechung der Prostitution, die Hauptquelle der Geschlechtskrankheiten. Die Darstellung benutzt in erster Linie die medizinische Statistik und hier hat Herr Blaschko die sehr dankenswerthe Aufgabe geleistet, aus dem ungeheuren Wust von Daten, die zumeist nur problematischen Werth besitzen, diejenigen herauszuheben, welche vor der Kritik bestehen können; außerdem aber hat er die Angaben über die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten noch um eine Reihe werthvoller eigener Ermittelungen vermehrt, so daß man nunmehr, wenigstens für die Verbreitung der Geschlechtskrankheiten in der Berliner Bevölkerung einen sehr guten Schätzungsmittelwerth besitzt. Für weitere Untersuchungen wird man deshalb in Zukunft immer auf die Blaschko'sche Arbeit zurückzugehen haben. In ganz ähnlicher Weise behandelt Blaschko auch die Frage der Prostitution und Kontrolle, an der Hand des besten Zahlenmaterials wird die Nutzlosigkeit der gegenwärtigen Kontrolle nachgewiesen. Die beste Prophylaxe ist eben die allgemeine Erkenntniß von dem Wesen der Infektionskrankheiten und der Art und Weise der Infektion. In bezug auf die öffentliche Hygiene stellt sodann Blaschko eine Reihe von praktischen Forderungen auf, denen jeder unbedingt zustimmen muß, der die unheilvolle Bedeutung der Geschlechtskrankheiten kennt. Die Vorschläge Blaschko's, die sich mit Recht gegen den § 6a des Krankenkassengesetzes wenden, laufen im Wesentlichen darauf hinaus, durch Erleichterung der Heilung die Ausbreitung der Geschlechtskrankheiten zu bekämpfen.

Auf einem anderen Blatte steht allerdings die Stellungnahme Blaschko's zur Kontrolle der gewerbsmäßigen Prostitution. Die sittenpolizeiliche Aufsicht lehnt auch er rundweg ab, hält aber an der ärztlichen Kontrolle fest. Zu dieser Stellungnahme kommt er durch die Annahme, daß ca. 80 000 gefährliche Cohabitationen vermieden würden, selbst wenn, wie dies in Berlin der Fall ist, ca. 2000 ansteckungsfähige Mädchen jährlich im Durchschnitt nur 20 Tage im Krankenhause gehalten werden und die Zahl der täglichen Cohabitationen auf zwei im Durchschnitt veranschlagt wird. — Die ganze Betrachtung ist aber ein Trugschluß. Der 80 000 aufgezählten Cohabitationen sind gefährlich nur für solche, die selbst für die Infektion disponirt sind. Da weiter an die Stelle der internirten Dirnen sofort Lückenbüßerinnen eintreten, von denen ein erheblicher Prozentsatz ebenfalls kontagiös ist, überdies aber auch Infektionen stattfinden können — auf indirektem Wege — ohne daß die Prostituirte selbst krank zu sein braucht, so nimmt bei einer absolut gleichbleibenden Zahl von Cohabitationen die Zahl der gefährlichen Cohabitationen durch die Internirung kranker Dirnen keineswegs ab. Wenn wir auch Blaschko darin zustimmen, daß die sanitären Bedürfnisse des Momentes oft Maßnahmen erheischen, die vom Gesichtspunkte der sozialen Gleichberechtigung zu verwerfen sind, so können wir uns doch nicht eher mit der ärztlichen Kontrolle befreunden, mag sie auch noch so decent durchgeführt werden, bis nicht schlagend und einwandsfrei ihre Wirksamkeit erwiesen ist; dieser Beweis aber scheint uns auch von Dr. Blaschko noch nicht beigebracht zu sein. Ein Fortschritt wäre es allerdings immerhin, wenn sich die Reglementirung der Prostitution auf die sanitären Maßnahmen allein beschränkte, denn was die sittenpolizeiliche Kontrolle alles zuwege bringt, daß zeigt Blaschko in dem Anhange seines Buches, in welchem er eine Reihe von Polizeivorschriften über die Reglementirung der Prostitution — die vollständigste Zusammenstellung, die wir kennen — abdruckt. lx.

Ergebnisse der preußischen Volksschul-Statistik vom Jahre 1891. Von J. Tews, Lehrer in Berlin. Samml. pädag. Vorträge. VI. Bd. Heft 10. Bielefeld, A. Helmisch Buchhandl. Preis 50 Pf.

Die preußische Volksschul-Statistik vom Jahre 1886 hatte ein trostloses Bild von unseren Volksschulen entworfen. Nach den Erhebungen von 1891 ist es äußerlich etwas besser geworden. Vergleicht man aber die Fortschritte in Preußen mit den gleichzeitigen Fortschritten in Frankreich, Oesterreich — von der Schweiz nicht zu reden — so bleibt alles, was in Preußen seit den siebenziger Jahren auf dem Gebiete des Schulwesens geschehen ist, unzulänglich. Herr J. Tews weist dies eingehend an der Hand der offiziellen Daten nach. So verdienstlich auch diese Arbeit ist, die gedrängt das ganze wesentliche Material der letzten statistischen Erhebung zusammenfaßt, so hätte sich Herr Tews die Mühe doch sparen können. Er hätte einfach nur auf das Titelblatt eine Pickelhaube, eine Kanone und einen Unteroffizier als Stellvertreter Gottes auf Erden, dazu als Motto ein paar junkerliche Aussprüche im Landtage über die Bedeutung der Volksbildung hinzeichnen brauchen und die Charakterisirung der skandalösen Zustände im preußischen Volksschulwesen durch Zahlen hätte sich vollständig erübrigt. lx.

Eingelaufene Druckschriften.

Kaspar Hauser. Das Räthsel ist nicht gelöst. Von Max Schütte. Hagen i./W. Verlag von Herm. Risel u. Ko. Preis 50 Pf.

Meine zwangsweise Pensionirung unter Minister von Zedlitz meiner religiösen Ueberzeugung wegen. Von Pfarrer J. Lorch. Hagen i./W. Verlag von Herm. Risel u. Ko. Preis 20 Pf.

„Der Sozialdemokrat", Wochenblatt der sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Expedition in Berlin SW., Beuthstraße 2). Zu beziehen durch alle Zeitungsspediteure. Unter Kreuzband für März 50 Pfennig.

Nr. 5 vom 1. März hat folgenden Inhalt: Aus der Schweiz. — Die Landtagswahlrechte: IV. Hamburg. — Aus Holland. — Reichstag. — Erhebungen über die Getreidemühlen. — Politisches. — Parteinachrichten. — Rentengüter in Preußen. III. — Russische Revolutionäre. — Eulen und Krähen. II. — Gewerkschaftliches. — Arbeiterschutz. — Arbeiterversicherung. — Sozialstatistisches. Zur Arbeiterlage. — Agrarisches. Vom Lande. — Wie man uns behandelt. — Todtenliste. — Sprechsaal. — Literatur. — Briefkasten.

Volks-Lexikon, Nachschlagebuch für sämmtliche Wissenszweige, mit besonderer Berücksichtigung der Arbeiter-Gesetzgebung, Gesundheitspflege, Handelswissenschaften, Sozialpolitik. Nebst Generalregister. Unter Mitwirkung von Fach-Schriftstellern. Herausgegeben von Emanuel Wurm; Nürnberg, Verlag von Wörlein u. Comp., ca. 60 Hefte à 3 Bogen; Preis 20 Pfg. Soeben erschien Heft 1, aus dessen reichem Inhalt (ca. 1000 Stichworte) wir die Artikel Aberglaube, Abessinien, Abstimmung, Abzahlungsgeschäfte, Acht, Adel (Deutscher) hervorheben. — Alle 14 Tage erscheint ein Heft.

Anti-Bamberger. Kritik der „Stichworte der Silberleute" von Karl Hecht. Berlin. Buchhandlung Puttkammer u. Mühlbrecht.

Die wahren Motive des Strafrechts. Von Dr. Ed. Loewenthal. Berlin. Verlag der Cogitanten-Allianz, Friedrichsstraße 237.

Die Eisenbahn der Zukunft oder: Der Verkehr ohne Schranken. Von Jos. Lerche. Zittau i. S. Verlag: Oliva's Buchhandlung. Preis 50 Pf.

Meine Wasserkur. Von Msgr. Sebastian Kneipp. Jubiläumsausgabe. (50. Auflage.) Kempten (Bayern). Verlag von der Jos. Kosel'schen Buchhandlung.

Der Berggeist. Blätter für Aufklärung und Unterhaltung. Von Simon Stark. (Nr. 1.) Brüx. Verlag des „Glück auf", Pragerstr. 430.

Sturmglocken. Organ für sozialdemokratische Arbeiter- und Volksbildungsvereine. 1. Jahrg. Nummer 1. Leipzig. Verlag von F. Bosse, Weststr. 27.

Illustrirte Volks-Ausgaben von Meisterwerken aus den Literaturschätzen aller Nationen. Literaturverein „Minerva", Berlin W., S. Gerstmann's Verlag, Corneliusstr. 5. Heft 10 Pf.

Natur und Haus. Illustrirte Zeitschrift. Berlin. Verlag von Rob. Oppenheim. Preis vierteljährl. 1,50 M.

Briefkasten der Redaktion.

X—y. A. Wir bekamen Ihren sehr interessanten Beitrag. An der Veröffentlichung wurden wir aber durch die Bedeutung der Vorgänge in der deutschen inneren Politik verhindert.

Westerburg. Das Mitgetheilte läßt sich vielleicht gelegentlich verwerthen, wenn Sie uns weitere Zeugen nennen können.

O. R., Hayman. Die beiden sind nicht miteinander identisch. Man muß übrigens schon ziemlich vernagelt sein, wenn man sich diese Frage nicht nach seinem eigenen Verstand beantworten kann.

Messingstecher. Jedenfalls besteht eine solche Organisation. Schreiben Sie an Genossen F. Osang, 155, Wardour Street, Oxford Street, London. Er wird Ihnen Genaueres mittheilen können. Oder wenden Sie sich direkt an den Kommunistischen Klub in Tottenham Court Road (Adresse im „Vorwärts" regelmäßig veröffentlicht).

Naev. Der „Vorwärts" hat nie einen Zweifel über seine Stellung zu den Attentaten gelassen. Das mußte sogar Herr Bennigsen anerkennen; er ärgerte sich nur, daß wir uns über die Anarchistenbomben nicht genug ärgern. Das können wir aber beim besten Willen nicht, weil gerade die, welche jetzt am lautesten zetern, selber die Bombenwerfer gezüchtet haben, um der Reaktion Vorschub zu leisten. In jeder Nummer des „Vorwärts" finden Sie gewünschtes Material. Fertigen Sie die Schreier nur kräftig ab.

Montag, den 5. März 1894, Abends ½9 Uhr:

Zwei große Volks-Versammlungen

zu gunsten der

Arbeiter-Bildungsschule.

1. **Germania-Säle,** Chausseestraße Nr. 103:
Vortrag des Reichstags-Abgeordneten **Wilh. Liebknecht:**
„Die Geschichte als Erzieherin." (Fortsetzung vom 5. Februar d. J.)

2. **Joël's Saal,** Andresstraße 21:
Vortrag des Genossen **Dr. Zadek:**
„Die Darwin'sche Theorie und die Entwickelungsgeschichte der Menschheit."

Frauen haben Zutritt. Zur Deckung der Unkosten Entree nach Belieben. Die Vertrauensmänner sind unterrichtet.

454/19 **Der Einberufer.**

Achtung! Große Achtung!

Volks-Versammlung

Freitag, den 2. März, Abends 8 Uhr,
im Lokale „Sanssouci", Kottbuserstraße Nr. 4a.

Tagesordnung:
1. Vortrag über: Die Bedeutung der politischen Rechte für die Frauen des Proletariats. Referentin: Frau **Klara Zetkin**-Stuttgart.
2. Diskussion. 460/19

Um zahlreichen Besuch, besonders der Frauen, bittet
Die Frauen-Agitationskommission.

Die nächste und letzte Versammlung, in der Genossin Zetkin referiren wird, findet Montag, den 5. März, in Ahrens' Brauerei, Thurmstr. 26/27, statt

---

Maurer Berlins!

Am Sonntag, den 4. März, Vormittags 10 Uhr, tagen

zwei Versammlungen

des Vereins zur Wahrung der Interessen der Berliner Maurer

1. Für den **Norden** im **Swinemünder Gesellschaftshaus,** Swinemünderstraße 35, Vortrag des Genossen A. Hoffmann (Pankow) über: „Wann beginnt die Revolution?"
2. Für den **Osten** im **Vereinshaus Süd-Ost,** Waldemarstr. 75, Vortrag des Stadtv. F. Wilke über: „Unsere Waffen im Kampf ums Dasein."

Kollegen! Wer den Ernst der heutigen wirthschaftlichen Situation erkannt hat, ist verpflichtet, in diesen Versammlungen zu erscheinen. Gäste (Maurer) haben Zutritt. Mitglieder werden aufgenommen. **Die Versammlungen werden pünktlich eröffnet.** 476/7

Zahlreiches Erscheinen erwartet **Der Vorstand.**

Orts-Krankenkasse des Töpfergewerbes zu Berlin.

Freitag, den 9. März, Abds. 7 Uhr, im großen Saale des Hrn. **Alb. Keller,** Bergstr. 68:

General-Versammlung.

Tagesordnung:
1. Ergänzungswahl der Delegirten, der Herren Arbeitgeber resp. Arbeitnehmer für das Jahr 1894/95. 2. Verschiedenes. Nach § 47 des Statuts:

Bekanntmachung.

Zutritt haben nur Arbeitgeber und Arbeitnehmer, die zur Zeit obengenannter Kasse angehören.

Arbeitnehmer, die zur Zeit beim Innungsmeister arbeiten, haben keinen Einlaß.

Kontrolle am Eingang.

Gustav Erbe, 1. Vorsitzender, Spandau, Großer Wall in der Havel.
Rud. Balke, Schriftführer, Madaistr. 9. 2065b

---

f. Kalbleder aus einem Stück mit Goldtasche Mk. 1,50.

Album- u. Lederwaarenfabrik von **O. Gundau**
Oranienstr. 30, Ecke Adalbertst.
empfiehlt zu Einsegnungsgeschenken ihr großes Lager **aller Arten Lederwaaren** und **Schmucksachen.**
Gesangbücher von 1,25 Mk. an: fern. Cigarrentasch., Wiener Meerschaumspitzen, Spazierstöcke, Brillen u. Pincenez ꝛc. zu d. billigst. Preisen.

Restauration zum Ambos
Freunden und Genossen empfohlen. Vereinszimmer zur Verfügung. 2043b
P. Feller, Breslauerstr. 27.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

(Filiale Nord.)

Sonntag, den 4. März, Vormittags 10½ Uhr, im **Wedding-Park,** Müllerstr. 178:

Mitglieder-Versammlung.

435/8

Tages-Ordnung:
1. Vortrag. 2. Verbands-Angelegenheiten. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes. — Arbeiter und Arbeiterinnen haben Zutritt.

Die Verwaltung.

Fachverein der Färber, Appreteure, Dekateure, Hilfsarbeiter und -Arbeiterinnen.

Sonnabend, den 3. März, Abds. 7½ Uhr, im Lokale des Hrn. Wilke, Andreasstraße 26:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Ad. Hoffmann** über: „Das moderne Raubritterthum." 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Nach der Versammlung: **Geselliges Beisammensein und Tanz.**

Gäste sehr willkommen. 469/3 **Der Vorstand.**

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zahlstelle I. Berlin (Putzer).

Sonntag, den 4. März cr, Vormittags 11 Uhr, 249/13
im Lokale des Herrn Gründer, Köpnickerstraße Nr. 100:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Wahl der Unterstützungskommission und Hilfskassirer für den Osten. 3. Verschiedenes und Fragekasten.

Große öffentliche Versammlung der Zimmerer Berlins u. Umgegend

am Sonntag, den 4. März 1894, Vormittags 10 Uhr,
in **Joël's Salon,** Andreasstraße Nr. 21.

Tagesordnung:
1. Stellungnahme zur Feier des 1. Mai. Referent: Stadtverordneter **Fritz Wilke.** 2. Gewerkschaftliches. 368/14

Hierzu sind besonders die Arbeitslosen eingeladen.

Der Vertrauensmann: Th. Fischer, Dunckerstr. 4.

Achtung! Schäftebranche!

Sonnabend, den 3. März, Abds. 9 Uhr, **Wallstr. 20:** **Oeffentliche Versammlung.** Vortrag.

Verantwortlicher Redakteur: **Robert Schmidt** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin SW., Beuthstraße 2.